

Vormärz

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: Prämienantrag: Vierteljährlich 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mk. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungsvereine. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Reklamartikelle oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist jeder Brief 20 Pf. (unabhängig 2 Zeilenbreite), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Quoten für die nächste Nummer nach dem 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 9. Februar 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Der neue Reichsetat.

Auch eine Prüfung des soeben herausgegebenen Reichsetats für das Jahr 1912 bestätigt wieder die von uns so oft behauptete und erprobte Tatsache, daß das Deutsche Reich im Grunde nichts ist als eine riesenhafte Mastanstalt für unseren Militarismus in seinen verschiedenen Schattierungen. Die Etatsaufstellung gibt sich ja, die möglichste Mühe, diese tief beschämende Tatsache zu verschleiern. Sie ist so unübersichtlich geblieben, wie nur je. Ja, man hat sich Mühe gegeben, durch neue Methoden noch mehr Dunkelheit zu verbreiten. Die einleitende allgemeine Etatsübersicht hat ein ganz anderes Gesicht bekommen als im Etat 1911. Ein Kosten Militärausgaben in Höhe von circa 100 Millionen Mark, die Ausgaben für das bayerische Heer, sind an einer ganz anderen Stelle gebucht, als beim letzten Etat, so daß es nicht verwunderlich ist, wenn in Übersichten über die Kosten unseres Militarismus dieser doch wahrhaftig nicht kleine Betrag in der Eile völlig übersehen wird. Außerdem ist natürlich auch wieder kein Nettoetat aufgestellt, so daß man sich erst mühen muß, was dem eigentlich an wirklichen Reichseinnahmen vorhanden ist. Da man endlich die unsinnige Gegeneinanderstellung von Militärbeiträgen und Ueberweisungen aufgegeben hat und an Einnahmen nur noch die wirklich geleisteten Militärbeiträge bucht, so wäre es doch endlich auch an der Zeit, dem Etat auch eine ganz klare Aufstellung der Nettoeinnahmen beizufügen, aus der dann im Vergleich mit den Ausgaben abzüglich der im Bruttoetat sowohl unter Einnahmen als Ausgaben figurierenden Betriebskosten usw. der wirkliche Stand unserer Reichsfinanzen klar und deutlich zu ersehen wäre!

Daß der Etat immer wieder so unübersichtlich ist, daß sich selbst unter den Abgeordneten nur eine winzige Zahl einigermaßen auskennen, ist ganz unverkennbar der perfiden Absicht der Regierung zuzuschreiben. Man will eben keine Klarheit schaffen, damit man nach wie vor Reichstag und Volk beschwindeln kann. Man will je nach der Situation die Finanzlage möglichst glänzend oder auch möglichst traurig erscheinen lassen. Möglichst glänzend, wenn neue Heeres- und Marineforderungen der Volkvertretung zugemutet werden, möglichst traurig, wenn es gilt, einen recht umfangreichen Rückzug gegen die Launen der Steuerzahler zu unternehmen. Aber der Reichstag sollte sich diese Art Etatsaufstellung nicht länger gefallen lassen, sondern endlich einmal mit zwingendem Nachdruck Klarheit und Uebersichtlichkeit fordern. Eine solche Etatsaufstellung ist sehr wohl möglich. Das Sich-zurechtfinden in den Details der Einzelstats mag nach wie vor großen Zeitaufwand bedürfen. Aber eine übersichtliche Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben läßt sich mit Leichtigkeit bei den der Regierung zur Verfügung stehenden Kräften bewerkstelligen.

Wir haben das von der Regierung Verabreimte, soweit es die Zeit gestattete, nachzuholen versucht und geben folgende Gegenüberstellung der wirklichen Einnahmen und der Ausgaben allein für Militarismus und Marinepolitik. Dabei ergibt sich folgendes Bild. Die Nettoeinnahmen setzen sich aus folgenden Posten zusammen:

1. Ordentlicher Etat	
Ueberschüsse der Reichspostverwaltung	80 Mill. M.
Ueberschüsse der Reichsdruckerei	3
Ueberschüsse der Reichsbahnverwaltung	23,7
Diverse Einnahmen	25,3
Zölle, Steuern, Gebühren, Matrularbeiträge, Ausgleichungsbeiträge, Banntweien u. Sonstiges 1680,6	
2. Außerordentlicher Etat:	
Erlös aus dem Verkauf v. freiverwendenden Festungsgrundstücken und Festungsbaulichkeiten	3,8 Mill. M.
Das Anlag. der Expedition nach Ostasien (Entschädigungsgeldern von China usw.)	1,6
Ueberschuss aus dem Münzwesen	20,2
Gesamte Nettoeinnahme d. Reiches 1847,2 Mill. M.	
Diesen Reichseinnahmen stehen folgende Ausgaben allein für Militarismus, Marinismus und Kolonialpolitik gegenüber.	
Verwaltung des Reichsheeres	874,7 Millionen Mark
Verwaltung der Marine	448,5
Allgemeiner Pensionfonds (abzüglich der Ausgaben für Zivilbeamte)	140,0
Reichszuschuß zu den Kolonien	26,0
Bergabung der Reichsschuld	186,0
Ausgaben für militärische Zwecke	1675,2 Millionen Mark

Einer wirklichen Reichseinnahme von 1847 Millionen steht also eine Ausgabe allein für militärische und marinepolitische Zwecke von 1675 Millionen gegenüber! Für alle übrigen Zwecke des Reiches bleiben also nur 172 Millionen der Nettoeinnahme übrig! Mehr als neun Zehntel aller wirklichen Reichseinnahmen werden demnach für die Zwecke des Militarismus und Marinismus vergeudet! Daß unter solchen Umständen von einer kräftigen Förderung von Kulturaufgaben im Deutschen Reich keine Rede sein kann, bedarf nicht erst eines weiteren Nachweises. Dabei stehen uns neue Heeres- und Flottenforderungen bevor,

die wahrscheinlich den kümmerlichen Rest der Reichseinnahmen auch noch verschlingen werden!

Ueber das Kapitel der „Schuldentilgung“, dieses Schwindelmanövers unserer Blaudwarzen und der mit ihr solidarischen Regierung, werden wir uns später noch eingehender befassen. Hier sei nur hervorgehoben, daß auch für das Jahr 1912 eine Anleihe von 43 758 372 M. in Aussicht genommen ist. Zur „Schuldentilgung“ sollen 85 Millionen aufgewendet werden, aber, so heißt es in dem dem Etat beigegebenen Ueberblick: „Soweit hiermit Schuldverschreibungen angekauft werden, wachsen entsprechende Beträge der für 1912 zu begebenden Anleihe zu.“ Oder wie der § 2 des Etatsgesetzes lautet:

Der Reichsanwalt wird ermächtigt, zur Beilegung einmaliger außerordentlicher Ausgaben die Summe von 43 758 372 Mark im Wege des Kredits flüssig zu machen.

Der Reichsanwalt wird ferner ermächtigt, die zur Tilgung der Reichsschuld bestimmten Mittel zum Ankauf von Schuldverschreibungen zu verwenden. Soweit es sich hierbei um die im Kapitel 3 der Einnahmen des außerordentlichen Etats ausgetragenen Beträge von insgesamt 85 264 029 Mark handelt, erhöht sich die in Absatz 1 bezeichnete Kreditsumme um die für diese Ankäufe verwendeten Beträge.

Und noch deutlicher heißt es in der Deutschrift Seite 27 des ersten Bandes des Etats:

Die Anleihe ist auf 43 758 372 M. gegen 97 500 000 M. im Vorjahre bemessen, und zwar in der Annahme, daß die vorgezeichnete Schuldentilgung durch Abziehung von Anleihe erfolgt. Nach der Reichsanwalt von der Ermächtigung Gebrauch, die zur Schuldentilgung bestimmten Mittel zum Ankauf von Schuldverschreibungen zu verwenden, so muß die zu bewilligende Anleihe summe um den entsprechenden Betrag erhöht werden.

Mit der Schuldentilgung ist es also Essig! Werden Schulden getilgt, das heißt, werden Schuldverschreibungen aufgekauft, so ist es notwendig, zur Bilanzierung des Etats genau um den gleichen Betrag neue Schulden zu kontrahieren! In den verflochtenen beiden Jahren hatte sich ja die Situation insofern günstiger gestaltet, als die Zölle und Verbrauchsabgaben wesentlich höhere Beträge einbrachten, als im Etat angelegt waren. Trotzdem war es aber nicht möglich, die vorgezeichnete Schuldentilgung vorzunehmen, ohne neue Schulden zu machen. Im Jahre 1912 werden die Einnahmen des Etatsanlages voraussichtlich kaum wesentlich überschritten werden, da ja entsprechend der günstigen Konjunktur die zu erwartenden Einnahmen in angemessener Höhe angelegt worden sind. Es werden deshalb nicht nur keine Schulden getilgt werden können, sondern es wird auch noch eine ganz respektable neue Anleihe notwendig werden. Und diese Anleihe wird nicht nur (selbst nach der Definition der Regierung) zu „werbenden“ Zwecken gemacht werden, sondern auch für total unproduktive Zwecke. Heißt es doch in dem schon erwähnten Ueberblick:

Das Ziel, nur Ausgaben zu werbenden Zwecken aus Anleihemitteln zu betreiben, hat sich noch nicht erreichen lassen, wohl aber ist man ihm näher gekommen. In der Anleihe summe finden noch Ausgaben zu nichtwerbenden Zwecken 12 619 572 M.“

Und trotzdem stehen dem Reichstag enorme Mehrforderungen für Militarismus und Marinismus bevor! Die bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme haben sich mit der kulturwidrigen Reichspolitik längst abgefunden; aber die in so stattlicher Zahl in den Wallstraßen eingezogene Vertretung des klassenbewußten Proletariats wird dafür sorgen, daß dem militaristischen Wahnsinn gegenüber die Kulturforderungen um so wichtiger erhoben werden!

Die Regierungskrise in Bayern.

Aus München wird uns telegraphiert: Die Ministerkrise hat ihre Lösung noch nicht gefunden. Die geeigneten Männer haben sich bis jetzt noch nicht ermitteln lassen. Der Prinzregent hat den Freiherrn von Hertling telegraphisch für morgen nach München bitten lassen. Freiherr von Hertling hätte die Sache gern etwas aufgeschoben. In einem Münchener Zentrumsblatt ließ er erklären, er sei bereit in Berlin unablöslich und dürfte erst gegen Ende der Woche nach München abreisen können. Schließlich hat er sich doch zur Reise entschlossen und wird am Freitag vom Regenten empfangen werden. Offenbar hat Hertling keine Lust, ohne den Prinzen Ludwig in die weitere Erörterung der politischen Lage in Bayern einzutreten. Prinz Ludwig aber ist verreist. Er ist Donnerstag früh nach Wien zu einer Hochzeitsfeier abgereist und wird sich von da nach Kiel begeben, um einer Schiffsreise beizuwohnen. Vor seiner Rückkehr dürfte irgendwelche Entscheidung jetzt nicht mehr getroffen werden, da der Versuch, die Krise noch gestern zu erledigen, gescheitert ist. Die ganzen Verhandlungen werden so geheim betrieben, daß nicht einmal eines der Mitglieder des zurzeit noch amtierenden Ministeriums ein Wort davon erfährt. Unter diesen Umständen begreift es sich auch, daß die Frage des Ministerwechsels noch keine offizielle Lösung gefunden hat. Die amtliche Korrespondenz Hoffmann erklärte heute in einem sogenannten Dementi, daß die Gerüchte über

einen bevorstehenden Wechsel der Regentenschaft in Bayern unwahr seien. Ein Regentenschaftswechsel sei in den letzten Tagen und Wochen nicht in Frage gekommen. Das ist natürlich ein Spiel mit Worten. Es steht fest, daß gestern auch an amtlichen Stellen die Ansicht festen Boden gefaßt hatte, daß mit der Veröffentlichung der neuen Ministerliste auch die Nachricht vom vollzogenen Regentenschaftswechsel erfolgt. Tatsächlich führt Prinz Ludwig bereits die Regentenschaft oder wenigstens die Geschäfte der Regentenschaft. Das andere kann nur eine Frage ganz kurzer Zeit sein und wird sich nach seiner Rückkehr sehr bald erledigen, wenn bis dahin die Auswahl unter der sehr geringen Zahl geeigneter konservativ-merikaler Personen getroffen ist, die bereit sind, in das neu zu bildende Ministerium einzutreten. Die ganze Geschichte mit ihrer Geheimnisträumerei wird in der Mehrheit des bayerischen Volkes als eine lächerliche Affäre aufgefaßt. Eine Ministerkrise von ähnlicher Form und ähnlichen Begleiterscheinungen, herausgeboren aus der zitternden Angst vor der roten Gefahr, dürfte in einem Kulturstaat bisher noch nicht zu verzeichnen gewesen sein. Man kann nur sagen, diese Art, das scharfmacherische Regime vorzubereiten, macht den Eindruck der kompletten Hilflosigkeit.

Die „Wahlreformvorlage“ der braunschweigischen Regierung.

Aus Braunschweig wird uns unterm 6. geschrieben: Nachdem schon seit Jahren an einer Reform des braunschweigischen Landtagswahlrechts von Regierung und Landtag mit mehr Rhythmus als gutem Willen herumgebastelt worden ist, nahmen endlich die von der Regierung inspirierten Reformvorschlüsse des Landtags gerade vor Jahresfrist eine greifbare Gestalt an und am 24. Januar d. J. fand endlich die Thronrede, mit der der neu gewählte Landtag eröffnet wurde, die Wahlreformvorlage an. Heute ist nunmehr der Regierungsentwurf den Landtagsabgeordneten zugegangen.

Es ist ein trauriges Ding, das sich da als Wahlreform präsentiert. Die ganze Reform besteht in der Hauptsache nur in der Erziehung der indirekten Wahl durch die direkte. An dem Dreiklassenstimmrecht wird ohne jede Abschwächung festgehalten. Die Wähler eines jeden Wahlbezirks werden in drei Abteilungen derart geteilt, daß auf jede Abteilung ein Drittel des Gesamtstimmwertes aller Wähler entfällt, heißt es im § 10 des Wahlreformgesetzes. Das Dreiklassenstimmrecht wird also nicht beseitigt, womit die ganze Aktion das Recht verliert, sich Wahlreform zu nennen.

Das Herzogtum wird in 12 Wahlbezirke eingeteilt. 8 entfallen auf die Stadt Braunschweig, 3 auf die übrigen Städte, 6 auf das Land. Dadurch wird die Stadt Braunschweig den kleineren Städten gegenüber und die städtische Bevölkerung überhaupt der Landbevölkerung gegenüber benachteiligt. In jedem Wahlbezirk werden zwei Abgeordnete gewählt. Jede Klasse wählt ihren Abgeordneten direkt. Es entfallen also auf die erste und zweite Klasse 24, auf die dritte Klasse 12 Abgeordnete. Dazu kommen noch 18 von den bedürftigsten Berufsgruppen, den Großgrundbesitzern, Großindustriellen, Geistlichen und hohen Beamten, gewählte Abgeordnete, die sich natürlich auch den Erwählten der ersten und zweiten Klasse anschließen, so daß die herrschenden Klassen 42 Mandate in sicherem Besitze haben und das Proletariat im günstigsten Falle höchstens 12 Landtagsitze erobern kann. Ein hohes Wahlrecht, das dem Großbesitz nicht nur von vornherein die Mehrheit sichert, sondern ihm auch gleich eine mehr als Dreiviertelmehrheit garantiert.

In der von den drei Ministern unterschriebenen Denkschrift, die dem Wahlreformentwurf beigegeben ist, wird die indirekte Wahl eine überlebte Einrichtung genannt. Bei der allgemeinen berechtigten Mißstimmung gegen die indirekte Wahl sei es im staatlichen Interesse notwendig, den bestehenden Rechtszustand zu ändern, damit nicht die Hoffnungen der Bevölkerung auf Einführung des direkten Wahlverfahrens enttäuscht würden und die Gefahr erster Unzufriedenheit in bürgerlichen Kreisen heraufbeschworen werde. Das ist natürlich eitel Gesunster. Die Bevölkerung ist selbstverständlich so allererst und am meisten mit der Dreiklassenwahl unzufrieden. Sie verlangt die gleiche Wahl. Das ist die Hauptforderung. Erst in zweiter Linie handelt es sich um direkte oder indirekte Wahl. Die Denkschrift zieht nur deshalb so heftig gegen die indirekte Wahl vom Leder und macht nur deshalb die Nebensache zur Hauptsache, weil die Regierung mehr als die direkte Wahl nicht bieten will. Um über die Dürftigkeit der Reform hinwegzutäuschen, wird der Ersetzung der indirekten Wahl durch die direkte eine Bedeutung beigegeben, die ihr nicht zukommt.

Die Beibehaltung des Dreiklassenstimmrechts fußt die Denkschrift damit zu entschuldigen, daß das Reichstagswahlrecht für die Bundesstaaten deshalb nicht in Betracht kommen könne, weil dem Reich andere Aufgaben als dem Einzelstaaten zugewiesen seien. Diese „Begründung“ ist zu armfelig, um ihr die Ehre einer Wiederlegung anzutun. Sie richtet sich selbst.

Das Herzogtum Braunschweig erhält also an Stelle der geheimen indirekten Dreiklassenwahl die geheime direkte Dreiklassenwahl. Das ist alles. Bisher konnte die Sozialdemokratie gar

feinen Abgeordneten in den Landtag hineinbringen, jetzt kann sie einige Mandate erringen, aber ihre Zahl ist von vornherein auf eine einflusslose Minderheit beschränkt.

Dazu kommen noch direkte Verwicklungen des bisherigen Wahlrechts. Bis hierher konnte man nach einjährigem Aufenthalt im Herzogtum die Bedingungen zur Erlangung des Wahlrechts erfüllen. Der Wahlreformentwurf dagegen macht die Wahlberechtigung davon abhängig, daß man seit mindestens drei Jahren ununterbrochen seinen Wohnsitz im Herzogtum hat. Wird dadurch vornehmlich die fluktuierende Arbeiterschaft entrecht, so wird gleich wieder ein Vorrecht für einen andern Stand geschaffen. Die Staats-, Gemeinde-, Kirchen- und Schulangehörige brauchen nämlich nur ein Jahr im Herzogtum Braunschweig gewohnt zu haben, um wahlberechtigt zu sein.

Nebenher ist das Wahlrecht an die Zurücklegung des 25. Lebensjahres, den Besitz der braunschweigischen Staatsangehörigkeit und die Veranlagung zur direkten Staatssteuer gebunden.

Bisher war vom Wahlrecht ausgeschlossen, wer sich nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befand, im Konkurs war, unter Kuratel stand oder mit der Gemeindesteuer vom letzten Jahre noch im Rückstand war. Jetzt muß man auch die Staatssteuern bezahlen und darf keine Armenunterstützung bezogen haben. Auch in dieser Beziehung eine Verschärfung der Wahlberechtigung.

Wahlbar sind nur die Wähler, die das 30. Lebensjahr überschritten haben. Man kann also früher Reichstagsabgeordneter als braunschweigischer Landtagsabgeordneter werden. Speziell braunschweigisch ist die Bestimmung, daß ein Abgeordneter sein Mandat verliert, wenn ihn der Landtag auf Grund der Geschäftsordnung von der Teilnahme an den Verhandlungen ausschließt.

Die Verbeibehaltung der 18 Vertreter der bevorrechteten Berufsstände wird damit begründet, daß Braunschweig keine erste Kammer habe und die Geschichte der Landtage gezeigt hätte, daß die Vertreter der Berufsstände wertvolle, nicht zu entbehrende Elemente in der Landesversammlung gewesen seien. Es würde unrichtig sein, eine so alte und bewährte Einrichtung aufzugeben. — Das ist auch eine so armselige Begründung, daß man sich die Widerlegung sparen kann. Eine Änderung der berufständischen Vertretung hat der Entwurf aber doch vorgenommen. Bisher wählten die evangelischen Geistlichen aus ihrer Mitte 2, die reichsten Unternehmer 3, die hohen Beamten 4, die reichsten Rentner 5, die reichsten Großgrundbesitzer 4 Abgeordnete. Die Gesamtzahl 18 bleibt beibehalten. Der Entwurf hat jedoch die 5 Vertreter der reichsten Rentner, über die am meisten gespottet wurde, hinauskomplimentiert, ihr Reichthum läßt sie bei der Dreiklasseneinteilung so wie so zur Geltung. Das dazwischen für die reichsten Großgrundbesitzer und Unternehmer und auch für die hochbefohlenen Beamten und Geistlichen gilt, wird in der Denkschrift unterschlagen. Die 5 Mandate der reichsten Rentner hat man so verteilt, daß je die Großgrundbesitzer 3, die großen Unternehmer 4, die hohen Beamten 6 und die Geistlichen 2 Abgeordnete ernennen. Bei dieser Umgestaltung der Vertretung der Berufsstände hat man es jedoch nicht für nötig gehalten, den Handwerkerstand und die Arbeiterschaft zu bedenken, auch die mittleren und unteren Beamten bleiben ausgeschlossen.

Es ist alles in allem eine Wahlreform, die den Namen Reform wahrhaftig nicht verdient. Der Landtag tritt am 27. d. M. wieder zusammen. Daß er die Regierungsvorlage annehmen wird, ist sicher, sicher ist aber auch, daß die braunschweigische Arbeiterschaft sich durch diesen Wechselbalg von einer Wahlreform nicht täuschen lassen, sondern den Wahlkampf weiter führen wird.

Der Krieg.

General Canoba in Rom.

Rom, 8. Februar. (Fig. Bez.) Der Kommandant des Expeditionskorps und Gouverneur von Tripolis ist nach Rom berufen worden, offenbar zu dem Zweck, um dem Ministerpräsidenten mündlich über die Situation in Tripolitanien Bericht zu erstatten. Die Abwesenheit Canobas vom Kriegsschauplatz soll nicht länger als 10 Tage währen; allerdings ist auch der Verdacht ausgesprochen worden, daß Canoba ganz und gar abberufen werde, aber dieses Gerücht hat wenig Wahrscheinlichkeit. Den Zeitungen zufolge bezweckt das Ministerium durch die Unterredung an erster Stelle die Klärung dreier Punkte. Einmal scheint es, daß man den General den Vorschlag macht, nach der Besetzung der Stadt nicht die geeigneten Mittel ergreifen zu haben, um den Italienern die Sympathie der Araber zu sichern und diese von den Türken zu trennen. Dann will die Regierung genau über alle Einzelheiten unterrichtet sein, um bei der bevorstehenden Diskussion in der Kammer nach Möglichkeit die Angriffe der Opposition zurückzuweisen. Giolitti weicht ungefähr, welche Richtung dieser Angriff nehmen wird, da soll ihm nun der Gouverneur im voraus die Mittel an die Hand geben, um sie zu dementieren. Schließlich gilt es, sich über die Zweckmäßigkeit klar zu werden, einen Vorstoß ins Innere zu machen oder nicht. Wir haben wiederholt hervorgehoben, daß die Frage des Vorstoßes bis zum Voran keine militärische und strategische, sondern lediglich eine politische Frage ist. Wenn man eine schnelle Beendigung des Krieges wünscht und gleichzeitig der Ueberzeugung ist, daß diese Beendigung sich durch Erweiterung des tatsächlich unterworfenen Gebiets erzielen läßt, dann ist die technisch-militärische Frage des Vorstoßes schnell gelöst. Natürlich ist ein ungeheurer Kraftaufwand nötig; ob er der Mühe lohnt, das zu entscheiden, ist Sache der Politiker und nicht der Generale. Der Zeitpunkt des Vormarsches ins Innere wird auch vorwiegend durch politische Erwägungen und namentlich durch die mutmaßliche Einschätzung des Eindrucks auf die europäischen Großmächte bestimmt werden. Daß ein Vormarsch in der schlechten Jahreszeit gewaltige Schwierigkeiten bietet und vom rein strategischen Standpunkte aus absolut keine Rechtfertigung finden kann, liegt auf der Hand.

Wie der „Avanti“ meldet, soll das erste Resultat der Unterredung des Generals Canoba mit der Regierung die Absendung eines weiteren Armeekorps nach Tripolis sein. Diesmal sollen hierfür auch Truppenkontingente aus den Armeekorps Norditaliens, besonders Venetiens, genommen werden, aus denen man bisher mit Rücksicht auf die Nähe der österreichischen Grenze, mit Ausnahme des 8. Infanterieregimentes (Mailand), keine Truppen genommen hatte.

Italienische Nachrichten in Arabien?

Konstantinopel, 8. Februar. Hier ist man über die Haltung des Scheichs Idris in einiger Sorge. Während Iman Jahaj im Yemen seinen Waffenstillstand mit der Türkei respektiert, zeigt der Herrscher von Assia offen türkisenfeindliche Bestrebungen. In der Fortie glaubt man zu wissen, er habe mit Italien eine Gentente abgeschlossen. Tatsächlich landeten die Italiener für Scheich Idris kürzlich in Djizam 4 Gebirgsanonen und Munition, und man befürchtet, daß die Streitkräfte von Idris in Hebscha eindringen werden. Der Kriegsminister hat dem in Hebscha weilenden Chef der Streitkräfte im Yemen, Haged Pascha, den Befehl erteilt, eine Expedition gegen Idris auszurufen. Gleichzeitig beabsichtigt man von Mekka aus einen Feldzug gegen ihn zu unternehmen.

Das Scharaffenland der Banco di Roma.

Rom, den 8. Februar. (Fig. Bez.) Ueber eine neue und ungläubliche Unrechlichkeit der Banco di Roma berichtet der neue Kriegs-korrespondent des „Avanti“, der Abgeordnete Genosse Musatti, aus Tripolis. Ueber den Fall liegt dem General Canoba bereits ein Rapport vor, und man kann also mit voller Bestimmtheit annehmen, daß er der Regierung in allen Einzelheiten bekannt ist. Bald nach der Besetzung von Tripolis schickte die italienische Regierung eine Schiffsladung Korn, um die Notlage der eingelegenen Bevölkerung zu mildern. Es handelte sich um 20 000 Sacke Weizen zu je 64 Kilogramm. Von den Militärbehörden aus wurde die Verteilung in ordnungsmäßiger Weise unternommen; als aber etwa die Hälfte bergeben worden war, machte der frühere Konsul von Tripolis, Pestalozza, den Vorschlag, anstatt des Kornes doch lieber Mehl zu verteilen. So wurde der Mühe der Banco di Roma der Rest der Ladung, rund 10 000 Sacke, zum Mahlen übergeben. Allerdings wurde das Korn tatsächlich zu Mehl gemahlen, aber nicht dieses Mehl ist unter die Armen verteilt worden, sondern verschimmletes und verfaultes Zeug, das die Banco di Roma an Ort und Stelle aufkaufen ließ, und das trotz der Hungersnot von den Armen ungenießbar gefunden wurde. Das gute Mehl aus dem von der Regierung gelieferten Korn hat dann die patriotische Herkule Bank der Regierung für die Verpflegung der Truppen zurückerkauft. Der „Avanti“ fordert die Ernennung einer parlamentarischen Erhebungscommission, die sich auch auf die Standale der Proviantlieferungen und auf die Unterschlagung der Weihnachtsgeschenke der Soldaten erstrecken soll.

Die Parteifektion von Catania gegen De Felice.

Rom, 8. Februar. (Fig. Bez.) Veranlaßt durch ein Festessen, das von verschiedenen Seiten dem Abgeordneten De Felice während seiner vorübergehenden Rückkehr vom Kriegsschauplatz in Catania angeboten wurde, hat die Parteifektion dieser Stadt ein Flugblatt veröffentlicht, das heftige Angriffe gegen den Abgeordneten enthält. „Um der Würde unserer Partei willen“, heißt es darin, „mollen wir unsere Stimme erheben und den proletarischen Organisationen die Augen öffnen, damit sie sich nicht hintertreiben für den Sieg eines Kandidaten verwenden, der den Krieg und das Meer verherlicht und nicht Sozialist ist. . . . Die sozialistische Parlamentsfraktion hat in dieser Sache das letzte Wort zu sprechen. Man wird ihr ein Memorandum vorlegen und ein schnelles und offenes Urteil fordern. Die bisherige Zweideutigkeit muß ein Ende haben. Schon bei den letzten Wahlen hat sich die Bourgeoisie der Industrie und des Handels für De Felice ins Zeug gelegt. Der frühere Revolutionär ist nicht mehr einer der Unseren: seine Seele ist bürgerlich geworden.“ Alle Sozialisten von Catania, dessen zweiten Wahlkreis De Felice vertritt, sind dem Vankett ferngeblieben, auch der Korrespondent des „Avanti“, dem eine offizielle Einladung zuteil geworden war. Rechtswürdig ist, daß Bissolati ein Sympathieschreiben sandte, in dem von „kränklichen Seltenern“ gesprochen wird, womit Bissolati die Parteimehrheit meint, deren Mißbilligung sich gegen alle wendet, die sich Sozialisten nennen und für den Kolonialkrieg und Militarismus schwärmen.

Die Revolution in China.

Eine amerikanische Note zur chinesischen Revolution.

Berlin, 8. Februar. Die deutsche Regierung hat sich vor Kurzem an die Regierung in Washington mit der Anfrage gewandt, welche Haltung die amerikanische Regierung gegenüber den Ereignissen in China einzunehmen gedenke. Hierauf ist dem deutschen Volschaffer in Washington die nachfolgende Note des Staatsdepartements zugegangen:

„In Beantwortung Ihrer Note vom 31. d. M., in der Sie mich um eine Mitteilung über die Haltung der Regierung der Vereinigten Staaten gegenüber den Verhältnissen in China ersuchen, beehre ich mich festzustellen, daß diese Regierung seit dem Beginn der gegenwärtigen Unruhen von Zeit zu Zeit bei sich hielten Gelegenheit mit den übrigen interessierten Mächten, insbesondere mit Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan und Rußland ebenso wie mit der kaiserlich Deutschen Regierung einen Meinungsaustausch darüber gepflogen hat, welche Haltung dem Schutze der gemeinsamen Interessen entspricht. Aus diesem Gedankenaustausch hat sich deutlich ergeben, daß alle in Betracht kommenden Mächte darüber einig waren, daß es unter den gegenwärtigen Umständen zweckmäßig sei, an einer Politik des gemeinsamen Handelns festzuhalten.“

Diese Einstimmigkeit hat konkreten Ausdruck in der identischen Note gefunden, die von den Vertretern Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Japans, Rußlands und der Vereinigten Staaten am 20. Dezember v. J. gleichzeitig den Friedenskommissaren in Schanghai überreicht wurde, wie auch in den Maßnahmen gemeinschaftlichen Zusammenwirkens, die die Mächte zum Schutze ihrer gemeinsamen Interessen in China ergriffen haben.

Die dieser Regierung zugegangenen Nachrichten lassen überdies erkennen, daß die übrigen beteiligten Regierungen gleichfalls einen ähnlichen Meinungsaustausch gepflogen haben und daß in den öffentlichen Organen verschiedener Länder amtliche Verlautbarungen über eine die gleichen Ziele anstrebenden Politik erschienen sind.

Dieser Regierung erscheint es daher offenkundig, daß sich alle Mächte bisher in gemeinsamer Uebereinstimmung nicht nur von Sonderaktionen und von einem Eingreifen in die inneren Angelegenheiten Chinas ferngehalten, sondern auch in vollem Einflang gehandelt haben mit ihren wechselseitigen Zusicherungen, daß sie die Integrität und Souveränität Chinas achten würden. Gleichwohl hat bisher für ein Eingreifen der fremden Mächte kein Anlaß vorgelegen, indem sich sowohl die Kaiserlichen als die Republikaner für Leben und Eigentum der ausländischen Bevölkerung verbürgt haben; auch sind die jüngsten Nachrichten dazu angehen, die Auffassung zu bestärken, daß es unwahrscheinlich ist, daß die künftige Entwicklung ein solches Eingreifen notwendig machen wird. Falls sich jedoch wider alles Erwarten irgendwelche weiteren Schritte als notwendig erweisen, so ist diese Regierung der festen Ueberzeugung, daß die Politik eines gemeinsamen Vorgehens nach eingehender Beratung der Mächte aufrecht erhalten werden sollte, um von Anfang an die Möglichkeit jeglicher Mißverständnisse auszuschließen.

Abgesehen hiervon betrachtet es diese Regierung als eine Folge der strikten Neutralität, die bisher infolge allgemeiner Uebereinstimmung bezüglich etwaiger Anleihen an China befolgt worden ist, Anleihen seitens ihrer Staatsangehörigen nicht zu begeben, sofern nicht die Gewissheit besteht, daß solche Anleihen im Verhältnis zu den streitenden Parteien rein neutrale Zwecke verfolgen. Ebenso erachtet diese Regierung im gegenwärtigen Zeitpunkt die Beobachtung des Prinzips für besonders angeeignet, daß ihre Staatsangehörigen davon abgehalten sind, Anleihen zu gewähren, die nach den allgemeinen politischen Gesichtspunkten von der eigenen Regierung nach Benehmen mit den übrigen interessierten Mächten nicht gebilligt werden.“

Die Abankungsbedingungen.

London, 8. Februar. Die „Times“ melden aus Peking vom 7. d. M.: Die Bedingungen über die Behandlung der Wandschus nach der Abankung wurden der republikanischen Regierung in Peking unterbreitet, die gewisse Änderungen vorgenommen hat. Sie sind jetzt dem Kaiser zur endgültigen Genehmigung vorgelegt worden. Die Abänderungen sind so gemäßig und die Bedingungen so liberal, daß eine Einigung darüber als sicher gilt. Die Bedingungen werden von Vertretern der beiden Parteien den Gesandtschaften in Peking unterbreitet werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Februar 1912.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die Fraktion bestimmte als Redner zum Etat die Genossen Scheidemann, Dr. Frank, Ledebour und Dr. David. Ferner wurde beschlossen, eine Interpellation einzubringen, in der von der Regierung die dringend notwendige Aufhebung des Kartoffelkolles und der Zölle auf Futtergerste und Mais gefordert wird. Redner hierzu sind die Genossen Bock und Antrich. Als erster Initiativantrag soll die Reform der Geschäftsordnung des Reichstages zur Verhandlung gebracht werden. Die Fraktion wird wieder eine größere Anzahl Initiativanträge einbringen, darunter den Antrag auf Einführung der Ministerverantwortlichkeit; den Antrag auf Abänderung der Verfassung, wonach zu einer Kriegserklärung die Zustimmung des Reichstages erforderlich ist; den Antrag auf Einführung des Proporz, des Frauenwahlrechts; Festlegung eines Sonntags als Wahltag; Lieferung amtlicher Wahlurnen.

Die sozialpolitischen Anträge wurden einem Ausschuss von 21 Mitgliedern zur Vorberatung überwiesen.

Festgefahren.

Aus dem Reichstage, 8. Februar. Der Reichstagen ist festgefahren. Er kommt nicht vom Fleck. Das ist das Ergebnis zweitägiger Beratungen und Verhandlungen über die Präsidentenwahl. Kein Präsident, kein Verhandeln, keine Geschäfts erledigung irgend welcher Art.

Als um 3^{1/2} Uhr die zweite Sitzung wieder durch den Alterspräsidenten Traeger eröffnet wurde, waren die Reichsboten schon zahlreich versammelt und auf den Tribünen drängte sich ein schaulustiges und hörbeiflissenes Publikum. Die hochgespannte Erwartung wurde in der Blüte gestrichelt. Herr Daisermann stand schon auf der Treppe und erhielt das Wort zur Geschäftsordnung. Er teilte mit verlegenem Lächeln mit, die Verhandlungen zwischen den Fraktionen über die Besetzung der Präsidentenposten hätten bisher zu keinem Ziele geführt. Er beantrage daher die Vertagung des Hauses bis auf Donnerstag 2 Uhr. Allgemeine Heiterkeit erregte es, als Herr Gröber von der mittleren Konkurrenzfraktion den Antrag Daisermanns unterstützte und in schöner Einmütigkeit beschloß das Haus demgemäß.

Da ernste Verhandlungen zur Lösung der Präsidentsfrage nicht vorgenommen werden konnten, ergötzen sich die Abgeordneten an allerhand phantastischen Vorschlägen. Die einen waren dafür, die drei Präsidentsposten auszuknobeln. Andere regten an, die Abgeordneten in alphabetischer Reihenfolge den kaiserlichen Sessel erklimmen zu lassen. Dann würde am ersten Tage der Fortschrittler Ablaß den Vorsitz führen und am 307. Tage, also etwa am Ende der Legislaturperiode, Genosse Zubeil die Reihenfolge der Präsidenten schließen. Löst die Regierung nicht vorher auf, so könnte noch einmal von vorn angefangen werden. Es wurde auch ins Auge gefaßt, den morgigen Tag als dreitägiges Alterspräsidentenjubiläum festlich zu begehen, da es seit Bestehen des Reichstags noch niemals vorgekommen ist, daß die Amtsdauer eines Alterspräsidenten festlich begangen wurde. Jedenfalls würde dann der Jubelgreis einen Toast ausbringen können auf das, was dem Reichstag noch dringend fehlt: die Frauen.

Parlamentarische Meinarbeit.

Das Abgeordnetenhaus erledigte am Donnerstag vor fast leerem Hause eine Tagesordnung von nicht weniger als 12 Punkten, von denen allerdings nur einige wenige ein allgemeines Interesse beanspruchten.

Der Gesandtenrat behr. die Bewilligung weiterer Mittel zum Ausbau der neuen staatlichen Doppelschachanlagen in Westfalen wurde der Budgetkommission überwiesen, nachdem u. a. Genosse Hoffmann unseren prinzipiellen Standpunkt zu der Frage der Uebernahme von Betrieben auf den Staat kurz dargelegt hatte.

In die Gemeindefraktion verwies das Haus den Gesandtenrat über die Reinigung öffentlicher Wege. Genosse Liebnicht übte in der Debatte Kritik an der Jagd, mit der die preussische Regierung mit allem Pöbel ankränkt, und warf die Frage auf, wie lange es unter solchen Umständen dauern werde, bis einmal mit dem alten Spinnwebzeu aufgeräumt ist, von dem die Verwaltung erfüllt ist, ganz zu schweigen von der Wahlreform.

Ein alter Bekannter begrüßte uns in dem Antrage Gottschalk (natl.) und Genossen betreffend gesetzliche Regelung der Schulspflicht und der Strafen für Schulversäumnisse. Bismarck hat sich in den letzten Jahren das Haus im Sinne dieses Antrages ausgesprochen, aber die Regierung hält es nicht für nötig, mit einem Befehl hervorzutreten. Das ist um so behauerlicher und unverständlicher, als eigentlich nur das Zentrum Schwierigkeiten macht. Aber was tut die Regierung nicht alles dem Zentrum zu Liebe? Trotzdem die Frage längst spruchreif ist, beschloß das Haus doch wieder Kommissionsberatung. Der zustimmenden Haltung unserer Fraktion zu dem Antrage gab Genosse Hirsch unter gleichzeitiger Beurteilung der Haltung des Zentrums und der Regierung Ausdruck.

Endlich beschloß sich das Haus noch mit zwei Anträgen der Fortschrittlichen Volkspartei, die die Erweiterung der Befugnisse der Arbeiterausschüsse und die Sicherung des Arbeitsverhältnisses der Mitglieder der Arbeiterausschüsse in staatlichen Betrieben bezwecken. Auch mit dieser Materie hat sich das Haus schon wiederholt beschäftigt, aber irgendwelche greifbaren Resultate im Interesse der Staatsarbeiter sind dadurch nicht erzielt worden. Wenn gleich der erste Antrag diesmal nach kurzer Debatte, in der Genosse Leinert mit großer Sachkunde die Forderungen der Arbeiter vertrat, an eine Kommission gegangen ist, so ist doch angesichts der ablehnenden Haltung der Regierung und der Nechten ein Wandel zum Besseren kaum zu erwarten. Den zweiten Antrag lehnte die arbeitserfindliche Mehrheit gleich im Plenum ab.

Am Freitag beginnt die zweite Lesung des Etats. Voransichtlich wird es aus Anlaß des mit zum Etat gestellten Antrages der Nationalliberalen über das Motu proprio zu einer Kulturkampfdebatte kommen.

Wittum.

Der blamierte Zentrumschlingling Wittum sucht sich durch eine gerundene Erklärung um die Lausache herumzubriden, daß er durch unehrliche Mittel seinen Abgeordnetenstatus erworben hat. Er kam aber folgenden Sachverhalt nicht bestreiten: Das Zentrum hatte verlangt, daß Wittum um die kerikale Hilfe bitte und daß er sich öffentlich als Gegner der von seiner Partei vertretenen Großblockpolitik bekenne, — nach Erfüllung dieser beiden Bedingungen werde das Zentrum ihn unterfügen. Es sieht jetzt fest, daß Wittum am 20. November 1911 an einen Zentrumsführer schrieb:

„Da Sie nun einmal mein Vertrauensmann bei der Zentrumsparlei sind, möchte ich Sie höflich bitten, in meinem Namen bei Ihrer Parteileitung zunächst noch vertraulich um Unterstützung meiner Kandidatur zu bitten“, — und am 25. November:

„Sobald ich öffentlich sprechen werde, werde ich klar und bündig meine entschiedene grundsätzliche Gegnerschaft zum Großblock in Baden und im Reich zum Ausdruck bringen.“

Auf Grund dieser Briefe wurde dem „liberalen“ Herrn die Zentrumschulze zugefagt. Der nationalliberalen und fortschrittlichen Parteileitung verschwie er diese Dinge. Er duldet, daß in den liberalen Zeitungen und Versammlungen wiederholt offiziell verfidert wurde, das Zentrum habe freiwillig und ungefucht die Unterstützung Wittums versprochen. — Verhandlungen mit dem Zentrum oder den Konservativen hätten nicht stattgefunden. So gestaltete sich denn die Sitzung der Zweiten badischen Kammer vom 1. Februar zu einer moralischen und politischen Hinrichtung des neuen Abgeordneten für Pforzheim. Genosse Dr. Frank, der die erst später auch von der Zentrumschulze veröffentlichten Briefe verlesen hatte, sagte sein Urteil in folgenden Worten zusammen:

Meines Erachtens ist es unter diesen Umständen Pflicht der Parteileitungen, der Nationalliberalen wie der fortschrittlichen Volkspartei, nicht nur offen zu erklären, daß sie diese Dinge mißbilligen und bedauern, ihre Sache wird es sein, zu verlangen, daß Herr Wittum sein ersüchliches Mandat niederlegt.“

Der Abgeordnete Benedek gab für die fortschrittliche Volkspartei die Erklärung ab:

In der Tat hat der Herr Abg. Wittum, wenn dieser Brief echt ist, seine Wähler getäuscht und etwas getan, was sich mit der Ehrlichkeit und Offenheit in der Politik nicht verträgt, mit der Ehrlichkeit und Offenheit, die notwendig ist, wenn die Politik nicht zum Spielplatz der persönlichen Leidenschaft und des persönlichen Ehrgeizes herabzufallen soll. — Dann hat er auch meine engeren politischen Freunde dadurch in gewissem Sinne täuscht, denn auch sie waren aus Grund von Verbindungen, die sie noch kurz vor der Wahl eingezogen haben, der Meinung, und zwar auf Grund der Versicherung, die von der nationalliberalen Seite gegeben war, daß derartige Verhandlungen nicht gepflogen worden sind und daß eine derartige Bitte — an das Zentrum nicht gestellt worden sei. — Wenn sie diesen Sachverhalt gekannt hätten, so würden sie ihre Stimme dem Herrn Wittum nicht gegeben haben. Ich sage also, daß der Herr Abg. Dr. Frank mit seiner Kritik dieser Sache und mit den Konsequenzen, die er daraus gezogen haben will, durchaus recht hatte.“

Und der Abg. Rebmann muß im Namen der Nationalliberalen zugeben:

Der Brief steht in vollem Widerspruch nicht bloß mit demjenigen Sinne, die wir uns in Baden für den Wahlkampf vorbehalten haben, sondern auch in Widerspruch mit öffentlichen Erklärungen unserer Parteileitung.“

Ob Herr Wittum geht oder bleibt — er ist ein gezeichneter Mann: sein Mandat ist nicht erkämpft, sondern erschwindelt.

Witzu zudringlich.

Der Unterstaatssekretär Bahnschaffe, die rechte Hand des Reichsanzlers, war am Donnerstag im Reichstage eifrig bemüht, mit den einzelnen bürgerlichen Parteien über die Präsidentenfrage zu unterhandeln. In einer der Verhandlungen nahmen teil die Abgg. v. Kormann, Graf Westarp, v. Camp, Schulz und v. Röscher. Später stattete Herr Bahnschaffe auch den Nationalliberalen einen Besuch ab.

Da möchten wir denn doch wissen, was eigentlich dem Herrn Reichsanzler diese durchaus interne Angelegenheit des Reichstags angeht.

Die Woche der Agrarier.

Die agrarischen Veranstaltungen, die in jedem Februar in Berlin stattfinden, nahmen heute in der Tagung des Igl. preußischen Landesökonomikollégiums unter Vorsitz des früheren Reichstagspräsidenten Graf v. Schwerin-Lömitz ihren Anfang. Selbstverständlich war auch der Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer-Lieser zur Stelle und mit ihm zahlreiche Regierungsbeamte aus seinem Ministerium, dem preussischen Finanzministerium, dem Ministerium des Innern, dem Reichsamt des Innern und anderen Reichsbehörden, um die gottgewollte Abhängigkeit der Regierung von den Agrariern zu behaupten. Herr v. Schorlemer-Lieser hielt dann auch gleich eine Rede, in der er sich darauf berief, daß das Nichtsein der Regierung angeht die furchtbare Teuerung durchaus die Zustimmung der Agrarier gefunden habe. Er dankte den preussischen Landwirtschaftskammern, daß sie die Regierung in ihrer Stellungnahme so eifrig unterstützt und dazu beigetragen hätten, auch ihrerseits den unbegründeten und abtriebene Behauptungen über eine Teuerung und über mangelnde Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch und Brotgetreide entgegenzutreten. Dann schilderte er die erfreuliche Antizipation, die die Landwirtschaft auf dem Gebiete der Ruytierzucht im letzten Jahre genommen. Gegen 1910 ist die Zahl der Pferde um 42 894, die Zahl der Küder um 76 068 und die Zahl der Schweine um 781 118 gestiegen. Nur die Zahl der Schafe ist weiter zurückgegangen. Der Minister schloß aus diesen Zahlen, daß die Landwirtschaft gesunde sei, den wachsenden Bedürfnissen der Bevölkerung in bezug auf Fleischversorgung zu genügen. Er hoffte dann weiter, daß im kommenden Frühjahr und Sommer von einer Viehknappheit nicht die Rede sein werde.

In dieselbe Rede hieß dann der Vorsitzende Graf v. Schwerin-Lömitz. Ein Landrat v. Klüggen-Meinprottan sah in seinem ahnungsvollen Gemüt dennoch das Fleischnotgeleche wieder kommen und ermahnte sich fürsorglich, ob man ihm nicht mit amtlichen Zahlen über die Spannung zwischen den Schweinepreisen und den Schweinefleischpreisen entgegenzutreten könne. Ministerialdirektor Dr. Schröder erwiderte: „Es werden fortlaufend Aufstellungen über dies Spannungsverhältnis gemacht. Allerdings muß darauf hingewiesen werden, daß die Fleischpreise mit großer Bestimmtheit behaupten, unsere Preise sei nicht zu verlässig.“ Das bestritt der Ministerialdirektor natürlich, aber er will jetzt Statistiker in eine Reihe von Kleinstädten schicken, um die Kleinhandelspreise für Schweinefleisch festzustellen. — In den weiteren Verhandlungen des heutigen Tages wurde dann sehr ausführlich über die Viehversicherung gesprochen.

Wieso der Landwirtschaftsminister zu dem Dementi seiner eigenen früheren Behauptung kommen konnte, daß für dieses Jahr

keine Fleischnot zu befürchten sei, bleibt uns gänzlich unklar. Denn die Ergebnisse der Viehzählung im Dezember 1911 lassen, nach den vorliegenden Teilergebnissen, eine erhebliche Abnahme der Viehbestände erkennen. Das war ja auch nach den Vorgängen am Viehmarkt, nach der starken Zunahme des Auftriebs, nicht anders zu erwarten. Damit ist aber eines gewiß, daß nämlich die Fleischversorgung im laufenden Jahre überaus knapp ausfallen muß und daß die Fleischpreise mehr oder weniger stark im ganzen Gebiete des Deutschen Reiches anziehen werden. Die Frage der Fleischversorgung wird damit zu einer der wichtigsten Fragen für die öffentliche Erörterung und man kann nur hoffen, daß da der Reichstag ein energisches Wort sprechen wird, das auch von der verstorbenen preussischen Regierung nicht überhört werden kann.

Erpreßte Mandate.

Die kerikale „Märk. Volks-Ztg.“ schreibt über die Wahlprüfungen im Reichstag u. a.:

Alle Parteien haben ein Interesse an der schnellsten Erledigung der Wahlprüfung: dies wird auch heilsam wirken gegen terroristische Wahleinsparungen und Verträge gegen das Gesetz. Wer ein erpreßtes Mandat hat, gehört nicht in den Reichstag oder schnell wieder hinaus.

Sehr richtig! Aber wie viel Zentrumsmandate müßten dann annulliert werden?

Wie die „geheime“ Wahl in Oberschlesien ausficht.

Nirgends tritt das Verhältnis zwischen der geheimen und öffentlichen Wahl auffälliger zutage, als in Oberschlesien. Die Parteien, die bei der geheimen Wahl fast gar nichts zu bedeuten haben, wie zum Beispiel die Hüftenpartei, ein Gemisch von Liberalen, Nationalliberalen, Ostmarkern und Konservativen, wie auch das Zentrum, sind bei der öffentlichen Wahl im Besitze aller Mandate zum Landtag, zu den Gemeinden und Kreisverwaltungen. Selbst das in Oberschlesien mächtige Polentum ist in seiner Gemeinde durch einen öffentlichen Anhänger vertreten, und die beiden Landtagsmandate Pleß-Hybnitz und Ratibor, die die Polen besitzen, verdanken diese auch nur dem Zentrum. Der ober-schlesische Arbeiter muß bei der öffentlichen Wahl heucheln. Geht er nicht zur Wahl, wird er entlassen, — geht er und wählt nicht so, wie es die Grubenmagnaten und Hüttenbarone vorschreiben, wird er ebenfalls entlassen.

Zu dieser politischen Heuchelei wollen die allgewaltigen kapitalistischen Machthaber in Oberschlesien die Arbeiter auch bei der geheimen Wahl zwingen. Bei der Stichwahl in Katowitz-Jabrze zwischen Polen und Sozialdemokraten, hatte die Hüftenpartei Stimmenhaltung proklamiert. Trotzdem ließ sich ein großer Teil der Arbeiterwähler nicht abhalten und machte von seinem Staatsbürgerrecht auch in der Stichwahl Gebrauch, was natürlich den Jörn der Machter der Hüftenpartei hervorrief. Diese rächen sich an den Arbeitern nun dadurch, daß in fast allen Betrieben des Kreises Massenandragungen von Arbeitern vorgenommen werden, womit in zahlreichen Fällen ein sofortiges Räumen der Werkwohnungen verbunden ist. Bei den ober-schlesischen freien Gewerkschaften haben sich in den letzten Tagen nicht weniger als 320 Mitglieder gemeldet, denen gekündigt wurde. Die Gesamtzahl der Gehändigten dürfte bis jetzt tausend überschreiten. Wertwürdigerweise haben alle Gehändigten in der Stichwahl gewählt.

So sieht die geheime Wahl in Oberschlesien aus, sie wird durch ein zahlreiches Beamtenheer, das in den Wahllokalen postiert wird, schlanweg aufgehoben. Das ist ein glatter Mißbrauch der wirtschaftlichen Macht, also Terrorismus der allerschlimmsten Art.

Neuregelung der Sonn- und Feiertagsruhe im Handelsgewerbe.

Die „Tägliche Rundschau“ erfährt über die offiziell angekündigte gesetzliche Neuregelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe von eingehender Seite: Die gesetzliche Neuregelung erfolgt nicht als Novelle zur Gewerbeordnung, sondern als selbständiges Gesetz, entsprechend der in den letzten Jahren entstandenen Übung, gewisse Materien aus der G.-O. herauszunehmen und durch eigene gesetzliche Bestimmungen zu regeln. Die wichtigste Neuerung ist die Herabsetzung des gesetzlichen Arbeitsmaximums an Sonntagen von fünf auf zwei Stunden. Unberührt bleibt die Bestimmung, die den Gemeinden das Recht verleiht, durch Ortsstatut die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe überhaupt zu verbieten. Bestimmte Ausnahmebestimmungen (Nicht für Säuglinge, Eis für Krankenzwecke u. a. m.) werden durch das neue Gesetz nicht geändert.“

Folgen der Fleischteuerung.

Die Folgen der wachsenden Holz- und Steuerpolitik und der dadurch bedingten Verteuerung aller Lebensmittel, besonders aber des Fleisches, machen sich in allen Industrieorten bemerkbar. Charakteristisch ist hierfür folgende Meldung aus Augsburg:

Nachdem dort schon für das Jahr 1910 ein bedeutender Rückgang des Fleischkonsums (um rund 3 Kilogramm pro Kopf) zu verzeichnen war, konstatiert der Leoben von dem k. k. Medizinalrat Dr. Böhm veröffentlichte Bericht über die Bewegung der Bevölkerung der Stadt Augsburg und die öffentliche Gesundheitspflege einen weiteren Rückgang des Fleischkonsums von 75,7 Kilogramm im Jahre 1910 auf 68,8 Kilogramm im Jahre 1911, also um 6,9 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung. Interessant ist in dem Bericht auch die Behauptung, daß nach der Erfahrung bei den hohen Einkaufspreisen mehr als sonst minderwertige Rohmaterialien in den Handel kommen. — Teures Fleisch, schlechte und verlässliche Rohmaterialien zu unerschwinglichen Preisen — das ist der Segen, den die schwarze Liste Mehrheit des alten Reichstages dem deutschen Volke gebracht hat.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages

hat sich Donnerstag vormittag konstituiert und ihren bisherigen Vorstand wiedergewählt; als Vorsitzenden den Freiherrn v. Hertling und als stellvertretende Vorsitzende die Abgg. Dr. Schädler, Spahn und Gröber.

Frankreich.

Aus den Geheimnissen des Panzerplatten-Patriotismus.

Paris, 6. Februar. (Fig. Ver.) Anlässlich der heute beginnenden Verhandlung des neuen Klotenprogramms, das dem Marinemoloch bis zum Jahre 1918 an zwei Milliarden in den Rücken werfen will, hat Genosse Morizet in der „Guerre Sociale“ eine Artikelserie begonnen, die an der Hand von geheimen Dokumenten nachweist, wie der Trutz der Marinelieferanten die öffentliche Ausschreibung zu einer Farce macht. Die heutige „Humanité“ reproduziert das entscheidende Schriftstück. Es enthält den Schlüssel für die Aufstellung der Aufträge für die verschiedenen Panzerkategorien unter die sieben Firmen Schneider u. Cie., Saint-Etienne, St. Chamond, Châtillon-Commentry, Parrel, Holzer und Firming. 1907 hat der Marinereferent Henri Michel die Ueberzeugung geäußert, daß solche Abmachungen bestehen, aber bedauert, daß sie nicht zu beweisen seien. Nun liegt der Beweis für die Kontingentierung vor und damit ist nachgewiesen, daß der Staat von den großen Lieferanten schmächtig ausgeplündert wird. — Werden die bürgerlichen Deputierten aus dieser Enthüllung die Folgerungen ziehen? Um davon überzeugt zu sein, müßte man die ungeheure Macht des Trusts vergessen, die bisher die bürgerliche Presse verhindert hat, von den Artikeln der „Guerre Sociale“ Notiz zu nehmen.

Eine judikalistische Demonstration.

Paris, 8. Februar. Der revolutionäre allgemeine Arbeiterverband erließ einen Aufruf, in dem die Arbeiterschaft aufgefordert wird, anlässlich des Leichenbegängnisses eines Soldaten der Strafkompagnie, namens Kernoult, der in Algerien infolge von erlittenen Mißhandlungen gestorben ist, am nächsten Sonntag eine große Straßendemonstration zu veranstalten, die einen Protest gegen die Kriegsgesetze und eine Kundgebung für die Abschaffung der Anarchistengesetze bedeuten soll.

Sozialisten und Wohnungsreform.

Die ungeheure Wohnungsnot, die in Paris wie in anderen ausländischen Großstädten zur Gründung einer Kampforganisation der Mieter und zu gewalttätigen Konflikten geführt hat, veranlaßt die sozialistischen Fraktionen zur Aufstellung durchgreifender Forderungen. Die Gemeinderatsfraktion hat die Vorlage des Genossen Brunet, die eine Anleihe von 200 Millionen Frank zur Errichtung städtischer Arbeiterwohnungen fordert, sich zu eigen gemacht, unter Vorbehalt weiterer Diskussion der zu bestimmenden Art der Wohnungszugang. Um auch die bürgerlichen Gemeindevertreter und die Seinepräfektur zur Erfüllung auf diesem Gebiete zu veranlassen, soll eine planmäßige Agitation entfaltet werden. Ein Petitionssturm soll in zahlreichen Bezirke- und größeren Versammlungen eingeleitet werden, in denen mit Hilfe von Lichtbildern die Wohnungsfrage behandelt wird. Eine Artikelserie in der „Humanité“ aus der Feder Brunets wird die Bewegung unterstützen.

In gleichem Sinne wird die Kammerfraktion durch Interventionen und Gesetzentwürfe wirken.

Das Elend der französischen Arbeiterpolitik.

Die ganze Mächtigkeit der bürgerlichen Sozialpolitik und zugleich des französischen Gewerkschaftswesens geht hervor aus einer Darstellung des Standes der sozialpolitischen Gesetzentwürfe, die Lauche in der „Humanité“ gibt. Da ist das Verbot der Kinderarbeit, das unglücklicherweise in der von „Radikalen und Sozialistisch-Radikalen“ beherrschten Republik noch immer im Verleiche der Forderungen liegt. Die Kammer hat die entsprechende Vorlage schon lange angenommen. Aber der Vater der Hindernisse, der Senat, in dem der Großkapitalismus noch viel unerschämter vorwiegt als in der Kammer, hat noch nicht gesprochen. Trotz der erschütternden Enthüllungen über die langsame Abschichtung der Kinder namentlich in den Glasstätten hat das Unternehmertum den traurigen Mut, selbst gegen diese beschiedene Vorlage Sturm zu laufen. Und die Regierung, wie gewöhnlich in den Fragen, in denen es sich nicht um Konzessionen und ähnliche Geldquellen für die ihr nohestehenden Finanzquellen handelt, tut nichts. So scheint das Schicksal der Reform, zum Schaden der Masse und zur Schande der Republik, besiegelt zu sein. Das Schlimmste aber ist die Gleichgültigkeit der Gewerkschaften. Während Unternehmervverbände und Handelskammern so wirkungsvoll ihre Interessen vertreten, bleiben die Arbeiterorganisationen, die zahlreich die Unterdrückung der Kinderarbeit gefordert haben, gleichgültig. Der Protest der Arbeiter kommt nicht, um der Aktion der Unternehmer, die den Erfolg ihres Drucks schon vorwegnehmen, entgegenzuwirken.“

Nicht anders mit dem Jehnstundengesetz, das die Kammer noch zu beraten hat, und der Festsetzung eines Mindestlohnes für Heimarbeiterinnen. Auch hier die verächtlichsten Taktiken und Verleumdungen der Unternehmer und ihre Handelskammern in lebhaftester Bewegung, um durch Eingaben und Delegationen die Regierung und die Abgeordneten zu beeinflussen. Und die Arbeiterorganisationen? Nur einige Gewerkschaften sind bei der Arbeitskommission zugunsten der Gesetze vorstellig geworden. Mächtig, aber ungenügend. Das ermöglicht der Regierung, sich zu brüden und abzuschwenken und den Abgeordneten, allzu gefällig den Weisungen des Ministers zu folgen. Wie groß auch die Wachsamkeit und Fähigkeit der sozialistischen Abgeordneten sei, ihre Bemühungen werden vergeblich sein, wenn nicht die Gewerkschaftsorganisationen denselben Eifer entfalten wie die Unternehmerverbände. Das Großunternehmertum hat nichts unterlassen, um die beschiedene Reform zu Falle zu bringen, die auf sein Drängen lebendig im Parlament verscharrt werden wird. Die Gleichgültigkeit der Gewerkschaften ermöglicht diesen Widerstand, der vergeblich wäre gegenüber einem Druck der Arbeiterklasse.“

Rußland.

Wie in Rußland Wahlen gemacht werden.

Die Vorbereitungen für die in diesem Jahre bevorstehenden Dumawahlen werden von den Regierungsbeförden schon seit längerer Zeit mit besonderer Sorgfalt getroffen. Jeder Provinzratrat sucht in dieser Beziehung den anderen zu übertrumpfen und sich vor der Petersburger Zentralregierung als zuverlässiger „Wahlmacher“ in Empfehlung zu bringen, und über allen diesen Wahnenschaften schwebt fördernd und anspornend der Geist des mit allen Tücken und Schlichen vertrauten Ministers des Innern, Makaroff. Eine besondere Energie entfaltet der Gouverneur von Nischni-Nowgorod, Chwostoff, ein Liebling der Petersburger Hoffreise, der sich besonders durch seine offene Pogromagitation hervorgetan hat. Die russischen Zeitungen berichten schon seit längerer Zeit von den Wahnenschaften dieses Satrapen, der im Gegenjah zu seinen Kollegen aus seinen Plänen kein Hehl macht und so die sonderbaren Wahlgeschäfte der Zentralregierung ungeschickt ausplaudert. Besonders kraß sind nun die Mitteilungen, die über seine letzten „Wahlvorbereitungen“ in die Presse gedrungen sind. Schon im November vorigen Jahres versandte Herr Chwostoff an die Landhauptleute „seines“ Gouvernements ein geheimes Rundschreiben, das Vorschriften für die Wahlorganisation enthielt. Aber bereits im Dezember verlangte er, daß ihm die Rundschreiben sofort zurückgeschickt wurden. Zugleich verfügte er, daß von jedem Kreis zwei Landhauptleute nach der Gouvernementsstadt kommen und seine Anweisungen persönlich entgegennehmen sollten. Dieser Versammlung erteilte Herr Chwostoff folgende Anweisungen für die Wahlen:

1. Jeder Landhauptmann muß in seinem Bezirk ein Verzeichnis der „unzuverlässigen“, d. h. nicht regierungstreuen Wähler stellen, es fortlaufend durch geheime Ueberwachung ergänzen und die Ergebnisse der Gouvernementskanzlei berichten. Jedes Mittel ist hierzu erlaubt, besonders empfiehlt es sich aber, eine möglichst große Zahl von „Mitarbeitern“, d. h. Spitzeln heranzuziehen.
2. Während der Wahlen muß um jeden Preis der Sieg eines Kandidaten durchgesetzt werden, der den Anforderungen der Regierung in jeder Hinsicht entspricht. Erweist sich der Landhauptmann unfähig, dieses Ziel zu erreichen, so muß er sich einen anderen Wirkungsbereich suchen.
3. In den Dörfern muß dem Gemeindeführer stets der Zutritt zum Wahllokal gewährt werden. Sogenannte „unzuverlässige“ Wahlmänner, die diese Tatsache unberücksichtigt, Dringen aber „unzuverlässige“ Wahlmänner durch, so muß der Eintritt des Gemeindeführers zu Protokoll genommen und als Vorwand zur Kassierung der Wahlen benutzt werden.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Um die Rückerstattung der vom Lohn gekürzten Beiträge für den gelben Unterstützungsverein

Bezieht sich ein Prozeß, der schon seit September v. J. das Berliner Gewerbegericht beschäftigt und gestern erneut zur Verhandlung gekommen ist. Obwohl das Objekt mit 11,84 M. nur ein geringes ist, dürfte der Ausgang dieses Prozesses aus prinzipiellen Gründen sehr interessieren. Die Beklagte Firma Siemens u. Halske, A. G., die durch einen ihrer angestellten Juristen sich vor dem Gewerbegericht vertreten läßt, trägt ihrerseits dazu bei, die Rechtslage so kompliziert wie möglich zu gestalten. Bisher hatte sich die Firma noch stets am Berliner Gewerbegericht verklagt und die anhängigen Prozesse auch dort entscheiden lassen. In diesem Falle erhob sie jedoch den Einwand der örtlichen Unzuständigkeit des Berliner Gewerbegerichts, den sie damit begründete, daß das Wernerwerk, in dem der Kläger beschäftigt war, sich auf Spandauer Gebiet befindet und demzufolge auch nur das Gewerbegericht in Spandau für die Entscheidung des Rechtsstreites zuständig sei. Der Kläger, der durch den Bevollmächtigten des Metallarbeiterverbandes Adolf Cohen vertreten wird, vertritt die Ansicht, daß das Berliner Gewerbegericht zuständig sei, weil die Beklagte ihre Hauptniederlassung in Berlin hat und das Wernerwerk am Nonnenbäum nur eine selbständige Zweigniederlassung wäre. Die Beklagte behauptet jedoch, daß das Wernerwerk eine vollkommene selbständige Zweigniederlassung sei, so daß die Zuständigkeitsfrage nur nach eingehender Beweisnahme zu entscheiden ist. Eine solche wurde jedoch noch nicht angeordnet. Es soll zunächst auch den Besitzern die Möglichkeit des Abstufens, das sich infolge des umfangreichen Schriftwechsels der Parteien erforderlich macht, gewährt werden. Deshalb wurde die weitere Verhandlung vertagt.

In den englischen Gasanstalten Groß-Berlins

macht sich seit längerer Zeit eine immer mehr anwachsende Unzufriedenheit bemerkbar, weil es der Arbeiterschaft dort unmöglich gemacht wird, ihre Wünsche, seien sie auch noch so berechtigt, der Direktion gegenüber irgendwie zur Geltung zu bringen. Allerdings bestanden noch im vorigen Jahre Arbeiterausschüsse, aber die Tätigkeit dieser Ausschüsse wurde von Seiten der Direktion gänzlich lahmgelegt, wenigstens in allen wichtigen Fragen. Wenn es galt, untergeordnete Angelegenheiten zu regeln, da wurden sie wohl hinzugezogen, handelte es sich aber um Wünsche der Arbeiter hinsichtlich der Löhne, der Arbeitszeit und dergleichen, dann fand die Direktion allerlei Ausflüchte, um es zu keiner wirklichen Verhandlung kommen zu lassen, und überdies bestand man es auch, die Ausschussmitglieder, die sich der Interessen der Gesamtheit mit einem Eifer annahmen, zu schikanieren und zu mahregeln. Die Mitglieder der Arbeiterausschüsse trugen es schließlich fast, sich so behandeln zu lassen, als wären sie nur Dekorationsfiguren, und dann vor ihre Auftraggeber hintreten, und immer wieder sagen zu müssen, daß alles abgelehnt war. Aus diesem Grunde legten sie im Herbst vorigen Jahres ihre Ämter nieder, und zwar im Einverständnis mit der Arbeiterschaft der Werke wie mit ihrer Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Von Seiten der Arbeiterschaft und ihrer Organisation wurden dann Vorschläge zur Neueinrichtung und zu einem neuen Reglement der Arbeiterausschüsse der Direktion übersandt, und darauf erhielt die Ortsverwaltung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter unterm 28. November folgende Antwort:

Wir bestätigen mit verbindlichem Dank den Empfang Ihres wertigen Schreibens vom 2. d. M. und werden nicht erünneln, zu der Frage der Neueinrichtung der Arbeiterausschüsse Stellung zu nehmen, falls die Arbeiter unserer Betriebe mit einem derartigen Antrage an uns herantraten sollten.

Hochachtungsvoll

gez. E. Körling.

Dem Wunsche der Direktion, daß die Arbeiter selbst kommen sollten, wurde Rechnung getragen, indem die bisherigen Arbeiterausschüsse die Vorschläge von neuem einreichten. Die Antwort, die sie erhielten, war nicht minder höflich, aber auch ebenso nachsichtig wie die der Organisation gegebene. Sie lautete:

Für Ihre Eingabe vom 16. Dezember danke ich bestens und mache Sie ergeblich darauf aufmerksam, daß nicht ich die Arbeiterausschüsse aufgelöst habe, sondern daß vielmehr ein Teil der Arbeiterschaft die Ausschussmitglieder seinerzeit veranlaßt hat, ihre Ämter niederzulegen. Ich habe gar nichts dagegen einzuwenden, daß die Ausschüsse wieder da anknüpfen, wo sie aufgehört haben, und nach den alten Satzungen ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. Den Arbeitern derjenigen Betriebe, die Verlangen nach Wiedereinrichtung der Ausschüsse haben, stelle ich anheim, sich mit ihren Vorgesetzten in Verbindung zu setzen. Ich überlasse es den Herren Direktoren und Betriebsleitern, Neuwahlen anzuordnen, wenn ihnen das nach den örtlichen Verhältnissen zweckmäßig erscheint.

Hochachtungsvoll

gez. E. Körling.

Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiter sich mit dieser Antwort, die ja eine glatte Ablehnung ihrer Vorschläge bedeutet, nicht zufrieden geben konnten. Um von neuem zu der Sache Stellung zu nehmen, hielten sie am Mittwoch vier Versammlungen ab, und zwar bei Glesing in der Wassertortstraße, ferner in Schöneberg bei Grotzer, in Mariendorf bei Preuß und in Oberschöneweide bei Warnede. Als Referenten schiederten die Verbandsvertreter Dittmer, Jabel, Sauer und Bollmann die Lage der Dinge und brachten im Namen der Vertrauensmänner und der Organisation folgende Resolution in Vorschlag, die dann in allen Versammlungen einstimmig angenommen wurde:

Die am 7. Februar 1912 zahlreich versammelten Handwerker und Arbeiter aller Betriebe der Imperial Continental Gas-Affiliation Berlins und Umgegend haben von der ablehnenden Antwort des Herrn Generaldirektors Körling betreffend Neueinrichtung der Arbeiterausschüsse auf Grundlage des eingereichten Reglements Kenntnis genommen. Die Versammelten beauern, daß der erste Versuch der J. C. G. A. kein Interesse für das Wohl und Hebe der Arbeiter empfindet und es den einzelnen Werkdirektoren überläßt, über eine der wichtigsten Fragen im Arbeitsverhältnis — die Arbeiterausschüsse — zu bestimmen. Das Ansehen, an die Werkdirektoren mit der Bitte um Wiedereinrichtung der Ausschüsse nach den alten, von der Arbeiterschaft abgelehnten Bestimmungen heranzutreten, lehnen die Versammelten ab. Um das Interesse der Kollegenschaft zu wahren, beauftragen die Handwerker und Arbeiter der Englischen Gasanstalten die Ortsverwaltung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter alle in den Betriebsversammlungen gestellten Anträge der Direktion zu übermitteln. Wenn eine Abklärung der Missstände nicht erfolgt, sollen diese der Öffentlichkeit unterbreitet werden. Um den Einfluß der Organisation zu erhöhen, verpflichten sich alle Anwesenden für die Ausbreitung des Verbandes einzutreten.

Die Versammlungen beschäftigten sich weiter mit der Frage, wie es den Augenarbeitern und den Arbeitern der Ammoniakwerke möglich gemacht werden kann, sich den Koks zu dem üblichen ermäßigten Preise zu verschaffen, nachdem die Koksauslieferung an den Sonntagen aufgehört hat. Auf dem Gaswerk in Schöneberg ist die Sache so geregelt, daß die Arbeiter, die dort sonntags vormittags tätig sein müssen, ihren Kollegen vom Außenamt den Koks anweisen. Diese Regelung wünscht man nun auch in den anderen Gaswerken durchgeführt zu sehen, was in folgender Resolution ausgesprochen wird:

Die am 7. Februar versammelten Handwerker und Arbeiter der J. C. G. A. stellen den Antrag, die Direktion möge den Koksverkauf für die bei der Firma Beschäftigten so regeln, wie

es im Werk Schöneberg bereits geschehen ist. Die Versammelten beauftragen die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Gemeindegewerkschaften, diesen Antrag der Verwaltung zu unterbreiten.

Deutsches Reich.

Lohnbewegungen in der Steinindustrie.

Die Granitwerksbesitzer in Gauen stellen an ihre Arbeiter ein eigenartiges Ansinnen. Die Steinarbeiter hatten eine Tarifvorlage eingereicht und mit Mühe und Not konnten die Unternehmer zu Verhandlungen gezwungen werden. Der Tarif ist nun so ziemlich durchabgearbeitet, da kommen auf einmal die Unternehmer mit dem Wunsche, daß anstelle des bisher frei gewählten Wertzeugs Prozente gewährt werden sollen. Aber die Auszahlung dieser Prozente soll erst am Jahresfiskus geschehen. Der unter der Zeit sein Arbeitsverhältnis löst oder zu lösen gezwungen ist, soll die Prozente, also einen Teil des verdienten Lohnes, nicht erhalten. Die Steinarbeiter haben eine solche Zumutung zurückgewiesen. Wie man hört, planen die Unternehmer eine Ausbitterung, weil die Arbeiter diese sonderbare „Sozialpolitik“ nicht mitmachen wollen.

Der Streik im Granitwerk Koch u. Köpelmann-Gera geht ungeschwächt weiter. Die Firma will in Schlesien und Bayern Arbeitswillige anwerben. Die Granitarbeiter mögen dies beachten.

In Mannheim im konnte für etwa hundert Sandsteinmetzen ein neuer Tarif abgeschlossen werden. Die Erhöhung des Stundenlohnes beträgt innerhalb zwei Jahren 5 Pf.

„Wider“ Bergarbeiterstreik auf einer fiskalischen Grube in Oberschlesien.

Auf dem Oßelde der dem Fiskus gehörigen Königin-Luisegrube in Jahorze ist es nach den Berichten der bürgerlichen Presse am Mittwoch zu einem febril aufgeregten Ausstand der Fäller und Schlepper gekommen. Die Ausständigen fordern eine zehnprozentige Lohn-erhöhung. Es handelt sich um unverbaltene junge Burden, die nach der „Sattowitzer Zeitung“ das wärmere Wetter und den Markttag in Jahorze zum Bummeln benutzen wollten. So die bürgerliche Presse über den Ausstand.

Es handelt sich aber nicht, wie uns geschrieben wird, um einen febril vom Jahn gebrochenen Streik, sondern um die Abwehr einer Lohnkürzung. Als Ende vorigen Jahres der Handelsminister in Oberschlesien weilte und die fiskalischen wie auch einzelne Privatbetriebe besichtigte, wurde ihm vom Arbeiterausschuss der Königin-Luisegrube die Bitte um eine zehnprozentige Lohn-erhöhung vorgebracht. Der Minister sagte wohlwollende Prüfung zu. Seit dieser Zeit ist ein halbes Jahr verfloßen ohne daß die Wünsche der Arbeiter in Erfüllung gegangen sind. Im Gegenteil, es wurde den Schleppern eine Gedingeverkürzung, gleichbedeutend mit einer zehnprozentigen Lohnverlängerung, in Aussicht gestellt. Das ist natürlich dem Fiskus den Boden aus und war die alleinige Ursache zur Arbeitsverweigerung. Schon am Freitag voriger Woche führten 88, am Sonnabend 90 und am Montag 60 Schlepper nicht ein, bis dann am Mittwochmorgen 190 und am Mittwochabend 150 Schlepper der Arbeit fernblieben. Die gleiche Zahl fehlte auch am Donnerstagmorgen.

Das ist wieder einer von den periodisch in Oberschlesien ausbrechenden „wildem“ Streiks, die man früher durch Waffen-gewalt und behördliche Maßnahmen zu unterdrücken versuchte. Mit der bisherigen Gesinnung, mit den Ausständigen nicht zu verhandeln, hat man auf Grund der früheren Erfahrungen abgesehen. Da auf Grund der Verhandlungen, die Herr Berg- rat Drecher mit den Führern der Ausständigen führte, die Zurückziehung der Gedingeverkürzung in Aussicht gestellt wurde, heißt zu hoffen, daß weitere Anreize der Beloghaftigkeit nicht in Mitleidenschaft gezogen werden und der Streik der Schlepper beendet wird. Da die Ausständigen fast durchweg unorganisiert sind, fällt auch diesmal das Argument von der „sozialdemokratischen Verhetzung“ für die bürgerlichen Blätter weg. Man bevorende die Arbeiter nicht in geradezu sträflicher Weise, mache die fiskalischen Betriebe zu wirklichen Lujzerbetrieben, und die Streiks werden ein Ende nehmen.

Ausland.

Zum Kohlengräberstreik im Vorinage.

Unser Brüsseler Korrespondent schreibt uns unterm 7. d. M.:

Im Vorinage herrscht Hunger, bitterste Not. . . Nur die Hälfte der Streikenden sind organisiert und damit vor dem Hunger geschützt. Aber die anderen ziehen bettelnd umher; trocken Brot wird in Wasser gewickelt, um als „Nahl“ zu dienen, aufgeschliffene Kartoffelschalen werden mit Salz gesüßt, um die Hungernden zu sättigen. Hunderte und Hunderte aber haben nicht einmal dies, können den Hunger nicht stillen, fallen zusammen. Eine Bergarbeiterfrau, Mutter von 4 Kindern, zog mit einer Kammerfrau. Während des Marktes brach sie zusammen — vor Hunger. — Und die Fälle mehren sich. . . Und gestern hat eine Truppe von 500 Streikenden einen Protzwagen angefallen, geplündert. . . Ein Diebstahl um Brot ist kein Diebstahl“, erklärte der bürgerliche Demokrat Janson. . .

Dennoch: mit Ausnahme dieses einen Gewaltes, den die letzte Verweigerung des Hungers eingegeben, hat sich während des sechs Wochen andauernden Streiks, der 30 000 Arbeiter umfaßt, von denen wiederum nur die Hälfte durch die Disziplin des organisatorischen Geschickes, gegen Ausbrüche des Temperaments und der Erbitterung gewappnet ist — kein empörendes und durch die Zurückweisung aller Anerbietungen gedehntes Arbeitergewissen gewaltsam Luft gemacht. Ein Kleinkaliber hat es fertig gebracht, schon den Ausruf: „Es lebe der Streik“, als eine revolutionäre Auf- forderung in der Kammer zu tabeln!

In hunderttausend Menschen sind durch den Streik in Mitleidenschaft gezogen; vier Millionen Arbeiterlöhne sind dahin; der Industrie, die an Kohlenmangel leidet, wird immenser Schaden zugefügt; und schließlich: der kleine Handel, der von der Arbeiterkundschaft lebt, kommt in immer größere Bedrängnis. Ueber alle dem aber breiten sich die dunklen, unheimlichen Gefahren, die die anstehende Not, Befürchtung erweiternder Hunger verweilter Mütter im Schoße birgt.

Und was erklärt und die Regierung angeht dieser drohenden Situation? Es ist nichts mehr zu machen! Die Regierung hat angeblich ihre Mittel erschöpft, indem sie den Unternehmern das einmalmalige Vorschlag auf Einberufung eines Schiedsgerichtes oder Verlängerung der Frist für die Erhaltung des Statusquo bis 1. Juli vorgelegt hat. Die Antwort des Arbeitsministers auf die Darstellung der Gefahren durch die bürgerlichen und sozialistischen Deputierten in der Dienstag-Interpellation reduzierte sich auf den Spruch: bedingungslose Arbeitsaufnahme vor der Hand! Der Herr Minister verspricht dann ein Gesetz für die Einführung obligatorischer Schiedsgerichte. — Alle von den Sozialisten gemachten Vorschläge für ein handelndes Eingreifen der Regierung lehnte der Minister ab und dies, obwohl ihr ein Gesetz selbst die Möglichkeit böte, die Kohlenbarone zur Reue zu bringen. Es muß dabei immer wieder gesagt werden, daß es sich in der augenblicklichen Phase des Streiks um nichts anderes handelt, als den alten achtjährigen Zahlungsmodus bis zum 1. Juli aufrechtzu- erhalten, um bis zu diesem Termin zu einer Lösung zu kommen, für die die Arbeiter von vornherein bereitwilligkeit zugesprochen. Man mag willig zugeben, daß die Regierung „alles getan hat“, um den Streik zu dem Ende zu führen — wenn alles tun“ heißen würde, durch gute Worte den Herren Grubenbesitzern eine Konzession abzurufen. Was aber heute notwendig ist, wäre eine Tat der Regierung durch das Nachwort, daß sie mit der Anwendung eines Geschartikels sprechen könnte. Der Artikel des Gesetzes aus dem Jahre 1810 gibt der Regierung nämlich das Recht, in Fällen, wo durch die Einstellung des Be-

triebes öffentliche Interessen in Gefahr kom- men, die Konzessionen zurückzugeben. Daß die Regierung diesen Vorschlag des sozialistischen Deputierten Del- partie als unannehmbar zurückweist, hat nicht nur schlicht- hin den Grund darin, daß Regierungen den mächtigen Vertretern des industriellen Kapitalismus nirgends mit strengen Repressalien — und zwar um ein Recht des Arbeiters zu schützen — zu Leibe gehen; sondern aus besonderer Schonung für die belgische Hochfinanz, vor allem jener „Société Générale“, die Besitzerin von Kohlengruben im Vorkinage ist und in deren sorg- lichem Schoße fetter Freunde alle gefallenen und expedierten fiskalischen Minister enden. Wie der sozialistische Deputierte Dubi- logte: „Société Générale!“ Nicht die Regierung und auch nicht die Direktoren, die nur Angestellte der Finanzgesellschaft sind, ent- scheiden über das Los der 30 000 Hungernden, sondern die Aktienbesitzer, die in den meisten Fällen die erwähnte Ge- sellschaft ist. So muß denn im Vorkinage weitergekämpft, weiter- geungert werden. Möge die Arbeiterschaft um so mehr ihre Solidarität beweisen und mit doppelter Eifer den Kämpfenden beistehen!

Aus Industrie und Handel.

Eine gefährliche agrarische Forderung.

Unsere Junker, in ihrer unübertrefflichen Bescheidenheit, for- dern bekanntlich eine Erhöhung und Erweiterung der Schutzzölle auf Gemüse. Was die Gemüsezölle be- deuten können, lehrt ein Blick auf die Außenhandelsstatistik. Im vergangenen Jahre bezogen wir vom Auslande 3 309 272 Doppel- zentner Gemüse im Werte von 56 Millionen Mark, dagegen sank die Ausfuhr von 545 843 Doppelzentner im Werte von 6 862 000 M. auf 324 945 Doppelzentner im Werte von 6 345 000 M. Es sind demnach nur noch sehr teure Gemüsearten ausgeführt worden. In Deutschland ist der Preis für Gemüse um fast das Doppelte gestiegen, für manche Sorten macht die Steigerung sogar über 100 Proz. aus. Daß die Steigerung auf den Auslandsmärkten nicht dieselbe Höhe erreichte, beweist die Verlangsamung der Einfuhr. Während nämlich, der Menge nach berechnet, die Mehrerzeugung im Vergleich mit dem Vorjahre 35 Proz. ausmacht, beträgt sie dem Werte nach nur 28 Proz. Daraus kann man schließen, daß im Auslande recht billige Gemüse zu haben waren. Welche Höhe würden die Inlandspreise wohl erreicht haben, wenn nicht die Einfuhr des Angebot vergrößert hätte, oder wenn ein Zoll nach den Wünschen der Junker das eingeführte Gemüse entsprechend verteuert? Hier erkennt man die Gefährlichkeit des agrarischen Vorstoßes — er muß abgeklagt werden.

Die Vertierung der Milch, die mit der Verminderung der Vieh- bestände durch Maul- und Klauenseuche und mit dem Mangel an Viehfutter motiviert wird, hat allmählich einen recht bedeu- tenden Grad erreicht. Vergleicht man nämlich die Milchpreise an circa 180 größeren Orten in den verschiedenen Teilen Deutschlands, so zeigt sich, daß der höchste Preis mit 24 Pfennigen pro Liter gezahlt wurde. Dieses hohe Preisniveau wurde an 23 Orten erreicht. Unter diesen befinden sich u. a.: Berlin mit Pororten, Frankfurt a. M., Wiesbaden, Ludwigshafen, Plauen i. V., Stuttgart und fast alle größeren Städte des Großherzogtums Baden. An 55 Orten kostete ein Liter Milch 22—23 Pf. Darunter befinden sich die meisten Städte der Rheinprovinz, Westfalens und Bayerns. Am billigsten war die Milch in Ost- und Westpreußen sowie Pommern. So kostete ein Liter in Königsberg, Danzig, Stralsund und Thorn 18 Pf. in Allenstein, Insterburg, Rensel, Tilsit, Elbing, Kolberg, Stolp usw. gering der Preis auf 16 Pf. und in Köslin sogar auf 15 Pf. herunter. Von besonderem Interesse ist ein Vergleich der jetzigen Preise mit denen des Vorjahres. Im Januar 1911 erreichte der Milchpreis in keiner der genannten 180 Städte ein höheres Niveau als 22 Pf. An 80 Orten kostete ein Liter Milch sogar nur 18 Pf. oder weniger. Auch im Vorjahre war die Milch in Berlin, Frankfurt a. M., Stutt- gart und im Großherzogtum Baden am teuersten.

Die Kokeisenerzeugung. Nach Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug die Kokeisenerzeugung in Deutschland und Luxemburg während des Monats Januar 1912 insgesamt 1 872 749 Tonnen gegen 1 378 526 Tonnen im Dezember 1911 und 1 320 886 Tonnen im Januar 1911. Die Erzeugung verteilte sich auf die einzelnen Sorten wie folgt, wobei in Klammern die Erzeugung für 1911 angegeben worden ist:

Gießeisenerzeugnisse	245 833 (272 114) Tonnen
Bessemerisenerzeugnisse	28 555 (29 081) Tonnen
Thomasisenerzeugnisse	867 871 (819 367) Tonnen
Stahl- und Spiegeleisen	186 519 (144 775) Tonnen
Puddelisenerzeugnisse	44 971 (55 368) Tonnen

Der Steinkohlenbergbau in Bulgarien hat in den letzten Jahren eine wesentliche Steigerung erfahren. Während die Staatskohlen- bergwerke im Jahre 1870 nur 914 und 1889 nur 17 638 Tonnen förderten, war der Ertrag 1899 auf 102 555, 1904 auf 144 600 und 1909 auf 216 000 Tonnen gestiegen. Dazu kommen seit 1893 noch Privatbergwerke, die 1909 eine Förderung von 11 360 (i. S. 12 365) Tonnen aufwiesen. Insgesamt wurden von 1879 rund 2 4 Millionen Tonnen zutage gebracht, im letzten Berichtsjahre allein also über ein Zehntel der gesamten Menge.

Letzte Nachrichten.

Der Jehnstudententag in der französischen Kammer.

Paris, 8. Februar. (B. Z. B.) In der Deputiertenkammer begann heute die Beratung des Gesetzes, durch das der Arbeitstag auf zehn Stunden beschränkt werden soll. Der Deputierte Jules Roche bekämpfte den Entwurf im Namen der Interessen der Industrie. Lauche verteidigte ihn im Namen der Arbeiter, die durch Tuberkulose und Alkoholismus, den Folgen des langen Arbeitslages, stark mitgenommen wurden.

Von einer Lawine verschüttet.

Zusbruch, 8. Februar. Im Gebiet des Rinersee bei Müden wurden die Touristen Schultat Bardisch aus Wien und Galmair Kehler aus Bandans von einer Lawine überrascht und in die Tiefe gerissen. Kehler blieb tot, Bardisch konnte gerettet werden.

Der drohende englische Kohlengräberstreik.

London, 8. Februar. (B. Z. B.) Die Konferenz der Kohlen- grubenbesitzer und der Bergleute ist heute wieder zusammentreten, hat sich aber vertagt. Es ist sogar kein Angehen dafür vorhanden, ob die Konferenz überhaupt wieder zusammentreten wird. Man begt starken Zweifel, ob der Ausstand jetzt noch abgewendet werden kann.

Ermordung einer deutschen Familie in Rußland.

Warschau, 8. Februar. (B. Z. B.) In dem Dorfe Laga bei Lodz drangen vorgestern Nacht fünf maskierte Banditen in das Haus eines deutschen Kolonisten ein. Sie töteten die beiden Ehegatten und raubten hierauf die Wohnung aus. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Ein Dorf abgebrannt.

Konstantinopel, 8. Februar. (B. Z. B.) Das in der Nähe von Rodost gelegene griechische Dorf Panibon, das aus über 300 Häusern bestand, ist durch eine Feuersbrunst vollständig zerstört worden.

Abgeordnetenhaus.

9. Sitzung vom Donnerstag, den 8. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Sydow.

Eine Reihe Verordnungen werden debattelos erledigt. Eine Novelle zum Gesetz über die Eisenbahnunternehmungen geht an die Budgetkommission.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzes betreffend die Bewilligung weiterer Mittel zum Ausbau der neuen staatlichen Doppelschichtanlagen in Westfalen sowie von Mitteln zur Beteiligung des Staates an den Schiffahrtsgesellschaften auf dem Rhein.

Abg. v. Pappenheim (L.) beantragt, auch diese Vorlage der Budgetkommission zu überweisen.

Abg. Bruck (Z.) äußert einzelne Bedenken gegen die Vorlage.

Abg. Verker (H.) stimmt dem ersten Teil der Vorlage zu und behält sich bezüglich des zweiten Teiles genaue Prüfung in der Kommission vor.

Minister Dr. Sydow verteidigt seine Haltung zum Kohlenstand, bleibt aber in einzelnen auf der Tribüne unverändert.

Abg. Macco (nat.) wendet sich gegen einen Erwerb der Schiffahrtsgesellschaften, die sich schlecht rentieren hätten.

Minister Dr. Sydow betont, daß es sich nicht um einen Erwerb, sondern um eine Beteiligung handle.

Abg. Büchtemann (Sp.) erklärt, daß seine Freunde im allgemeinen der Vorlage sympathisch gegenüberstehen.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Wir bedauern, daß der Staat die Gesellschaften nicht übernehmen, sondern nur an ihnen teilnehmen soll. Das ist wieder etwas Halbes. Wir sind durchaus dafür, daß der Staat Betriebe übernimmt, verlangt aber Garantien dafür, daß die Beamten und Arbeiter dabei auf ihre Kosten kommen, das heißt, daß der Staat in ihrer Entlohnung und Behandlung den Privatbetrieben nachbrechend vorgeht. Wir verlangen, daß die Beamten und Arbeiter des Staates nicht zu Hebeln gemacht werden, indem man sie ihrer Staatsbürgerrechte beraubt, wie das nach den neuesten Erklärungen vom Ministertische geschehen ist. Ferner bedauern wir, daß dem Staat bei solchen Gelegenheiten überall Vorkümmern aus Wein geknöpft werden. Man verkauft ihm die Sachen so teuer wie möglich, um dann nachzuweisen, daß der Staat nicht imstande sei, dazwischenliegende Betriebe zu leiten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte; die Vorlage wird an die Budgetkommission verwiesen. Es folgt die erste Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend die Vorschriften über die Abnahme und Prüfung der Rechnungen.

Finanzminister Dr. Lenke bittet um Annahme der Vorlage. Es handelt sich hier um die erste Vorlage zur Verwaltungsreform; die Zentralkommission habe sie eingehend geprüft.

Die Abgg. v. Gohler (L.), Kaufner (Z.), Dr. Köhling (nat.) und Gysling (Sp.) erklären ihr Einverständnis mit der Vorlage.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Auch wir können dieser Vorlage zustimmen. Wenn aber die ganze Verwaltungsreform, deren erster Schritt dies sein soll, nicht besser aussieht, nicht tiefer einschneidet, nicht wertvoller ist als dieser Entwurf, dann wird sie nicht im entferntesten umstände sein, die bestehenden Mängel zu beseitigen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Das Gesetz wird hierauf sofort in zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzesentwurfs über die Reinigung öffentlicher Wege.

Vertreter des Bauministeriums Voss von der Brüggen: Das Gesetz soll die Differenzen beseitigen, die sich zwischen der Rechtsprechung des Reichsgerichts, des Kammergerichts und des Oberverwaltungsgerichts ergeben haben; es soll einwandfrei festlegen, wer Träger und welches der Umfang der Reinigungspflicht ist. Es bringt keine Mehrbelastung der Straßenanlieger, dehnt auch die polizeilichen Befugnisse nicht aus, schränkt sie im Gegenteil ein und gewährt der Betätigung der Selbstverwaltungsgremien freiesten Spielraum.

Kleines Feuilleton.

Die Schattenseiten der Lichtbildbühne. Der Zug der Zeit führt die großen Massen immer mehr in die Kinosäle, denn sie finden hier für billige Preise ein reichliches, das Sensationsbedürfnis befriedigendes Programm. Den eigenartigen Stil, der sich in der Filmproduktion bestimmter Länder entwickelt hat, unterzieht Dr. W. Barst in den „Grenzboten“ einer eingehenden Betrachtung. Während sich in den in dieser Hinsicht führenden Ländern, in Frankreich, Italien, Amerika und Dänemark, eine deutlich bestimmte Eigenart im Charakter der einzelnen Filme herausgebildet hat, fehlt bei dem deutschen Fabrikat eine solche „persönliche Note“.

Das Genre, das die Lichtbildbühne am weitesten ausgebildet hat und das in seinen verschiedensten Varianten heute die Kinematographentheater füllt, ist das sogenannte „Drama“, in dessen mannigfaltiger Ausgestaltung besonders die älteste und erfolgreichste Kinematographenindustrie, die französische, viel geleistet hat. Sie kann sich die kostspieligen, heroisch-historischen Kostümdramen leisten, bei denen ein außerordentlich großer Aufwand an reichen Gewändern und an Personal getrieben wird. Die italienische Renaissance, meist in jener skauerlich phantastischen Beleuchtung, in der sie in den Dramen Victor Hugos und der französischen Großen Ober erscheint, ist ein beliebtes Stoffgebiet. Dabei bereiten manche Feste und Anzüge, die gut wiedergegebenen Szenarien, prachtvolle Schlösser und üppige Gärten dem Auge eine ästhetische Freude, aber der Inhalt steht auf der tiefsten künstlerischen Stufe. Die psychologische Verlegenheit der Handlung, die obachtliche und grobe Häufung des Stoffes nach der guten und bösen Seite, die fauchende Naturalistik kennzeichnen diese „Dramen“ als Erzeugnisse desselben Geistes, der in der Schundliteratur tätig ist; man schreit hier vor der naturalistischen Wiedergabe einer Hinrichtungsszene im Hofstaat nicht zurück, und ist sehr geneigt, nicht nur dem Gewaltverbrecher, sondern auch dem sittlichen Verbrecher des Mittelalters der Romantik als Ausprägung des Lichtbildbühne ausdehnen, das meist in den malerischen Bauern- und Fischerdörfern der Normandie und Bretagne spielt und zu tührenden Trennung- und noch tührenderen Wiedersehensgelegenheit bietet.

In ihren humoristischen Filmen hat die französische Industrie zunächst die Situationskomik ausgenutzt, ein Malheur dargestellt, das lawinenartig anwächst und in seiner unwirklichen

Abg. Brämer (L.) beantragt Uebersetzung der Vorlage an die veränderte Gemeindefunktion.

Die Abgg. Lenz (Z.), Eder-Winsen (nat.), Wiserli (Soz.) und Lippmann (Sp.) stimmen im allgemeinen der Vorlage zu und kritisieren Einzelheiten.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Die Jagheit, mit der die Regierung hier mit der Befreiung der Oberbezirke dieses alten Bundes, vorgeht, ist bezeichnend. Was soll erst daraus werden, wenn es sich darum handeln wird, einmal an das Auslegen all der alten Spinnweben zu gehen, von denen die ganze preussische Verwaltung erfüllt ist, gar nicht zu reden von der Wahlreform! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Vorlage geht an die Gemeindefunktion.

Ein Antrag des Abg. Schroca (H.) betreffend Ergänzung des § 4 des Kommunalabgabengesetzes wird an die Justizkommission verwiesen.

Es folgt die Beratung des Antrages Dr. Gottschalk (nat.) betr. Schulpflicht und Schulverfallnis.

Abg. Dr. Gottschalk (nat.) begründet die Notwendigkeit, die Dauer der Schulpflicht nach einheitlichen Gesichtspunkten jedoch unter Berücksichtigung berechtigter Sonderverhältnisse der einzelnen Landes- teile zu regeln und einheitliche Bestimmungen über die Folgen der ungerechtfertigten Schulverfallnis, die Voraussetzungen ihrer Strafbarkeit, den Kreis der verantwortlichen Personen, die Art und Höhe der Strafen und das Strafverfahren zu schaffen.

Abg. Gedenroth (L.) beantragt Uebersetzung des Antrages an die Budgetkommission. Wenn es gelinge, sich auf die Materie des Antrages zu beschränken, werde eine Einigung wohl möglich sein.

Abg. Ibershoff (H.) erkennt die Notwendigkeit der Regelung der Materie an.

Abg. Dittrich (Z.) bezweifelt, daß es möglich sein werde, sich auf die eigentliche Materie des Antrages zu beschränken; die Hauptschwierigkeit liege darin, daß eine Reihe wichtiger Fragen in Konsequenz dieses Antrages mitgeregelt werden müßte.

Abg. Hoff (Sp.): Wir stimmen dem Antrage zu. Die Tatsache, daß er uns nun schon zum fünften Male beschäftigt, ist eine hübsche Illustration zu dem Worte, daß die Kulturaufgaben in Preußen nicht leiden. (Sehr richtig! links.)

Abg. Girsch (Soz.):

Es ist in der Tat bezeichnend, daß ein Antrag, der eine verhältnismäßig so einfache Materie regelt, nun schon zum fünften Male das Haus beschäftigt, ohne daß ein greifbares Resultat herauskommt. Die Regierung muß aus den früheren Verhandlungen über diesen Antrag doch die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die übergroße Mehrzahl des Hauses für den Antrag ist. Sie hätte deshalb dem Wunsch des Hauses entgegenkommen und eine entsprechende Vorlage einbringen können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bedenken gegen den Antrag sind eigentlich nur von dem Redner des Zentrums vorgebracht worden, der meinte, daß eine ganze Reihe anderer Fragen mit geregelt werden müßte. Wenn man aber etwas Positives erreichen will, muß man sich zunächst auf die Materie des Antrages beschränken. Wenn der Zentrumsredner meinte, es sei schwer zu entscheiden, was gerechtfertigt und ungerechtfertigt Schulverfallnis sei, so möchte ich ihm, falls es ihn interessiert, bemerken, daß wir z. B. das Rügenziehen für einen ungerechtfertigten Grund zur Schulverfallnis halten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist charakteristisch, daß vor kurzem eine Verfügung der Regierung zu Wortenerwerb erlassen ist, wodurch eine frühere Verfügung von 1885 zurückgenommen wurde. Danach ist eine Verurteilung von Schulpflichtverletzern zum Rügenziehen nicht mehr gestattet, es darf aber da, wo ein erhebliches Bedürfnis vorliegt, von dem Kreisinspektor auf höchstens 14 einanderfolgende Tage Urlaub gewährt werden. Die Verfügung bringt also nur scheinbar eine Verbesserung und läßt in Wirklichkeit alles beim alten, beweist also nur, wie notwendig der vorliegende Antrag ist. Auf das allgemeine Volksschulgesetz können wir nicht warten; die wichtige Materie dieses Antrages muß vielmehr endlich für sich geregelt werden. Wir sind überzeugt, daß die Kommission auch diesmal wieder den Antrag annehmen wird und wir erwarten, daß dann die Regierung endlich einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorlegen wird. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Phantastik etwa an die Katastrophen auf den Bildern von Wilhelm Busch erinnert. Bald aber trat dann die komische Figur in den Mittelpunkt, der urale Hanswurst, der stets der gleiche bleibt in seiner frechen Dummheit, mag er als Schuhmann, Soldat oder Privatdetektiv auftreten. Die französische Kinematographenindustrie pflegt sodann besonders die „optische Verick- erhaltung“, in der die neuesten Bilder vom Tage gezeigt werden. Auch da müssen wir Deutschen freilich viel auf den französischen Geschmack Verrechnetes hinnehmen. Der amerikanische Film zeichnet sich besonders durch einen trockenen, grotesken Humor aus, tut sich aber besonders in Parforceleistungen aller Art und in aufs höchste gespannten Konflikten hervor. Das zunächst in Frankreich gepflegte „Sittendrama“ haben dann die Dänen in der raffiniertesten und verführerischsten Weise ausgebildet. Der dänische Film „weiß das „Sittendrama“ mit solcher Raffiniertheit psychologisch einigermaßen glaubhaft, für die Zensur unanfechtbar und dennoch für die niedrigen Instanzen des Publikums lockend und gefällig, daß er heutzutage die größte Gefahr für die Gesinnungsbildung des Publikums bildet“. Der Verfasser ist der Ansicht, daß gegen den Kinematographischen Schund mit derselben Eifer gekämpft werden müsse wie gegen die Schundliteratur.

Sammler-Karretten. In einer Abhandlung über seltene Briefmarken lesen wir: Ein Druckschüler kann den Wert einer Marke ganz bedeutend erhöhen; in einem solchen Falle richtet sich der Wert vorwiegend nach der Seltenheit eines derartigen Fehldruckes. Dieser kann auf verschiedene Weise entstehen. Einige der frühesten Marken wurden in schwarz auf farbiges Papier gedruckt, wobei verschiedene Farben für die einzelnen Werte genommen wurden. Dies war z. B. bei den ersten vom Großherzogtum Baden ausgegebenen Marken der Fall. Die 6-Kreuzer-Marke ist schwarz auf grün, die 3-Kreuzer-Mark auf rosa gedruckt. Durch Versehen eines Druckers, das wahrscheinlich durch die Ähnlichkeit einer umgekehrten 6 mit der 3 verursacht war, wurden einige der 6-Kreuzermarken auf grünes Papier gedruckt. Als das erste Exemplar einer 6-Kreuzer-Mark schwarz auf grün einem möglichen Händler vorgelegt wurde, erklärte er es als Fälschung; aber später kamen noch zwei andere Exemplare derselben Marke zum Vorschein, und zwar auf dem ursprünglichen Briefumschlag, so daß an ihrer Echtheit kein Zweifel mehr bestehen konnte. Seitdem haben sich keine weiteren Exemplare dieses Fehldruckes mehr gefunden, so daß man jene drei für die einzigen existierenden halten muß. Einer der Briefumschläge mit der darauf haftenden Marke wurde für 2000 M. an einen bekannten Sammler verkauft.

Vielleicht die meisten Fehldrucke kommen bei Aufdrucken vor; Marken mit verkehrtem oder sonst fehlerhaftem Aufdruck sind gegenwärtig in Sammlerkreisen sehr begehrt. Eine Marke der deutschen Kolonie Kaufschou trägt den Aufdruck „5 Pf.“. Auf einigen wenigen dieser Marken lautet der Aufdruck infolge eines Druckfehlers „5 Pf.“. Ein Schiffskapitän sandte aus Siam an seinen Sohn in Europa einen mit einer derartigen Marke frankierten Brief. Der Sohn war Sammler und warf den Umschlag nicht in den Papierkorb, wie es zweifellos so mancher andere getan haben mag, der den Wert dieses Schades nicht zu würdigen vermochte. Es sind von diesem Fehldruck nur zehn Exemplare bekannt, und jedes derselben wird auf 1500 M. bewertet.

Der Antrag geht an die Unterkommision.

Es folgt die Beratung der Anträge Kronsohn (Sp.) betr. die Arbeiterauschüsse in staatlichen Betrieben und betr. die Sicherung des Arbeitsverhältnisses der Mitglieder solcher Arbeiterauschüsse.

Abg. Fiesch (Sp.): Wir verlangen nicht, worüber nicht eine Einigung in diesem Hause sehr wohl möglich ist. Die Befugnisse der Arbeiterauschüsse müssen dahin erweitert werden, daß die Ausschüsse über die Lohnhöhe und über die Festsetzung der Affordlöhne gehört werden. Den Mitgliedern der Arbeiterauschüsse muß dieselbe Sicherheit gegen Entlassung gewährt werden, wie den Sicherheitsmännern in der neuen Berggesetzgebung.

Ministerialdirektor Hoff: Ich bitte, die Anträge abzulehnen. Schon haben die Arbeiter Gelegenheit, über die Lohnverhältnisse mitzuspreehen. Unter 5482 Angelegenheiten, die 1910 in den Arbeiterauschüssen der Eisenbahn verhandelt wurden, betrafen ein Drittel Lohnfragen. Eine Zuständigkeit der Arbeiterauschüsse bei Festsetzung der Affordlöhne liegt weder im Interesse des Betriebes wie der Arbeiter. Was den zweiten Antrag anlangt, so können Ausschussmitglieder nur durch die Eisenbahndirektion entlassen werden, auch prüft der Minister die einzelnen Fälle. Die heutigen Bestimmungen genügen also vollkommen. (Bravo! rechts.)

Abg. von der Groeben (L.): Diese Ausführungen beweisen, daß ein Bedürfnis für diese Anträge nach keiner Richtung vorliegt. Wir lehnen die Anträge ab, weil wir das Verantwortungsgefühl der Regierung nicht schwächen wollen und weil die Anträge auch nicht im eigentlichen Interesse der Arbeiter liegen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Wagner (H.): Wir waren nicht abgeneigt, den ersten Antrag einer Kommission zu überweisen, aber die Ausführungen des Regierungskommissars haben uns überzeugt, daß eine Notwendigkeit nicht vorliegt. Das Institut der Sicherheitsmänner ist ein ganz exceptionelles, das auf die besonderen Verhältnisse des Bergwerkes beschränkt bleiben muß. — Bei der Wahl der Arbeiterauschüsse sind leider oft andere als sachliche Interessen maßgebend. Daher darf man sich nicht wundern, wenn die Leistungen der Arbeiterauschüsse bisweilen stark zu wünschen übrig lassen.

Abg. Heine (nat.): Wir sind für Uebersetzung des ersten Antrages an die Budgetkommission. Daß eine große Unzufriedenheit unter den Staatsarbeitern über die Festsetzung der Affordlöhne besteht, ist nicht zu leugnen. Den zweiten Antrag halten wir für überflüssig.

Abg. Senet (Z.): Es wundert mich, daß der Regierungskommissar sagte, bei Festsetzung der Affordlöhne würden die Arbeiter vorher gefragt. Das ist nicht der Fall. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es herrscht in den Arbeiterauschüssen sehr große Unzufriedenheit. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Vor allem richtet sich die Mißstimmung dagegen, daß Vorgesetzte an den Ausschüssen teilzunehmen. Wie wenig befriedigend die Zustände sind, beweist die Tatsache, daß so häufig Arbeiterauschussmitglieder ihr Amt niederlegen. Die Zeiten sind ernst, darum berücksichtigen Sie die berechtigten Wünsche der Eisenbahnarbeiter und stimmen Sie für Uebersetzung der Anträge an die Budgetkommission. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Leinert (Soz.):

Wir werden für die Uebersetzung der Anträge an die Budgetkommission resp. für die Anträge selbst, obwohl sie weiche Sätze bleiben werden, stimmen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Alle Beschwerden über Lohnhöhe sollten unter Mitwirkung der Arbeiterauschüsse erledigt werden; es genügt durchaus nicht, wenn die Arbeiter nur gehört werden, wie der Antrag das will, denn sie werden doch nur brüske Zurückweisung erfahren. Wir verlangen, daß auch bei den Staatsverhältnissen feste Tarife abgeschlossen werden. Dazu gehört natürlich, daß die Arbeiter

das volle Koalitionsrecht

haben, das bekanntlich gerade die Eisenbahnverwaltung den Arbeitern vorenthält. In den heutigen Arbeiterauschüssen haben die Arbeiter kein Vertrauen. Um ihre Einwirkung dieser Ausschüsse zu dokumentieren, wählen sie zum Teil halbe Jodien hinein. Daraus erklärt sich wohl auch die Beobachtung des Abg. Wagner in Breslau. — Mit den Ausführungen des Abg. Senet wird alles bestätigt, was ich bisher über die Behandlung und Entlohnung der Eisenbahnarbeiter beim Eisenbahnetat gesagt habe. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im vorigen Jahre haben

Die Wiedergeburt Mesopotamiens. Die Türkei läßt auch durch die Widrigkeiten des Krieges mit Italien ihre Aufmerksamkeit nicht von der inneren Entwicklung des Landes ablenken. Das erhellt zur Genüge aus der Tatsache, daß die von der Hofe eingeleitete Spezialkommission soeben den wichtigsten Teil des von William Wilcocks ausgearbeiteten großzügigen Plans der Bewässerung Mesopotamiens zur Ausführung genehmigt und den Bau eines ausgedehnten Damms am Euphrat, der ein Teil dieses Landes bildet, bereits mit einer englischen Baufirma kontraktlich vereinbart hat. Wenn es der Türkei gelingen sollte, Mesopotamien wieder kulturfähig zu machen, so würde sie in dem Lande ein kolossales Terrain besitzen, das einen ungleich wertvolleren Besitz darstellt als alles, was sie in letzter Zeit verloren hat. Was einst der Garten des arabischen Reiches gewesen, präsentiert sich heute in jammervollem Zustande einer veranderten, von Gestrüpp bedeckten Wüste, die kulturfähige Land beschränkt sich auf einen schmalen fruchtbaren Streifen am Persischen Golf. Und doch war diese verwahrloste Wüste nach den Berichten der Historiker vor langer Zeit einmal ein Land mit einer großen Zahl blühender Städte, die von einem weitgedehnten Gürtel üppig gründer Fluren umgeben waren. Mesopotamien wieder zum Lande der Gärten umzuwandeln, gilt der Bewässerungsplan Sir Wilcocks, der versichert, daß sich der Durchführung des Unternehmens hier viel leichtere Bedingungen des Erfolges bieten, als sie bei der Ausführung des ähnlichen Kulturwerks in Ägypten vorhanden waren.

Notizen.

— Vorträge. Am Freitag spricht in der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft Herr Weibe über „Die Geschichte der Zahnheilkunde und der Zahntechnik“ im Hofsaal Brunnenstr. 181, 3. Quergeb. 1 Tr. — Im Paradies der Uwe! lautet das Thema von Wilhelm Bölsches letztem Vortrag, den er am Sonnabend abend 8 Uhr im Blüthnersaal hält (mit farbigen Lichtbildern).

— Das Deutsche Schauspielhaus wird vom 1. September ab die bisherige Komische Oper heißen. Direktor Lang will es mit einer Aufführung von Grabbes „Don Juan und Faust“ eröffnen.

— Der Tollenseee, der nach der „Umschau“ nie zufriert, ist schnell seines Nimbus entkleidet worden. Die aus mehreren Jahrschriften Lokalfundiger hervorgeht, friert er allerdings schwer zu (wegen seiner großen Tiefe), aber lang anhaltender Frost bezwingt ihn auch. Während der letzten beiden Winterperioden war er völlig zugestoren.

— Die etruskische Sprache hat bisher zu den Rätseln der Sprachforschung gehört. Die erhaltenen Texte waren unverständlich. In der letzten Sitzung der Pariser „Académie des Inscriptions et belles-lettres“ hat nun Prof. Martha de Waele für seine Theorie vorgelegt, wonach die etruskische Sprache mit der magyrischen und finnischen verwandt sei. Mit Hilfe seiner Methode überlegte und kommentierte er verschiedene Inschriften, besonders einen Schiedspruch, eine Verfügung einer heilenden Gottheit und deren Antwort und ein Gebetritual für Seelente.

auch die Abgeordneten Schröder von den Nationalliberalen und Bierd von den Konservativen verlangt, daß die Arbeiterauschüsse periodisch über die Lohnhöhe gehört werden. Das stimmt wenig mit der Haltung des Abg. Wagner überein. So ist es ja immer: Man spricht theoretisch für Arbeiterforderungen aus, aber im praktischen Falle lehnt man Anträge, die diese Arbeiterforderungen verwirklichen wollen, ab. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch Herr F. L. hat anerkannt, daß die Arbeiterauschüsse Mitglieder haben, gemäßigt zu werden. Dann müssen wir eben gesetzliche Maßnahmen schaffen, die solche Maßnahmen unmöglich machen. Aber die Herren Konservativen begnügen sich auch hier mit Worten, denen keine Taten folgen. Im vorigen Jahre hat der Minister ausdrücklich erklärt, die Arbeiterauschüsse hätten sich nur mit den Lohnfragen eines ganzen Dienstbezirks zu beschäftigen. Damit ist aber den Arbeitern nicht gedient, zumal eine freie Aussprache gar nicht garantiert ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung sollte lieber rund heraus sagen, sie will nicht, daß die Arbeiter irgendwie mitbeteiligt sind an den Einrichtungen des Betriebes, das heißt, sie teilt ganz den Standpunkt des Zentralverbandes der Industriellen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Am 28. August 1900 ist eine Verfügung des Ministers ergangen, die im Gegensatz steht zu der Erklärung, die heute der Vertreter des Ministers abgab. Nach dieser Verfügung von 1900 über die Festsetzung der Arbeitspreise sollen die Betriebsleiter zuverlässige Leute zum Ausprobieren heraussuchen, ein Anhören der Arbeiterauschüsse vor Herabsetzung der Stückpreise erscheine nicht angezeigt, weil sie nicht sachverständig genug seien. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) — Um die Mitglieder der Arbeiterauschüsse vor Maßnahmen zu schützen, sind die für die Sicherheitsmänner erlassenen Bestimmungen das Mindeste, was verlangt werden muß. Freilich bieten auch diese Bestimmungen keine genügende Garantie gegen Maßnahmen, und wenn Sie selbst diesen geringen Schutz ablehnen wollen, so beweisen Sie damit nur, daß Sie auch in den staatlichen Betrieben

der Willkür der Vorgesetzten Tür und Tor öffnen wollen. Der Schutz der Arbeiterauschüsse Mitglieder gegen willkürliche Entlassung ist dringend notwendig. Die Mitwirkung der Direktion ist nur Dekoration, denn die Direktion richtet sich natürlich nach den Angaben der unteren Instanzen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. d. Groeben erinnere ich daran, daß die Bestimmungen über die Sicherheitsmänner Konserativen Anträgen entsprungen sind; heute aber behauptet Herr v. d. Groeben, solche Bestimmungen lägen nicht im Interesse der Arbeiter. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir müssen vom Reichstag verlangen, daß alle Arbeiter, staatliche und private, einen wirksamen Schutz gegen Entlassungen erhalten, wenn sie ein Ehrenamt bekleiden. Die Arbeiter werden aus diesen Verhandlungen erkennen, daß sie von diesem Hause gar nichts, von dem Reichstage aber alles zu erwarten haben. (Wahol! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Spitzig (N.): Es liegt im Interesse des guten Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wenn auch Lohnfragen in den Arbeiterauschüssen behandelt werden. Daher stimmen wir für Ueberweisung des ersten Antrages an die Kommission.

Damit schließt die Debatte. Nach einem kurzen Schlusswort des Abg. Fleisch (Sp.) wird der erste Antrag an die Budgetkommission überwiesen, der zweite abgelehnt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.
Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr. (Kleinere Etats in zweiter Lesung; Interpellation über die Maul- und Klauenseuche.)
Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Ein besseres Wahlrecht.

Die sozialdemokratische Reaktion des preussischen Abgeordnetenhauses hat den Antrag gestellt, für die Stadtverordnetenwahlen und Landverordnetenwahlen das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle großjährigen Einwohner ohne Unterschied des Geschlechts einzuführen.

Aus der Partei.

Der Streit in Württemberg.

Die Stuttgarter Parteileitung hat an den württembergischen Landesvorstand das Verlangen gerichtet, gegen die Angriffe, die die Parteiblätter in Mannheim, Heilbronn und Ulm auf die Zeitung des Wuppinger Wahlkreises und Parteiblattes erhoben haben, Stellung zu nehmen. Der Landesvorstand veröffentlicht in der „Logenzeitung“ folgende Erklärung:

„In den drei Parteiblättern „Freie Volkszeitung“, „Redar-Echo“ und „Donauwacht“ sind im Anschluß an den Ausfall der Reichstagswahlen in einzelnen Wahlkreisen Ausführungen veröffentlicht worden, die nicht geeignet sind, den bedauerlichen Parteistreit zu beenden. Wegen einer sachlichen Besprechung etwa gemachter Fehler ist nichts einzuwenden. Die jetzige Art der Auseinandersetzung kann aber die gewünschte Klärung nicht herbeiführen. Die Parteileitung hat für die Festlegung unserer Organisationen tätig zu sein. Gegenseitige Beschuldigungen führen aber nur zur Schädigung unserer Partei. Für verfehlt halten wir die Einmischung auswärtiger Parteileitungen in interne Angelegenheiten einzelner örtlicher Organisationen. Wir fordern alle Parteileitungen, insbesondere die Redaktionen auf, den Weg für die weitere geistliche Parteientwicklung zu ebnen und gegenseitige verletzende Auseinandersetzungen einzustellen.“

Man kann nur hoffen, daß diese Mahnung zum Frieden beherzigt, und daß beide Richtungen die nun einmal vorhandenen prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten in sachlicher Form und parteigenösslichem Geiste austragen. Vor allem darf wohl auch erwartet werden, daß keine Versuche unternommen werden, den Vertretern der einen oder der anderen Richtung das Wirken in der Partei unmöglich zu machen. Die bevorstehenden Landtagswahlen machen es allen württembergischen Genossen zur Pflicht, alles zu unterlassen, was die Differenzen in der württembergischen Partei verschärfen könnte.

Aus der italienischen Partei.

Rom, den 5. Februar. (Fig. Ver.) Da sich Giolitti endlich entschlossen hat, das Parlament am 22. Februar wieder zusammenzutreten zu lassen, hat die italienische Parlamentsfraktion beschlossen, ihre für den 2. Februar angelegte Zusammenkunft in Bologna auf den 8. d. Mts. zu vertagen. Zuerst war die Zusammenkunft auf den 21. d. Mts. festgesetzt worden, um in ähnlicher Weise den Fraktionsredner zu bestimmen und Vereinbarungen über die parlamentarische Tätigkeit zu treffen, wie am Vorabend jeder Wiederaufnahme der Arbeiten. Die Veränderung zum 8. deuter vielmehr darauf hin, daß die Fraktion trotz des Beschlusses des Ministerrats noch nicht recht daran glaubt, daß die Kammer wirklich am 22. ihre Arbeiten wieder beginnt. Es wird sich darum handeln, im Hinblick auf mögliche weitere Vertagungen eine Agitation zu beschließen, die die Kammereröffnung erzwingen soll.

Der italienische Parteivorstand an Genossen Ellenbogen.

Nach der Veranlassung in Wien, in der Genosse Ellenbogen für die Aufrechterhaltung friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem österreichischen und italienischen Volke gesprochen hat, hat der italienische Parteivorstand diesem Abgeordneten das folgende Telegramm übersandt: „Von denselben Gefühlen befeelt, die die Sozialisten Wiens gegen die verbrecherische österreichische

italienische Kriegshetze ausgesprochen haben, danken die italienischen Sozialisten und verpflichten sich, mitzuwirken an dem hohen Ziele der Befestigung der Freundschaft beider Völker und des internationalen Friedens.“

Für den Parteivorstand. Der Sekretär: Ciotti

Sozialistische Gemeindevorsteher in Amerika.

Wie rasch Milwaukee Schule gemacht hat, zeigt eine von gegnerischer Seite aufgestellte Berechnung, wonach im November nicht weniger als 25 sozialistische Bürgermeister und 150 Stadträte und sonstige Vertreter gewählt worden sind. Im ganzen amtiert jetzt aber die doppelte Zahl: rund 50 Mayor und 300 Räte aller Art. — Einen eigenartigen Spag haben sich die alten Vertreter von Lorain in Ohio geleistet, ehe sie unseren am 1. Januar antretenden Genossen Platz machen mußten. Sie beschloffen kurzerhand, mehrere Vertreter in der Stadtverwaltung ganz abzuschaffen, den übrigen die Gehälter beträchtlich herabzusetzen. Nun ist die Wiederherstellung der Ämter jederzeit möglich, aber eine Erhöhung der Gehälter darf nach dem Gehege erst nach Ablauf von zwei Jahren erfolgen. Da der in Deutschland manchmal beliebte Weg, vor Andrud der sozialistischen Wehrheitsverwaltung noch rasch einige bürgerliche Beamte auf Lebenszeit anzustellen, dabei ungangbar, hilft man sich auf eine Weise, die zwar den Bürgerlichen nichts nützt, aber die Sozialisten etwas belästigt. Erstlich Antrag um natürlich auch solche ebenso originelle wie kostbare Praktiken unseren Genossen nicht.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Prozesse.

Unser neues Waldenburger Parteiblatt hat in seinen allerersten Prozessen schnell einen Geschmack von der schlesischen Justiz bekommen. Der verantwortliche Redakteur des Blattes, Genosse Lasker, wurde wegen Verleumdung eines Fabrikdirektors zu 300 M. Geldstrafe und wegen Verleumdung des Waldenburger Polizeikommissars zu 50 M. verurteilt. Beide Prozesse waren wirkliche Wogateprozesse. In dem einen Falle war der Selbstmord eines Webers mit Vorwürfen eines Fabrikdirektors in Verbindung gebracht. Im anderen Falle waren von einem Polizisten zu Unrecht Flugblätter konfisziert worden. Die „Bergwacht“ sprach die Vermutung aus, der Polizist habe im Auftrage seines vorgelegten Kommissars gehandelt. Der Schutzmann sagte als Zeuge aus, daß er von den gerade aus der Grube kommenden Beamten des fälschlich Viehischen Bahnschadtes aufgefordert worden sei, dem Zeitvertreiber die Fettel abzunehmen. — Auch ein eigenartiges schlesisches Industrie-Jdhl.

Genosse F. W. v. d. verantwortliche Redakteur der „Dresdener Volkszeitung“, wurde wegen formaler Verleumdung des verantwortlichen Redakteurs der „Dresdener Rundschau“ vom Schöffengericht zu 30 M. Geldstrafe verurteilt. Unser Genosse hatte das Verhalten des „Rundschau“-Redakteurs, das dieser bei Zurücknahme einer gegen ihn schwebenden Klage zutage treten ließ, kritisiert. Das Gericht nahm selbst an, daß der Kläger nicht seiner persönlichen Würde und der Würde seines Standes gemäß gehandelt habe, und daß sein Verhalten nicht korrekt gewesen sei. Trotzdem die Verurteilung.

Soziales.

Der Ausschuss des Berliner Kaufmannsgerichts

befasste sich am Mittwoch mit der Frage der Pflichtfortbildungsschulen.

Im vorigen Jahre brachte die preussische Regierung im Abgeordnetenhaus eine Novelle mit folgenden vier Forderungen ein: 1. Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern sind verpflichtet, für die in ihnen beschäftigten männlichen Arbeiter unter 18 Jahren Fortbildungsschulen zu errichten. Die Errichtung von Fortbildungsschulen für weibliche Arbeiter sollte ihrem freien Entschlusse überlassen sein. 2. Gemeinden mit geringerer Einwohnerzahl bleibt die Errichtung von Fortbildungsschulen freigestellt. 3. In Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern sind die in öffentlichen Diensten beschäftigten männlichen Personen unter achtzehn Jahren gesetzlich verpflichtet, die Fortbildungsschule zu besuchen; die weiblichen Arbeiter können durch statutarische Bestimmung zum Schulbesuch verpflichtet werden. 4. In Gemeinden mit geringerer Einwohnerzahl kann die Schulpflicht für männliche wie für weibliche Personen unter 18 Jahren durch statutarische Bestimmung eingeführt werden.

Der Entwurf der Regierung wurde in den Sitzungen vom 20. und 30. März vorigen Jahres im Plenum des Abgeordnetenhauses beraten und dann einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Die Konserativen und das Zentrum im Abgeordnetenhaus verlangten, daß in den Fortbildungsschulen die Schüler in erster Linie auch noch mit Religionsunterricht beglückt werden sollten, während die Regierung auf dem Standpunkte beharrte, Religion über die Dauer der Volksschule hinaus sei Sache der Religionsgemeinschaften. Man könne die jungen Leute über 14 Jahre hinaus nicht zum Religionsunterricht zwingen. Daran scheiterte der Entwurf und die Regierung zog denselben zurück.

Die Handlungsgesellenvereine des Zentralverbandes stellten im Mai 1911 zu dem Regierungsentwurf folgende Anträge: 1. Zwangsweise Errichtung der Pflichtfortbildungsschulen den Gemeinden von 5000 Einwohnern an vorgeschrieben. 2. Die Schulpflicht auch auf die weiblichen Personen, insbesondere die Handlungsgeschäftlichen, auszudehnen. Die Antragsteller führten zu diesen jetzt zur Beratung gestellten Anträgen aus, ihre Anträge kämen nun allerdings post festum. Da aber in der neuesten Chronique zum Landtage angeführt wurde, daß demselben erneut eine Gesetzesvorlage zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll, die die Verpflichtung zum Besuche von Fortbildungsschulen bezweckt, so sollten die Anträge an den Minister für Handel und Gewerbe sowie an das Abgeordnetenhaus gerichtet werden. Die Notwendigkeit zur Errichtung von Pflichtfortbildungsschulen dürfte dadurch bereits erbracht sein, daß die preussische Regierung im allgemeinen dieselbe schon für notwendig hält. Die Einrichtung derselben sei aber nicht nur eine Notwendigkeit für die in das Handelsgewerbe ein tretenden Lehrlinge, sondern komme auch den Prinzipalen zugute, indem diese dadurch ein besser geschultes Personal erhalten, als es bis heute der Fall ist. Die Grenze von 10 000 Einwohnern sei zu weit gezogen. Gerade aus den kleinen Orten unter 10 000 Einwohnern kommen jährlich eine ganze Anzahl Gehilfen mit mangelhafter Ausbildung nach den Großstädten, und deshalb müsse dafür gesorgt werden, daß diesen der Nutzen der Fortbildungsschulen zugute kommt.

Die bürgerlichen Kaufleutevereine bestritten zum Teil den Nutzen der Fortbildungsschulen und traten für den Besuch der einjährigen Handelsvorläufer ein. Ihnen wurde entgegen, daß durch den Besuch der Handelsvorläufer sehr viele intelligente junge Leute dem Kaufmannsberuf ferngehalten würden, weil die Eltern über 14 Jahre hinaus nicht mehr für ihren Unterhalt sorgen könnten. Von den Vertretern des Deutschnationalen Gehilfenverbandes wurde noch folgender Unterantrag eingebracht:

„Gemeinden, die nach der letzten Volkszählung außer den aktiven Militärpersonen 5000 und mehr Einwohner zählen, sollen verpflichtet sein, für alle weiblichen Personen, die nach den Bestimmungen des Pflichtfortbildungsschulgesetzes schulpflichtig sind, eine Haushaltungsschule zu errichten.“

Für diesen Antrag stimmten nur die drei Vertreter des Deutschnationalen Handlungsgesellenverbandes, dagegen alle übrigen Handlungsgesellen und sämtliche Kaufleutevereine. Bei der Abstimmung, ob prinzipiell Pflichtfortbildungsschulen zu fordern sind, stimmten sämtliche Gehilfenvereine dafür, 1 bürgerlicher Kaufmann enthielt sich der Stimme, alle übrigen stimmten ebenfalls dafür. Der Antrag des Zentralverbandes, in allen Orten über 5000 Einwohnern Pflichtfortbildungsschulen zu errichten, wurde mit sämtlichen Stimmen der Gehilfenvereine sowie der Stimme des sozialdemokratischen Kaufmanns gegen die Stimmen von sämtlichen bürgerlichen Kaufleutevereinen angenommen.

Dadurch war ein Eventualantrag der bürgerlichen Kaufleutevereine gefallen, welcher die Errichtung in Gemeinden von 10 000 Einwohnern verlangte.

Für den Antrag, die Schulpflicht auch auf die weiblichen Personen, insbesondere die Handlungsgeschäftlichen, auszudehnen, stimmten 8 Kaufleutevereine (ein bürgerlicher Kaufmann enthielt sich der Stimme) sowie 6 Gehilfenvereine. Ein deutschnationaler Gehilfe stimmte dagegen, zwei deutschnationale enthielten sich der Stimme. Der Antrag wurde also mit großer Majorität angenommen.

Ein weiterer Antrag der Gehilfenvereine, daß in den Pflichtfortbildungsschulen der Unterricht unter allen Umständen in die Tagesstunden fällt und nicht nach 6 Uhr abends ausgedehnt werden darf, wurde einstimmig angenommen. Nur ein bürgerlicher Kaufleutevereine enthielt sich auch hier wieder der Stimme.

Ein weiterer Antrag aus Gehilfenkreisen verlangt, daß Gemeinden und Gutsbezirke, welche nahe aneinander liegen und 5000 Einwohner zählen, verpflichtet sind, sich zwecks Errichtung einer Pflichtfortbildungsschule zu verbinden. Des weiteren verlangt der Antrag, daß auch in die zu errichtenden Schulvorstände ein Arbeitnehmer hineinkommt und, falls Fortbildungsschulen nach Verufen eingerichtet werden, aus den Verufen ein Arbeitnehmer in den Schulvorstand kommt; eventuell für Handlungsgeschäftlichen auch eine Gehilfin. Bei der Abstimmung hierüber stimmten 8 Kaufleutevereine dagegen, 2 dafür, einer enthielt sich wiederum der Stimme. Die Gehilfenvereine stimmten geschlossen dafür, so daß der Antrag mit 11 Stimmen angenommen wurde.

Welches Gericht ist für Angeklagte von Kino-Theatern zuständig?

Angeichts der großen Ausdehnung und Verfeinerung des Lichtbildtheatergewerbes ist die Beantwortung vorstehender Rechtsfrage von nicht zu unterschätzender Bedeutung. In einem gestern vor der 2. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts verhandelten Rechtsstreit klagte die Kassiererin eines im Osten der Stadt etablierten kleinen Kino-Theaters gegen den Besitzer des Theaters, der Besagte wandle Unzuständigkeit des Gerichts ein, denn es sei gar kein Kaufmann, sondern Geperbetreibender. Die Klägerin dagegen hob hervor, daß der Besagte auch im Besitze der Schankkonzession sei. Das Kaufmannsgericht müsse im übrigen auf alle Fälle zuständig sein, da sie selber kaufmännische Angestellte sei.

Das Kaufmannsgericht erklärte sich für unzuständig und verwies die Sache an das Gewerbegericht. Der Auschank spielte beim Besagten nur eine untergeordnete Rolle, die Hauptrolle sei der Theatertreibende. Allerdings könnten auch Lichtbildtheater kaufmännische Unternehmungen sein, wie z. B. die großen Lichtspielbühnen, die als Gesellschaften m. b. H. oder Aktiengesellschaften an und für sich schon zu den kaufmännischen Betrieben zählen. In Fällen wie dem vorliegenden liege dagegen ein reiner Gewerbebetrieb vor. In der in der Rechtsprechung strittigen Frage, ob in solchen Fällen die Angeklagten vor dem ordentlichen oder vor dem Gewerbegericht klagen müssen, stellte sich das Kaufmannsgericht auf den Standpunkt, daß das Gewerbegericht zuständig sei.

Gerichts-Zeitung.

Gegen Erweiterung der Majestät der Polizei.

Bekanntlich hat das Kammergericht die rechtswidrige Behinderung des Streifenpostenstehens durch die seltene Judikatur unterstützt: nicht das Gericht, sondern des Schutzmanns Majestät allein habe darüber zu befinden, ob z. B. in einer menschenleeren Straße durch einen Streifenposten der nicht vorhandene Verkehr gestört werden könne. Des Schutzmanns Majestät suchte die ihr leider eingeräumte Macht zu erweitern. Sie bezugerte logisch ganz richtig: Ist mein Anspruch für das Gericht bindend, ein nicht vorhandener Verkehr in einer menschenleeren Straße wird durch die Anwesenheit eines Streifenposten gestört, so muß auch mein Ermessen darüber entscheiden, ob ein Streifenposten überhaupt jemals die Straße betreten darf, ja, ob er in der Stadt oder vielleicht auch sich in Preußen aufhalten darf. Ein polizeiliches Hausarrestrecht und Ausweisungsbefehl — allein durch des Kammergerichts Hochachtung vor dem Polizeihelm geschaffen — so zeigt sich, daß in Preußen die Polizei regiert. Den Anfang zur Ausweitung dieser Polizeimacht machte die Polizei in Altona. Das Landgericht anerkannte auch das Recht. Jedoch selbst dem Kammergericht und selbst der Oberstaatsanwaltschaft war das des Polizeiguten zu viel. Am Montag hoben sie das Erkenntnis des Landgerichts auf. Der Sachverhalt war folgender:

Adami, der bei einem Tislerstreik in Altona Streifenposten gestanden hatte, war der Aufforderung eines Polizeibeamten, die Gegend der besetzten Werkstatz zu verlassen, gefolgt. Am anderen Tage kam er wieder, entfernte sich aber gleich, als er den Beamten wieder sah. Als er am dritten Tage wieder erschien und beim Erscheinen des Beamten sich wieder entfernen wollte, eilte ihm der Schutzmann nach und stellte seine Person fest. Adami erhielt dann eine Anklage wegen Uebertretung der Vorschrift der Straßenpolizeiverordnung, wonach den Anordnungen der Sicherheitsbeamten, die zur Erhaltung der Sicherheit, Leichtigkeit und Bequemlichkeit des Verkehrs auf der öffentlichen Straße ergehen, unbedingt Folge zu leisten ist.

Die Strafkammer in Altona als Berufungsinstanz verurteilte auch den Angeklagten mit der Begründung, daß er der Aufforderung des Beamten im Sinne der Verordnung zuwider gehandelt habe dadurch, daß er an den nächsten Tagen wieder gekommen sei.

Der Angeklagte legte Revision ein und machte geltend, jene Anordnung des Polizeibeamten könne für die nächsten Tage überhaupt keine Wirkung mehr haben.

Der Oberstaatsanwalt am Kammergericht schloß sich Auffassung des Angeklagten an und machte geltend, daß eine Anordnung im Sinne der Straßenpolizeiverordnungen nur dem augenblicklichen Verkehrsbedürfnis genügen solle. Auf keinen Fall könne eine Fortwirkung für den anderen Tag angenommen werden. Die entgegengelegte Auffassung würde ja dazu führen, daß bei einem jahrelang dauernden Streik die Aufforderung jahrelang wirken würde. Wirken könne die Anordnung nur für die unmittelbar darauf folgende Zeit. Ein abkündigtes Wiederkommen des Wegewiesenen würde allerdings eine Uebertretung sein. Die Feststellung darüber wäre Sache des Einzel-falles. Auf jeden Fall müsse hier Angeklagter freigesprochen werden, da er schließlich am nächsten Tage wiedergekommen sei.

Das Kammergericht gab der Revision statt und sprach den Angeklagten frei, indem es sich den Ausführungen des Oberstaatsanwalts in allen Punkten anschloß und ebenfalls betonte, daß eine solche Anordnung auf Grund einer Straßenpolizeiverordnung nur dazu da sei, die Gefährdung eines augenblicklichen Verkehrsbedürfnisses zu beseitigen, nicht aber für alle Tage gelten kann.

Graf v. Oppersdorff als Kläger.

Eine Privatklage des Reichstagsabgeordneten und Herrenhausmitgliedes Grafen v. Oppersdorff gegen den verantwortlichen Redakteur des „Westfälischen Volksblattes“ Hermann Uebel in Baderborn stand gestern vor der 147. Abteilung des Amtsgerichts Berlin-Mitte unter Vorsitz des Amtsrichters Wähler zur Verhandlung. Graf v. Oppersdorff wurde durch Rechtsanwalt Dr. Philipp vertreten, der Angeklagte durch Rechtsanwalt Görres verteidigt. Als die bekannte Broschüre des Grafen v. Oppersdorff unter dem Titel „Dr. Martin Spahn Zentrumsmann?“ erschienen war, veröffentlichte das „Westfälische Volksblatt“ einen Artikel, in welchem das Vorgehen des Privatklägers scharf getadelt wurde. Der Artikel führte u. a. aus, daß Graf Oppersdorff als Wortführer einer Reihe von Zentrumsabgeordneten einige Tage vor der Wahl in Warburg

Table with 4 columns: Stationen, Barometer (hohes/min), Windrichtung, Windstärke. Rows include Swinemünde, Hamburg, Berlin, Frankfurt a.M., München, Wien, Caparanda, Petersburg, Sibiry, Aberdeen, Paris.

Wetterprognose für Freitag, den 9. Februar 1912. Zunächst ziemlich heiter, am Tage mild bei lebhaften südlichen Winden, später zunehmende Bewölkung und etwas Regen.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Am Montag, den 5. Februar, verstarb unser Mitglied, der Fensterputzer Johannes Wirth (II. Abteilung). Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes, Behrensee, Kältestraße, aus statt. Um gütige Beteiligung ersucht 223/6 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. Todesanzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher Ernst Janisch am 6. Februar an Herdenleiden gestorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Ober-Schöneweide aus statt. Regere Beteiligung wird erwartet.

Nachruf. Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schleifer Fritz Morgenstern gestorben ist. Ihre ihrem Andenken! 112/2 Die Ortsverwaltung

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Fensterputzer Johann Wirth verstorben ist. Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. Februar, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes in Weihenau aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 61/18 Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kistenmacher Otto Heyne verstorben ist. Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Freitag, den 9. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Reulöden, Hermannstraße, aus statt.

Heute verschied plötzlich und unerwartet unser lieber Kollege und ehrenwerter Mitstreiter, der Segelmacherei- und jetzige Korrektureur Otto Goldner im Alter von 31 Jahren. 29888 Wir verlieren in ihm einen braven Kollegen, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden. Berlin, den 7. Februar 1912. Das Personal der Naukschen Druckerei. Die Beerdigung findet Sonntag, den 10. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Hühnerfeld-Gemeinde-Friedhofes am Mariendorfer Weg aus statt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kistenmacher Reinhold Wenke im Alter von 42 Jahren gestorben ist. Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. Februar, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Reulöden, Hermannstraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 18/14 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung. Für die zahlreiche Beteiligung und liebevollen Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters sagen wir allen Teilnehmern, insbesondere den Begleitgenossen des 4. Berliner Reichstagswahlkreises, dem Gesangsverein Morgenruhen und dem Deutschen Transportarbeiter-Verband unseren tiefgefühlten Dank. 18943 Witwe Anna Müller und Tochter.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kistenmacher Reinhold Wenke im Alter von 42 Jahren gestorben ist. Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. Februar, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Reulöden, Hermannstraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 18/14 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung. Allen Freunden, Bekannten und Genossen sage ich hierdurch für die Beteiligung an der Beerdigung meines unvergesslichen Mannes Emil Kiekeber insbesondere dem Redner für die trostreiche Rede, meinen innigsten Dank. Ww. Klara Kiekeber.

Dankfagung.

Für die herzliche Teilnahme bei dem Hinscheiden meiner lieben Frau, unserer herzensguten Mutter Minna Schmidt verstorbenen Hause geb. Blescher sagen wir dem 606. Wächter, sowie dem Herrn Uel und dem Personal der Bergbauerei, allen Verwandten und Bekannten hiermit unseren herzlichsten Dank. Im Namen der Hinterbliebenen: Wilhelm Schmidt, Marg. Haucke, Karl Haucke. 23615

Schallplatten

Verloih-Institut. Auch nach ausw. Prsp. gratis. Karl Borbs, Berlin 69. Neue Königsstr. 38. Reinickendorf-West. Hof-Schlächtereier u. Wurst-Geschäft. Eichborstr. 9, Ecke Wachtelberstr. Eröffnung Donnerstag. Artur Enderlein.

Dankfagung.

Für die zahlreiche Beteiligung und liebevollen Kranzsenden bei der Beerdigung meines Mannes und guten Vaters sagen wir allen Teilnehmern, insbesondere den Begleitgenossen des 4. Berliner Reichstagswahlkreises, dem Gesangsverein Morgenruhen und dem Deutschen Transportarbeiter-Verband unseren tiefgefühlten Dank. 18943 Witwe Anna Müller und Tochter.

Am heutigen Tage ist der Leiter unserer Flaschenbier-Abteilung Herr Franz Sabin

seinem schweren Leiden erlegen. Der Heimzugang hat seit 16 Jahren im Dienste unserer Gesellschaft gestanden und sich jederzeit als ein zuverlässiger Beamter erwiesen, der trotz fortschreitender Krankheit seines Amtes bis zuletzt mit Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit wahrte. Sein Andenken wird bei uns in Ehren bleiben. Berlin, den 8. Februar 1912. Die Direktion der Brauerei Königstadt A.-G.

Höflich versucht habe, Herrn Spahn brieflich zum Austritt von der Kandidatur zu bewegen. Es hätte gewiß im Parteinteresse gelegen, von dieser Agitation abzulassen. Graf Oppersdorff aber habe aus Spahns Schriften alles mögliche zusammengefaßt, daß Prof. Martin Spahn kein Zentrumsmann sei. Dabei sei Graf Oppersdorff aber absolut nicht objektiv vorgegangen, denn die von ihm aus den Spahnschen Schriften zusammengefaßten, angeblich bedeutungsvollen Stellen, haben bei näherem Zusehen einen ganz anderen Sinn. Das sei nicht mehr Polemik, sondern Verdrehung. Der Vorstand der Zentrumspartei in Paderborn verdiene volle Anerkennung dafür, daß er von der „Standalösen“ Broschüre Kenntnis genommen und der Zentrumsfraktion des Reichstages eine entsprechende Resolution unterbreite, in welcher ersucht wird, dafür Sorge zu tragen, daß solche Dinge nicht mehr vorkommen. Graf Oppersdorff sei im Kampfe gegen Martin Spahn unterlegen; wer die Disziplin nicht zu halten verstehe, tue besser, die Konsequenzen zu ziehen. Daraufhin hat Graf v. Oppersdorff die Privatklage angehängt: Der Privatkläger fühle sich durch den Vorwurf der „Verdrehung“ und des „Standalösen“ Vorgehens beleidigt. Nun werde in den Schriftstücken des Angeklagten darauf hingewiesen, daß das Wort „Verdrehung“ nur objektiv gemeint sei und mit dem Worte „Standalös“ nur angedeutet werden sollte, daß das Vorgehen des Privatklägers arglistig sei. Wenn dies ausdrücklich erhalten werde, dann würde die Basis zu einem friedlichen Ausgleich gegeben sein. — Rechtsanwalt Görres erklärte demgegenüber, daß er für den abwesenden Angeklagten eine solche Erklärung nicht abgeben könne. Auf Antrag des Verteidigers wurde eine Stelle aus Spahns Werk über Papst Leo XIII., die das Ende des Papstes behandelt, verlesen und damit das Wort in der Broschüre des Privatklägers verglichen. Der Verteidiger behauptete, daß der Privatkläger auf Grund falschen Zitierens von falscher Charakterisierung Martin Spahns gekommen sei; dasselbe sei bezüglich des Zitierens aus Spahns Werk über die Jesuiten der Fall. — Graf Oppersdorff widersprach diesen Ausführungen entschieden. Das bloße Herausgreifen dieser Stellen aus seiner Broschüre sei doch nicht arglistig. Martin Spahn sei doch selbst nicht ganz der Ansicht des Verteidigers, denn er habe selbst anerkannt, daß manche seiner Stellungnahmen schief oder unhalbar seien. — Rechtsanwalt Görres beantragte die Freisprechung des Angeklagten, weil diesem der Schutz des § 103 St.-G.-B. zustehe und der Wahrheitsbeweis gelungen sei. — Rechtsanwalt Dr. Philipp bestritt letzteres durchaus. — Auch Graf Oppersdorff wandte sich selbst noch in längeren Ausführungen gegen die Darlegungen des gegnerischen Rechtsanwalts. Tatsächlich habe sich zur Zeit ein erhebliches Gerüchten und Befremden über die Kandidatur Spahns in Zentrumskreisen kundgegeben. Er selbst habe seinerzeit dem Führer der Zentrumsfraktion Hr. v. Hertling nahegelegt, ob er nicht zweckmäßigerweise eingreifen könnte. Hr. v. Hertling habe ihm aber geantwortet: „Wenn ich die Autorität eines Windhorst besäße, so hätte ich eingegriffen!“ — Das Gericht kam zur Freisprechung des Angeklagten. Der Artikel sei aus der Gesamtsituation erklärt und in ruhigem und sachlichem Tone gehalten. Das Gericht nimmt an, daß mit dem Wort „Standalös“ nur die Bedeutung „arglistig-erregend“ verbunden werden sollte. Was den Vorwurf der „Verdrehung“ betrifft, so sei dieser Ausdruck auch nur so zu verstehen, daß dem Privatkläger nicht etwa eine subjektive, sondern nur eine objektive falsche Zitierung vorgeworfen werden sollte. In dieser Beziehung sei der Wahrheitsbeweis nach Ansicht des Gerichts geführt worden. Bei dem Lesen der hier besonders behandelten Stellen müsse jeder unbefangene Leser den Eindruck erhalten, daß falsch zitiert worden sei. Wegen des Urteils legt der Privatkläger Berufung ein.

Ein neuer Arzt.

Wegen Verleibigung und Körperverletzung eines Arztes wurde am Mittwoch gegen den Maurer Sch. aus Nixdorf vor dem Schöffengericht in Nixdorf verhandelt.

Die Verhandlung gestaltete sich zeitweise derart, daß man annehmen konnte, nicht der Maurer Sch., sondern der Arzt, der sich beleidigt und mißhandelt fühlte, sei der Angeklagte. Sie ergab folgendes:

Am 27. Mai v. J. bemühte sich der Angeklagte um einen Arzt für seine unterleibstranke Frau. Der Arzt, der die Familie des Angeklagten schon öfter behandelt hatte, war nicht anwesend. Sein Vertreter, der prakt. Arzt Dr. Hermann Rosenthal II in Nixdorf, Berliner Str. 56/57, kam nach telefonischer Unterhaltung mit dem Mädchen des Vertrauensarztes des Angeklagten und nachdem ihm dieser telefonisch mitgeteilt hatte, daß seine Frau an rasenden Unterleibschmerzen leide. Ueber die Vorgänge in der Wohnung des Angeklagten wich die Darstellung des Arztes von der der übrigen Zeugen ab. Dr. Rosenthal gab zu, die Frau habe fiebernd und schwerkrank dagelegen, er habe eine sofortige Operation mit einem Messer des Chemanes vorgenommen und die betragende Wunde mit einem Gipsverband oder einer Strickbinde versichert wollen. Ferner habe er mit dem Cheman Sch. einen scharfen Zusammenstoß gehabt und mit diesem gerungen, auch zu ihm geäußert, er könne ihm — dem Arzt — den Ansel runterreißen. Der Angeklagte habe ihn schließlich hinausgeworfen. Der Cheman Sch. soll dann nach dem Arzt Stroch titulliert und ihn auf das Bett geworfen haben, worauf der Arzt mit den Füßen gestochen habe.

Von der Ehefrau des Angeklagten wird bekundet, daß der Herr Doktor ohne Grund und ohne sich vorzustellen das Zimmer betreten habe. Als die Frau bei der Operation vor Schmerz heftig ausschrie, habe der Arzt laut gerufen: Halten Sie das Maul. Als der Cheman sich solche Redewendung verbat, habe der Arzt gesagt: Sie haben mit einem Dr. ... zu sagen, Sie sind bes. ... Sie können mir den Ansel runterreißen. Daraufhin habe der Mann den Arzt vom Verlassen der Wohnung aufgefordert, dieser habe sich dessen gewieigert, worauf der Angeklagte den Arzt hinausgeworfen habe.

Diese Darstellung der Frau Sch., die sich mit der Aussage des Angeklagten deckt, wird unterstützt durch die Aussagen eines Zeugen E. und des Hauswärters R. Zeuge E., der vom Angeklagten ein Zimmer abgemietet hatte, bekundet, daß er von seinem Zimmer aus wiederholte Schmerzensschreie der Frau Sch. gehört und unmittelbar darauf die Ausrufung gehört habe: Halten Sie das Maul. Diese Ausrufung könne nur von Dr. R. herühren. Kurze Zeit darauf sei er — Zeuge — von dem Angeklagten in das Zimmer gerufen. Dort habe der Angeklagte von dem Arzt die Nennung seines Namens gefordert. Das habe dieser verweigert und erklärt: Sie können mir den Ansel runterreißen. Auf die Aufforderung des Angeklagten, der Arzt solle die Wohnung verlassen, habe dieser erklärt: Das brauche ich nicht. Alsdann habe der Arzt seine Sachen gefordert; der Angeklagte habe erwidert: Die gibst' er! wenn Sie Ihren Namen genannt haben. Beide hoben daraufhin gerungen, der Arzt sei übers Bett gefallen, worauf er wiederholt mit den Füßen gestochen habe. Dann habe der Angeklagte den Arzt gepößt und hinausgeworfen. Auf die Frage des E. und des inzwischen hinzugekommenen Verwalters R. was nun aus der Frau werden solle, habe der Arzt geäußert: Das geht Sie gar nichts an aber, nach anderer Behandlung, das geht Sie einen Dr. ... an.

Der Angeklagte erklärt noch, daß er an demselben Abend einen anderen Arzt besorgt habe, der die sofortige Ueberführung in eine Klinik angeordnet habe; dort wurde die Frau in der Klosetto operiert und wochenlang behandelt.

Der Rechtsanwalt hält trotz dieses Sachverhalts Verleibigung und Körperverletzung aus seitens des Angeklagten für vorliegend und beantragt eine Gesamtstrafe von 50 M. Er meint, der Angeklagte, der Maurer sei, sei an dem fraglichen Abend wohl angetrunken gewesen und habe den Vorwurf veräußert.

In der Verhandlung war von den Zeugen bekundet, daß der Angeklagte nicht angetrunken gewesen ist, daß er vielmehr bereits um 5 Uhr zu Hause gewesen, die Wirtshaus besetzt und den Kindern zu essen gegeben habe. Auch Dr. R. hatte erklärt, daß

er bei dem Ringen einen Alkoholgeruch nicht wahrgenommen habe. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rasenfeld, bezeichnete den Arzt als einen solchen, wie er nicht sein soll. Der Arzt, der wisse, daß es sich um eine schwere Erkrankung handle, erscheine ohne jedes Instrument. Er habe nicht einmal einen Gruf für die schwerkranke Frau übrig, traktiere sie infolge der Schmerzensschreie, welche die Frau, durch die eigenartige Operationsmethode veranlaßt, ausgestoßen habe, mit groben Verleibigungen. Dieses ungewöhnliche Verhalten des Arztes sei die Ursache des ganzen Auftritts; der Cheman habe nur seine Pflicht als Ehegatte und sein Hausrecht ausgeübt. Sollte eine Verleibigung für erwiesen erachtet werden, so sei diese mit den Verleibigungen des Arztes zu kompensieren. Dann zerstückte der Verteidiger noch das Argument des Amtsanwalts, daß ein Maurer am Sonnabendnachmittag um 5 Uhr betrunken sein müsse. Er beantragte Freisprechung. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Verleibigung und Körperverletzung zu einer Gesamtstrafe von 20 M. Der Vorsitzende erklärte, es bleibe dahingestellt, ob der Arzt oder der Angeklagte die Schuld trage. Jedenfalls erscheine die Aussage des Dr. R. soweit glaubwürdig, als der Angeklagte geäußert habe: Stroch, Sie wollen ein Arzt sein. Auch in dem Verfen auf das Bett liege eine Verleibigung. Gleichviel, ob das Urteil, wie zu erwarten, in der Berufungsinstanz aufgehoben werden wird — erfreulich ist, daß der Sachverhalt vor Gericht aufgerollt ist und tief bedauerlich, daß die Staatsanwaltschaft „im öffentlichen Interesse“ Anklage wegen Verleibigung eines Arztes erhoben hat, dessen Verhalten sicherlich kein ehrenvolles für seinen Stand war und geeignet ist, die durch das Verhalten einzelner Ärzte hervorgerufene Abneigung gegen Ärzte überhaupt lebhaft zu verstärken.

Aus aller Welt.

Ein Pockenherd in Schlefien.

Aus Siegnitz werden amtlich mehrere Erkrankungsfälle an schwarzen Pocken gemeldet. Dieser sind sieben Erkrankungen zu verzeichnen. Erkrankt sind Regierungsrat Schmidt, drei Arbeiter, ein Invalide, eine Diakonissin sowie die Ehefrau eines Eisenbahnkassiers a. D. Ueber hundert Personen, die mit den Erkrankten in Berührung gekommen sind, stehen unter Beobachtung und sind geimpft worden. Sämtliche Erkrankungsfälle sind leichter Natur und geben zu Besorgnissen keinen Anlaß. Es sind Maßnahmen getroffen, um die weitere Verbreitung der Krankheit zu verhindern. Auch in Laura hätte erkrankt eine Frau an schwarzen Pocken, die, wie vermutet wird, durch Anlauf von Federn aus Rußland eingeschleppt wurden.

Die Ueberschwemmungen auf der Pyrenäen-Halbinsel.

Die heute aus Spanien und Portugal vorliegenden Nachrichten über die Ueberschwemmungen schildern die Lage in den betroffenen Gebieten als äußerst trostlos. In Spanien dehnen sich die Ueberschwemmungen fast über das ganze Land aus. Zahlreiche Flüsse sind über ihre Ufer getreten und haben die anliegenden Dörfer, die sich in dringender Gefahr befinden, unter Wasser gesetzt. Die eingetretenen Verleibschwierigkeiten hindern Hilfeleistungen. In vielen Gegenden steht die bittere Not vor der Tür. Besonders in den Provinzen Saurucar und Cadix ist das Elend groß. Eine große Anzahl von Fischern, deren Boote infolge der starken Winde eine sehr erbärmliche, überfluten zwei Väderwagen und setzen sich in den Besitz der Brote, um ihren Hunger zu stillen.

Auch in Portugal hat das Hochwasser fürchtbare Verheerungen angerichtet. Infolge des Sturmes ist der Verkehr nach den Azoren unterbrochen. Der Tejo ist über die Ufer getreten. Zahlreiche Lustschiffe sind gesunken. Die Strömung führt Brückenteile, Bäume, Vieh und Telegraphenstangen mit sich fort. Leichen, Güter, Möbel und Bracks verschiedener Art treiben im Wasser. Die Ernte ist vernichtet.

Der Schuhmann als Wahlhelfer.

Ein heiteres Stückchen ereignete sich — wie erst jetzt durch die „Neufahrer Ptz.“ bekannt wird — anlässlich der Reichstagswahl in Reulöden. Kommt da am Tage vor der Stichwahl ein Nachfahrer in der Nähe des Wartes wie ein „Angewitter“ gefahren, unter dem Arm eine Tafel mit der Aufschrift: Wählt Davidlohn! Von einem Polizeibeamten wird er angehalten und nach der Karte gefragt. Der Nachfahrer steigt ab und sucht nach dieser. Da es aber nicht gut geht, weil er die Tafel unter dem einen Arm und in der anderen das Rad hält, bittet er den Beamten, ob er nicht die Tafel halten wolle. Dieser erklärt sich bereit. Der Nachfahrer benutzte diesen Augenblick und jagt davon, ohne Tafel, diese muß ja der Beamte halten. Da nun aber gerade Passanten vorüber gingen und die vielklingende Aufschrift lasen, soll es verschiedene „Mandbemerkungen“ gegeben haben.

Früh krümmt sich...

Eine drohlige Geschichte hat sich in New York in den letzten Tagen abgespielt. Ein fünfzehnjähriger Schulknaabe und ein dreizehn Jahre altes Mädchen waren ihren Eltern entlaufen, um in der Fremde einen eigenen Haushalt zu gründen. Nachdem sie jedoch drei Tage lang ohne Mittel umhergeirrt waren, lehrten sie reumütig ins Elternhaus zurück. Der Junge, Namens Hippatrie, erzählte dem Vater des Mädchens, daß er mit seiner Freundin ausgerückt wäre, um sich mit ihr trauen zu lassen. Den Plan zu ihrer Flucht hatten sie bei dem Kirchgang am letzten Sonntag entworfen. Mit 8 1/2 Dollars in der Tasche machten sie sich auf den Weg und fuhren zunächst nach Newhaven in der Nähe von New York. Es gelang ihnen dort auch, zwei Zimmer zu finden. Am nächsten Tage begaben sie sich aufs Stadesamt, um sich trauen zu lassen, doch wurden sie mit einem spöttischen Lächeln zurückgewiesen.

Kleine Notizen.

Durch Kohlengas vergiftet. Drei Handlungsgesellen, die bei dem Kaufmann Pech in Belgard (Pommern) in Stellung waren, wurden gestern morgen in ihrem Zimmer tot aufgefunden. Der Tod war durch Einatmung von Kohlengasen herbeigeführt worden. Das Unglück ist auf Ueberreizung des Dieners zurückzuführen. Vom dem Schnellzug Danzig-Stolz wurde auf der Strecke Stolz-Lauenburg der Arbeiter Leo Kustol an Größhof überfahren und sofort getötet. Er war mit Schenkeinfabrik beschäftigt und hat das Peramagen des Schnellzuges nicht bemerkt. Veränderte Eisenbahnzug. Am Donnerstag früh hielten massierte Räuber einen Zug der nordamerikanischen Nord-Island-Bahn auf, kuppelten die Post- und Expresswagen ab, sprengten den Geldschrank und entfernten sich mit einer Beute, die bis auf 240 000 Mark geschätzt wird. Passagiere wurden nicht verlegt.

Marktbericht von Berlin am 7. Februar 1912, nach Ermittlung des königl. Viehpreisamtes. Marktschlachtpreise. (Steinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 38,00—50,00. Spießbohnen weiße, 40,00—60,00. Bohnen 40,00—80,00. Kartoffeln 11,00—15,00. 1 Kilogramm Hühnerfleisch, von der Ferse 1,60—2,40. Hühnerfleisch, Bauchfleisch 1,90 bis 1,80. Schweinefleisch 1,90—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,50. Hammelfleisch 1,20—2,20. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 4,50—5,00. 1 Kilogramm Rindfleisch 1,20—2,40. Malt 1,20—2,80. Bänder 1,80—3,80. Geste 1,20—2,80. Barische 1,00—2,00. Schale 1,60—3,20. Mele 0,80—1,40. 60 Stück Krefe 4,00—30,00.

Stadtverordneten-Versammlung.

5. Sitzung vom Donnerstag, den 8. Februar, nachmittags 5 Uhr.

Vorsicher Nischel eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. — Vor Beginn der Sitzung hat die Wahl von vier Ausschüssen stattgefunden. Dem Ausschuss für die Vorbereitung der Neuwahl eines besoldeten Stadtrats gehören als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion an: Dr. Arons, Bruns, Heimann, Pfannkuch, Dr. Wehl, dem Ausschuss für die Vorlage wegen Zusammenlegung von Armenkommissionen Dupont, Ewald, Hünke und Hoffmann, dem Ausschuss für die Vorlage wegen Erbauung der drei südlichen Streckendampfbahnen Pasner, Brückner, Fröhlich, Glöck, Woldersky.

Verstärkung des Rettungswesens.

Die städtischen Verträge mit dem Ärzteverein des Berliner Rettungswesens und mit dem Kuratorium der Berliner Unfallkassen sollen zum 1. April 1913 gekündigt werden und das gesamte Rettungswesen soll zum gleichen Termine auf die Stadt übergehen. Zur Verwaltung des gegenwärtigen Rettungswesens und zur Festlegung der Grundzüge und Bedingungen der Verstärkung sowie des Uebergangs der gegenwärtig bestehenden Einrichtungen auf die Stadt soll ein Kuratorium eingesetzt werden, bestehend aus 2 Magistratsmitgliedern, 4 Stadtverordneten und 3 Bürgerdeputierten.

Stadtv. Sachs (A. L.) beantragt Ausschuhberatung. Nicht aus prinzipiellem Widerspruch, sondern weil wesentliche Punkte der Begründung noch weiterer Klärung bedürftig. Dazu gehörten gewisse Fragen mehr persönlicher Natur sowie auch die Kostenfrage. Man möge den Ausschuss schon heute ernennen lassen.

Stadtv. Dr. Isaac (A. L.) begrüßt die Vorlage als die Erfüllung eines alten Wunsches seiner Fraktion. Die jetzige Form des Rettungswesens sei immer nur als Provisorium gedacht gewesen. Dieses habe seine Verdienste, aber eine Aenderung, die Schaffung eines Definitivums, sei jetzt unumgänglich, nachdem auch Mißerfolge zu konstatieren gewesen seien.

Stadtv. Prof. Dr. Landau (A. L.) spricht sich ebenfalls für Ausschuhberatung aus.

Stadtv. Dr. West (Soz.): Daß wir die Vorlage mit aufrechter Freude begrüßen, ist Ihnen schon daraus entnehmbar, daß wir, seitdem hier eine sozialdemokratische Fraktion besteht, immer und immer wieder die Verstärkung des Rettungswesens gefordert haben, so schon 1885 die Verstärkung der Sanitätskassen. Prinzipiell stehen wir immer auf dem Standpunkt, daß Wohlfahrtsanstalten, die im Interesse der Allgemeinheit liegen, auch von ihr eingerichtet und bezahlt werden. Aber auch rein praktisch genommen ist die Maßregel notwendig, und es ist gar nicht zu verstehen, warum so lange Jahre dieser Forderung widerstrebt wurde. Natürlich sind wir bei aller Gegenüberung über die Verstärkung damit noch nicht zufrieden; wir halten sie für den ersten Schritt, dem bald der zweite folgen muß, ein

Groß-Berliner Rettungswesen

zu schaffen. So wichtig der Verkehr, so wichtig die Hygiene des Verkehrs. Das neue Kuratorium wird es als eine seiner ersten Aufgaben zu betrachten haben, diese Frage in Erwägung zu ziehen. Auch die Vereinfachung und Verstärkung des Kranken-Transportwesens muß energisch angestrebt werden. Der Verband für erste Hilfe hat ja keine Aufgabe gut erfüllt; aber ein solches Transportwesen muß alle Anforderungen einer Großstadt erfüllen, und das ist nur möglich, wenn eine kapitalkräftige Verwaltung dahinter steht. Noch immer kommt es vor, daß Droschken, Omnibusse usw. mit anstehenden Krankheiten behaftete in die Krankenhäuser überführen; welcher Schade der Allgemeinheit damit droht, brauche ich nicht auszuführen. Das Kuratorium muß verstärkt werden, mindestens um zwei, besser um vier Stadtverordnete; das nähere wird der Ausschuss zu erörtern haben. In das Kuratorium gehört auch noch eine Kommission hinein, an die noch gar nicht gedacht ist, das ist die Zentralkommission der Krankenkassen. Diese haben das größte Interesse daran, daß die erste Hilfe in geeigneter Form geleistet wird; von ihrer Gestaltung hängt die sonstige Organisation des Rettungswesens ab.

Wir stimmen zu, daß der Ausschuss schon heute ernannt wird. Die Frage des ärztlichen Dienstes bedarf im Ausschuss, vor allem aber im Kuratorium, ernstlicher Erörterung. Ohne weiteres kann ausgegeben werden, daß bei so häufigem Dienstwechsel und bei einer so vielfältigen Arztarbeit Anwartschaften und Versäumnisse sich ergeben müssen. Das ist für die Bevölkerung äußerst bedauerlich, und es wäre zu wünschen gewesen, daß der Magistratskommissar schon früher mit eiserner Hand eingegriffen hätte, denn der betreffende Vertrag läuft ja doch über 1 Jahr; mit bloßem liebenswürdigem Entgegenkommen dringt man da nicht durch. Unter allen Umständen wollen wir daran mitarbeiten, das Rettungswesen so zu gestalten, daß wir ab 1. April 1913 eine für alle Teile der Bevölkerung annehmbare Verbesserung gewährleistet bekommen. Der Verlauf dieser ganzen Angelegenheit hat gezeigt, ein wie kolossales Ausmaß über die Bedeutung des Rettungswesens im Laufe von 25 Jahren sich bemerkbar gemacht hat; selbst die entzogenen Wanderversuche haben dem Gedanken des Municipalsozialismus aufdrängen der Sozialdemokratie Konzeptionen gemacht. (Widerspruch und Zustimmung.) Auch wir sagen: Die Entwicklung steht nicht still. (Beifall.)

Bürgermeister Dr. Reide: Ich habe die Erinnerung nicht, daß es so liegt, wie der Vordröner meint, daß nach 1907—1909 bei den anderen Parteien prinzipielle Einwendungen gegen die Verstärkung bestanden hätten. Ohne jede Vereinbarheit bin ich in der Sache fest zu stehen, bin ich es heute; aber ich bin doch etwas aus einem Saulus zum Paulus geworden. Ich bin dem schönen Gedanken, möglichst alle Ärzte zu dem Rettungswesen heranzuziehen, nachgegangen; ich muß auch bestreiten, daß noch außen bin ein Mißerfolg eingetreten sei. Wenn nicht alles zum rechten bestellte war, so liegt das daran, daß eine große Verwaltung nicht zulassen darf, daß eine solche Kasiniererei ungewöhnlich schwer zu drehen ist; das ist aber der Fall gewesen. Die Verbesserungsmöglichkeit sehe ich darin, daß man von jenen in der Theorie schönen Prinzipien abgeht und lieber versucht, eine nähere Verknüpfung des einzelnen Arztes mit der Wache, die ihm zunächst liegt, herbeizuführen. So ist der Magistrat zu seinen Andeutungen gekommen, in welcher Richtung vorgegangen werden soll. Die Angriffe in der Presse gegen den Bierlandendienst erscheinen mir nicht begründet, ebenso wenig daß das, was die Stadt bietet, zu gering ist. Das Angebot von 1 M. pro Stunde haben die Ärzte 1907 um selbst gemacht; vorher haben sie 50 Pf., 65 Pf. und 70 Pf. für die Stunde erhalten. Wenn man Ärzte mit 4 Stunden à 1 M. beschäftigt, kommt jährlich etwa ein Betrag von 1500 M., unter Hinzunahme des Nachdienstes etwa 2225 M. heraus. Daß überall und genau 4 Stunden innegehalten werden sollen, ist nirgends vorgeschrieben. Eine Reihe von Ärzten haben daraus sich eine gewisse Existenzmöglichkeit geschaffen; das darf auch nicht übersehen werden. Mit „eiserner“ Hand einschreiten, verbietet sich, so lange wir Verträge haben. Absolut falschlich ist auch in den Zeitungen behauptet worden, daß hier irgendwie der Goldpunkt für den Magistrat eine Rolle spielt. Mit der Verstärkung des Kuratoriums sollte man doch etwas vorsichtig sein. Sehr erwünscht wäre uns, wenn die Versammlung heute schon das Grundprinzip, daß verstaatlicht werden soll, annehme. Dem Krankentransportwesen wendet der Magistrat

fortgesetzt seine volle Aufmerksamkeit zu. Die Wirksamkeit der Sanitätskassen, die sich zur Verstaatlichung schon zum 1. April 1912 zur Verfügung gestellt haben, kann ich hier nur als eine sehr hoch anzuerkennende bezeichnen. (Beifall.)

Stadtv. Dr. Reide (Soz.): Wir sind mit dem Bürgermeister der Meinung, daß das Prinzip der Verstaatlichung noch heute festgelegt werden kann. Bereits 1909 habe ich darauf hingewiesen, daß der Ärzteverein sein damals gegebenes Versprechen nicht würde halten können. Der Ärzteverein selbst hat ein ganz gewaltiges Risiko gemacht, der mit seinen 1100 Ärzten nicht einmal die 170 Ärzte beschaffen konnte, die im Rettungsdienst sich betätigen sollten. Man hat Ärzte, die nichts zu tun hatten, ausbieten müssen, schließlich sogar zu Ärzten von außer halb seine Zuzucht nehmen müssen. Daß der Magistrat in dieser Frage den Rat seiner Meinung gehabt und fortwährend befolgt hat, kann ich nur als einen Fortschritt begrüßen. Ich hoffe und wünsche, daß man in den Ausschuss geht mit einer gewissen Voreingenommenheit in dem Sinne, daß es so wie bisher nicht weiter gehen kann. Wir werden den Magistrat in der Durchführung der Sache nach Kräften unterstützen. (Beifall.)

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) protestiert gegen den Vorwurf, daß der Ärzteverein Risiko gemacht hat. Nicht dieser, sondern das bisherige Prinzip habe Risiko gemacht.

handelt. Jedenfalls muß, wenn unser Prinzipalvertrag nicht angenommen wird, das Vorhandene soweit wie möglich ausgebaut werden, und dazu gehört auch die Sicherung des neuen Gebäudes. Gegen den Versuch, städtische Subventionen der Lebensversicherung zu unterwerfen, protestieren wir auf das allerentschiedenste. (Zustimmung.)

Stadtv. Goldschmidt (A. L.) tritt für die Zustimmung zu der Zinsgarantie ein, die tatsächlich von der Versammlung schon früher gegeben sei. Die Verstaatlichung des Arbeitsnachweises kann er nur ablehnen, wenn die Arbeitsvermittlung auch durch städtische Beamte erfolge; so allein sei absolute Unparteilichkeit verbürgt. Die 20 Pf. Einschreibgebühr dürften von der Stadt nach der evtl. Verstaatlichung nicht mehr erhoben werden. Die Arbeit der „negativen“ Sozialpolitiker sei doch gerade im Hinblick auf den vorhandenen Arbeitsnachweis nicht zu unterschätzen.

Stadtv. Nitter (Soz.): Die Landesversicherung selbst kann die qu. Zinsgarantie nicht übernehmen. Wenn die Mitglieder der freien Gewerkschaften den Arbeitsnachweis in der Gormannstraße nicht unterstützen hätten, wäre nichts aus ihm geworden.

Stadtv. Goldschmidt: Das ist doch ein merkwürdiger Einwand. Wenn die Arbeiter einen für sie bestimmten Arbeitsnachweis nicht benutzen, so ist er eben überflüssig und tritt nicht ins Leben.

Die erhöhte Subvention für den Zentralverein für Arbeitsnachweis wird bewilligt.

Der Antrag Dupont auf baldmöglichste Vorlegung eines Magistratsantrages behufs Ueberführung des Arbeitsnachweises in städtische Regie wird abgelehnt, die Zinsgarantie dagegen bewilligt.

Die Subvention von 1000 M. für einen „Hauswartungs-Gehilfenverband“ beantragt Stadtv. Nitter abzulehnen. Man habe Bedenken gegen diese Sonderorganisation, und Berlin habe keine Verantwortung, ihr für die Stellenvermittlung noch eine städtische Unterstützung zu geben.

Stadtv. Goldschmidt ist auch gegen diese Unterstützung einer Organisation, die sich kaum gegründet und noch nicht im geringsten bewährt habe. Das müsse ja geradezu zu solchen fragwürdigen Begründungen verführen.

Stadtv. Dr. Nitter (Fr. Fr.) empfiehlt die Bewilligung, während Stadtv. Cassel seinem Befremden darüber Ausdruck gibt, daß man von Stadtwegen dem Zentralverein für Arbeitsnachweis, der in der Linienstraße eine Filiale für weibliche Dienstmädchen unterhalte, ganz in der Nähe eine solche Konkurrenz auf den Hals setzen wolle.

Die 1000 M. werden entsprechend dem Antrag Nitter abgelehnt.

Im übrigen werden die Magistratsanträge, auch die Subvention von 12000 M. für die Benutzung des Schülerbuddhauses in Riederhöfchen, genehmigt.

Die Vorlage wegen Festsetzung von Fluchlinien für zwei neue Straßen 30e und 30f auf dem ehemals Vorslagschen Bienen-Terrain an der Straße Alt-Neubau ist vom Ausschuss nach eingehender Beratung mit 9 gegen 6 Stimmen angenommen worden.

Von den Stadtv. Stapp (A. L.) und Baumann (Fr. Fr.) wird nochmalige Ausschuhberatung befürwortet, ebenso vom Stadtv. Labwig (A. L.), der ausführt, daß die Meinungen der Architekten über die Zweckmäßigkeit der vom Magistrat beabsichtigten Aufteilung des Terrains doch sehr geteilt seien, und wie die Boerener auf das Samlerische Gutachten Bezug nimmt. Es sei doch stets der magere Vergleich dem feinen Prozeß vorzuziehen.

Stadtv. Düring konstatiert, er müsse sich mit der neuen Sachlage abfinden, erklärt aber die Bezugnahme der Redner auf das Sachgutachten für nicht schlüssig und bedauert die erneute Verschleppung der Beschlußfassung.

Stadtv. Reid (Soz.): Wir betrachten die Vorlage vom Standpunkt einer gefundenen Wohnungspolitik; wir begrüßen, daß der Magistrat auf den Wohnungsbau auf diese Weise einzuwirken unternimmt, und bebauen nur, daß das erst so verspätet geschieht. Wenn wir auch vor allem wünschen müssen, daß für den

Bau von Kleinwohnungen

Sorge getragen wird, so würdigen wir doch auch das Bedürfnis nach Mittelwohnungen, wie es hier behauptet wird. Der Magistrat will verhindern, daß Hinterwohnungen gebaut werden. Ist die Vorlage zur Erreichung dieses Zweckes geeignet? Im Ausschusse haben die Sachverständigen dazu eine verchiedene Stellung eingenommen. Stellt man das Interesse der Gesellschaft in den Vordergrund, so kann man sich nicht wundern, daß sie die Ausführung der Vorlage verhindern will; aber für uns soll das

allgemeine Interesse,

nicht das Interesse einer Erwerbsgesellschaft entscheidend sein. Die Vertreter der Gesellschaft haben alles mögliche versucht, alle möglichen Motivationen haben ihre Direktoren ins Werk gesetzt, um die Vorlage zu hintertreiben; immerfort haben sie uns mit Plänen belästigt. Wenn man weiter weiß, daß weiterhin geradezu Drohungen ausgesprochen worden sind, daß beim Ministerium die Nichtgenehmigung der Fluchlinie durchgesetzt werden würde, muß man wirklich dringen wünschen, daß wir hier zur Arbeit kommen. Nach unserer Meinung ist der Zeitpunkt da, der Vorlage zuzustimmen; wir sollten uns schon mit Rücksicht auf das Ansehen der städtischen Verwaltung nicht länger damit hinhalten lassen. Wir leben das erwünschte Gutachten nicht als geeignet an, die Vorlage irgendwie zu erschüttern; die nochmalige Ausschuhberatung wird also irgendwelchen Wert nicht haben. Nehmen Sie den Ausschuh Antrag an! (Beifall.)

Stadtv. Gremer (A. L.) legt dem Gutachten eine Bedeutung nicht bei, ist aber auf Grund eigener Anschauung der Meinung, daß es genüge, nur eine Straße durchzulegen und die zweite geplante kleine Querstraße wegzulassen zu lassen.

Stadtv. Sonnenfeld (A. L.) steht auch auf dem Standpunkte des Magistrats, hält aber eine Prüfung des durchaus ernsthaft zu nehmenden Gutachtens des Justizrats Samter in einem Ausschuss für unerlässlich.

Stadtv. Stadthagen (Soz.): Neues sagt uns das Samterische Gutachten nicht. Von allem Erbitorium entleert besagt es nur: „Wenn durch Festsetzung neuer Fluchlinien jemand geschädigt ist, findet nach dem Gesetz eine Entschädigung statt.“ Dazu brauchen wir das Samterische Gutachten nicht. (Heiterkeit.) Sollten Sie wirklich einen Ausschuss nochmals für nötig halten, so bitte ich dringend, dessen Arbeit zu beschleunigen, denn je länger die Sache aufgeschoben wird, desto höher wird auch die Entschädigung.

Nach mehrmals wiederholter Abstimmung wird schließlich mit geringer Mehrheit die Zurückweisung der Vorlage an den Ausschuss beschlossen.

Zur Unterbringung der

„Freiwilligen“

müß der Anstaltsfriedhof in Buch herangezogen werden, da der Friedrichsriedhof fast geräumt ist und der neue Gemeindefriedhof in Buch-Karow noch immer nicht polizeilich genehmigt ist. An Geldmitteln für die in Buch auszuführenden An- und Umbauten sind 8200 M. erforderlich.

Die Summe wird bewilligt.

Zur Vorlage, betreffend die Uebertragung des Eigentums, der Unterhaltung und der Verwaltung der Berlin-Schönhauser Chaussee auf die Gemeinde Pankow und zu dem dazugehörigen mit Pankow abgeschlossenen Verträge bemerkt

Stadtv. Nollner (Soz.): In dem Vertrage ist seitens unserer Juristen gute Arbeit geleistet, und wir bitten, diese wichtige Vorlage wenn möglich ohne Ausschuss anzunehmen. Die Vorlage wird ohne weitere Debatte genehmigt. Schluß 10 Uhr.

Aus der Frauenbewegung.

Die Statistik über das Frauenstudium.

In der Zeitschrift für höheres Schulwesen wird eine Statistik über das Frauenstudium an den preussischen Universitäten im laufenden Wintersemester veröffentlicht. An allen preussischen Universitäten studieren danach 2892 Frauen, das bedeutet gegen das gleiche Semester im Vorjahre eine Zunahme von 258. Sie verteilen sich auf die Fakultäten folgendermaßen: Theologie 48 (im Vorjahre 41), Jurisprudenz 23 (17), Medizin 829 (826), Philosophie 2497 (2236). Von den im laufenden Wintersemester studierenden 2892 Frauen waren 1986 immatrikuliert, die übrigen 906 als Gasthörerinnen zugelassen. Die 1986 immatrikulierten verteilen sich auf die Fakultäten wie folgt: Theologie 11, Jurisprudenz 18, Medizin 312 und Philosophie 1645.

Das Frauenwahlrecht in Amerika.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat Genöffe Wiffor L. Berger, der einzige sozialistische Abgeordnete im Bundesparlament, dem Kongress eine Vorlage zugunsten des Frauenwahl-

rechts unterbreitet. Berger fordert einen Zusatz zu der Verfassung, dahin lautend, daß keiner Person auf Grund des Geschlechts das Wahlrecht verweigert werden darf. Diese Forderung soll unterstützt werden durch eine Massenpetition, zu der Unterschriften von der Sozialistischen Partei gesammelt werden. Dieser Vorstoß wird der allgemeinen Frauenbewegung für das Wahlrecht wieder von großem Nutzen sein; er zeigt zugleich, daß die Bewegung in der Sozialistischen Partei ihre beste Stütze findet.

Wie weiter berichtet wird, werden bei der Abstimmung über die nächste Präsidentschaftskandidatur vier weitere Staaten den Wählern die Frage unterbreiten, ob das Wahlrecht auf die Frauen ausgedehnt werden soll. Es sind das die Staaten Oregon, Wisconsin, Nevada und Kansas. In allen diesen Staaten herrscht eine recht günstige Stimmung für eine Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 19. Heft des 30. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Einschüchterungsversuche — Goldreduktion und Preisbewegung von J. v. G. — Demokratische und sozialistische Illusionen. Von Gustav Gellert. — Die Parteiorganisation in Oesterreich. Von R. Kautsky. — Eine Aufgabe für die

Partei. Von Helmut Lehmann (Berlin). — Hierarchische Rundsicht: A. Nacher, Italien von heute. Von Spektor. Dr. Ernst Jäckel, Der türkische Kriegslager durch Albanien. Von Demmann Bembel. Dr. Kurt Albert Gerlach, Dänemarks Stellung in der Weltwirtschaft. Von Spektor. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 4. Nummer des 20. Jahrganges im Umfang von 16 Seiten erschienen, in der der Wahlsieg der deutschen Sozialdemokratie in zahlreichen Beiträgen gefeiert wird. Aus ihrem Inhalt heben wir folgendes hervor:

Bilder: Der Hofball. Von Emil Graf. — Germaniens Lieblinge. — Neuer Sozialismus. — Belenennungen. Von Emil Graf. — Der Aufruhrzug. — China und Preußen. Von R. Ungert. — Ein Schuß ins Schwert. Von R. Ungert. — Schwarzblauer Rosenkranz. Von O. Dellung usw. — Legt: 1101 — Kurzer Fasching. Von P. E. — v. Armin-Schneiderheim an v. Selow-Gelternburg. — Wahlmartern. — Wieder Jakob! Von Gottlieb Künze. — Bürgerlicher Faschingzug. Von Tobias. — Das Sündenbabel an der Kränzel. Faschingsgeschichte von P. E. usw.

Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 15 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. H. B. Fischel, G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolportage zu beziehen.

Generalversammlung des Polnischen Sozialdemokratischen Vereins (P. S. D.) findet am Sonntag, den 11. Februar, nachmittags 4 Uhr im Lokal des Genossen A. Rudorff, Engelstr. 2, statt. Der Vorstand

Theater und Vergnügungen

Freitag, 9. Februar 1912.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Der Rosenkavalier.
Kgl. Schauspielhaus. Der Bettler von Syrakus.
Deutsches. Faust. 1. Teil.
Gardienhaus. Spezialitäten.
Sitzes Bild. Gala-Vorstellung.
Sitzes Schumann. Gala-Vorstellung.
Sitzes Carraconi. Gala-Vorstellung.
Kleines. Lotzhens Geburtstag.
Gedenks.

Anfang 8 Uhr.
Urania. Lindenstraße 48/49.
Der Großlockner, Gastein und die Salzburger Alpen.
Reines. Der liebe Augustin.
Kammerstücke. Eine glückliche Ehe.
Lettung. Gudrun.
Neues Schauspielhaus. Fiasco!
Reines. Alles für die Firma.
Kurfürstentheater. Iffland.
Königliche Oper. Der Diavolo.
Deutsches. Wiener Blut.
Lustspielhaus. Die Damen des Regiments.
Berliner. Große Hoffen.
Neues Operetten. Eva.
Schiller O. Don Carlos.
Schauburg. Charlottenburg. Der Alchemiker.
Griener. Wilt. Schauspielhaus. Heidenröslein.
Lustspielhaus. Sommerputz.
Böf. Der Spielstiel.
Königsgrätzer Straße. Die fünf Bräutigame.
Metropol. Die Nacht von Berlin.
Trianon. Das kleine Café.
Thalia. Politische Wirklichkeit.
Cafino. Der Kampf ums Dasein.
Apollo. Spezialitäten.
Vasaga. Spezialitäten.
Herrenfeld. Wie man Männer hessert.
Der Hausstufel.
Königsgrätzer-Kasino. Ein dunkler Punkt.
Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Volles Caprice. Wandelblatts Polkaabend, Losgelassen. Waffenübung.
Walhalla. Teufel, das hat einige Klagen!
Volgi. Ein armer Edelmann.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Heidenröslein.
Beile-Alliance. Napoleon Bonaparte und seine Frauen.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Schiller-Theater O. Theater.
Freitag, abends 8 Uhr:
Don Carlos.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Probepfeil.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Probekandidat.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Weg zur Hölle.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Maria Stuart.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Probepfeil.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Große Hoffen.
Theater in der Königsgrätzer Straße
8 Uhr: Zum 50. Male:
Die 5 Frankfurter.
Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Alles für die Firma.
Schwank in 3 Akten von H. Hennequin u. G. Wicheil. In Szene gesetzt und für die deutsche Bühne bearbeitet von Wolten-Paeffers.
Morgen u. folg. Tage: Alles f. d. Firma.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Freitag 8 Uhr:
Der Großlockner, Gastein und die Salzburger Alpen.
Theater des Westens.
Sonnabend und Sonntag:
Lehre Gastspiele des Russischen Balletts.
Lustspielhaus.
Freitag: Sommerputz.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Fänel und Bretel. Abends 8 Uhr: Pöppel und Schwert.
Beile-Alliance-Theater.
8 1/2 Uhr: Galispiegel Ferd. Sonn in „Napoleon Bonaparte und seine Frauen“. Sensations-Ausstattungsstück v. E. G. Böls. Musik v. Sulzhan.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anfang 8 Uhr.
Der Spielstiel.
Sonnabend 4 Uhr: Schneewittchen.
8 Uhr: Der Spielstiel.
Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr: Stauden gestattet.
Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Jul. Freund. Musik von E. Hoffländer. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr:
Vollständig neues Programm.
10 Uhr:
Nach nie dagewesener Zacherfolg
Paul Beckers
das
„Original“.

Herrnfeld Theater
Neuer großer Erfolg!
Wie man Männer hessert.
2 Akte von Anton u. Donat Herrnfeld mit den Autoren in den Hauptrollen und
Der Hausstufel.
Familienchwank in 1 Akt v. Wolmann.
Anfang 8 Uhr.
Schnellverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Passage-Panoptikum.
Das Londoner Mirakel!
Die Frau in der Kanne!
Befreiung aus d. Wassergrab.
Lebend! Lebend!
Fakir-Truppe
15 Personen.
In ihren religiösen Märtyrer-Produktionen
Wochentags 4-7 Uhr:
Lichtspiele
Ohne Extra-Entree.
Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Das kleine Café.

TYPOGRAPHIA
Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer
Jägerstr. 189
Hornmeister Alexander Weinbaum MdA.S.

Mittwoch, den 14. Februar,
im großen Saale der Kgl. Hochschule für Musik,
Charlottenburg, Fasanenstr., Ecke Hardenbergstr.:
Volkslieder-Abend.
Mitwirkende:
Frau Paula Weinbaum
Hehr Alfred Wittenberg
Anfang 8 Uhr.
Karten zu 75 Pf. und 1 M. sind zu haben bei Horack, Gewerkschaftshaus; Gottfried Schulz, Kottbusser Tor; Bote & Bock sowie A. Wertheim, Leipziger Straße.

MIDGETS TOWN
Hauptstadt von Lilliput
mit ihren 70 Bewohnern
Friedrichstraße 165, in den Räumen von Castans Panoptikum.
Geöffn. von 2 Uhr nachm. bis 10 Uhr abends.
Entree
1 Mark. Kinder die Hälfte.
Im Lilliput-Zirkus große Ringkampf-Konkurrenz.

„CLOU“
Berliner Konzert-Haus.
Mauerstr. 82
Zimmerstr. 90/91.
Zillerthaler und Tegernseer
Sänger, Plattler u. Jodler!!
Anstich von 3 Königsbräu, dem köstlichsten aller Münchener Doppelbiere.
Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen nachmittags:
Gr. Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

NEUE WELT.
Arnold Scholz. Täglich: Hasenheide 109/114.
Bockbierfest in den bayerischen Alpen
Wunderbare Alpendekoration.
Neu! Gebirgstrasse. Neu!
Dienstag, Mittwoch und Donnerstag: Elite-Tage!
Großer Ball.
4 Kapellen. 30 bayerische Mad'ln.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Brauerei Friedrichshain
am Königstor.
Größte Sehenswürdigkeit Berlins.
Heute Freitag: Elite-Tag.
Gratisverteilung von 200 Wertgegenständen.
Größer Bock-Jubiläum u. Trübel. Auf der Alm.
Die berühmtesten Festwirte
Ehrengruber und Weinstierl.
4 Kapellen. 100 Oberbayern.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Passierkarten haben volle Gültigkeit.

Piccadilly
BESITZER HEINRICH BRAUN
Potsdamer Platz
Gröffnung heute

6 Tage-Rennen
im
Sport-Palast
Letzter Tag. Entscheidung.
Alleiniger Vorverkauf bei A. Wertheim, seinen Theaterkassen und Filialen.

Zirkus Schumann
Freitag, 9. Febr., abends 8 Uhr:
„Jedermann“.
Aufführung des Deutschen Theaters.
Morgen Sonnabend 7 1/2 Uhr:
Soiree High-life.
„Momy I“, der Affenmensch vom Kongo. Sämtl. Attraktionen u. um 9 Uhr das neueste, größte Ausstattungstück
Das Motorpferd
in 5 Akten.
Dieses große Ausstattungstück ist übertraffen ist unmöglich!
Sonntag, 3. Uhr u. 7 1/2 Uhr in beiden Vorstell.: „Das Motorpferd“. Nachm. endet das Ausstattungstück mit dem 4. Akt.

Zirkus Busch
Freitag, den 9. Februar 1912, abends 7 1/2 Uhr:
Komischer Gala-Abend
Um 9 1/2 Uhr: Das große Volks-Manege-Schauspiel
Die Hexe.
Vorher Clowns Armando mit dem boxenden Känguruh. Die großen japanisch. Sportspiele und
Ringkämpfe.
Herr Ernst Schumann, Neudress. Fri. Stennis, Schulz. Clowns Moris, Vincent, Francois, Peterson und das große Galaprogramm.

Sarrasani
Schönhauser Allee.
Telephon: Nord 4100.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Das berühmte, echte, pantomimenlose
Circus-Programm.
Sonnabend und Sonntag 3 Uhr und 7 1/2 Uhr:
2 Vorstellungen 2. Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise.
Vorverkauf a. d. Circuskasse und an sämtlichen Biletverkaufsstellen von A. Wertheim.

Folies Caprice.
Täglich 6 1/2 Uhr:
Losgelassen.
Waffenübung.
Wandelblatts Polkaabend.

Boigt-Theater.
Wilmersdorfer Str. 58.
Freitag, den 9. Februar 1912:
Ein armer Edelmann.
Schauspiel in 5 Akten v. H. Kellner.
Ruhmerröschung 7. Anfang 8 1/2 Uhr.
Freitag, 16. Febr.: Genrich F. Kühle: Das Geheimnis eines Königshauses.

Passage-Theater.
Schneider-Duncker
Carl and Lotty
die berühmte Excentr.-Tänzer.
Luise Schäfer
Vortragskünstlerin.
The Hevaldos Truppe
d. best. Schleuderbrett-Akrob. und d. Febr.-Glanzprogr. 14 erstkl. Spezialitäten.

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
Nachmittags:
Militär-Konzert.
Konstanz-Produktionen.
Abends die Novitäten:
Tänze a. d. Eise, Rheinländer, Russisch, Engl., Alt-Wiener Walzer und
Die kleine Charlotte.
Der norwegische Meister Harry Paulsen sowie d. prächt. Eiseballett
Alpenzauber.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Rang.

Königstadt-Kasino.
Ede Polzmarkt u. Alexanderstr.
Täglich Varieté und Theater.
Som 1.-16. Februar
Niefenprogramm.
In jeder Vorstellung:
● Ein dunkler Punkt. ●
Sürliste mit Gesang in 2 Bildern.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Neu! Neu!
Pantoffel-Heiden.
Sürliste v. Reichardt.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Casino-Theater
Lothring. Str. 97. Anfang 8 Uhr
Der größte Theatererfolg!
Täglich ausserordentl.
Der Kampf ums Dasein.
Aktuell! Dem heutigen Leben entnommen. — Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Der seltsame Polkischtsch.

Humor-Quartett
Gg. Treuer
Kastanienallee 40

Für den Inhalt der Interzese übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Vierter Wahlkreis (Görlitzer Viertel).

Am Sonntag, den 11. Februar 1912, abends 5 Uhr, im Lokale von
Graumann, Naunhynstr. 27:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Landtagsabgeordneten **Julian Borchardt** über:
„Was haben wir vom neuen Reichstag zu erwarten?“ 2. Diskussion.
- Nachdem: **Gemütliches Beisammensein mit Tanz.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: **Verwaltungsstelle Berlin** Hauptbureau:
Hof I. Hof III.
Amt Norden, Nr. 1239. Charitéstraße 3. Amt Norden, Nr. 1267

Sonntag, den 11. Februar, vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung
der Eisen-, Metall- und Revolverdreher
sowie Mundschleifer

in den Ruffler-Festsälen (gr. Saal), Kaiser-Wilhelm-Str. 18m.
Tagesordnung:
Fortsetzung der Versammlung vom 21. Januar.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Sonntag, den 11. Februar, vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung
aller

in den Eisenkonstruktions-Werkstätten
beschäftigten Arbeiter

in den Sophien-Sälen, Sophienstraße 18.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Waschick** über: „Unsere nächsten Aufgaben“.
2. Feststellung über die Einhaltung der Vereinsbarung vom 1910. 3. Wahl
der Kommission. 4. Verschiedenes.
Es ist Pflicht aller Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Metallarbeiter - Notizkalender
sind im Bureau und bei den Bezirkskassierern zu haben
112/1 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.
Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-
ufer 14/15, Saal 4 (ArbeitslosenSaal):

Sitzung der Ortsverwaltung.
Maschinenarbeiter.

Montag, den 12. Februar 1912, abends 8 Uhr,
in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21:
Branchen-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Tätigkeitsbericht der Kommission vom Jahre 1911.
2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung.
3. Wahl eines Obmannes.
4. Branchenangelegenheiten. **Die Branchenkommission.**

Einsetzer.

Sonntag, den 11. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr,
finden die
Bezirks-Versammlungen

- in folgenden Lokalen statt: 78/13
1. Bezirk: **Merkowitz**, Andreasstraße 26.
 2. „ **Gliese**, Ropenhagener Straße 74.
 3. „ **Sausch**, Bredowstraße 21.
 4. „ **Schult**, Neuföhrn, Rosenstraße 24.
 5. „ **Wiemers**, Wilowstraße 58.
 7. „ **Thunack**, Charlottenburg, Wielandstr. 4.
 8. „ **Meizer**, Wiesenstraße 29.

Die Kollegen des 6. Bezirks gehen nach der Andreas-
straße 26. **Die Branchenkommission.**

Achtung! Stapelkonfektion! Achtung!

Folgende Zwischenmeister Berlins haben den
Tarifvertrag anerkannt:

- | | |
|--|--|
| 3. Balth, Kochstr. 15 | Lohmann, Dierichstr. 20, vorn I |
| Brehler, Dierichstr. 21, Portal 6 | Leiba, Grenadierstr. 17 |
| Baum, Meyer Str. 29 | Koller, Dierichstr. 217 |
| Beitz, Dierichstr. 47, Seitenstr. II | Pyper, Choriner Str. 6 |
| Bier, Neue Köpenicker Str. 29, II. C. u. G. G. | Ranasse, S. Brenzlauer Str. 49 |
| Bornemann, Dierichstr. 29, II | Rothel, Strahburger Str. 21 |
| Braun, Köpenicker Str. 29 | Ranasse, Jakob, Reibelstr. 1, p. part. |
| Bühler, Köpenicker Str. 33 | Ride, Wilhelm, Reibelstr. 6 |
| Bühler, Köpenicker Str. 33 | Neugeboren, Lotharingerstr. 16 |
| Bühler, Köpenicker Str. 33 | Pennig, Dierichstr. 8a |
| Bühler, Köpenicker Str. 33 | Reichenhof, Strahburger Str. 37 |
| Bühler, Köpenicker Str. 33 | Reichenhof, Dierichstr. 11 |
| Bühler, Köpenicker Str. 33 | Reichenhof, Dierichstr. 37, II |
| Bühler, Köpenicker Str. 33 | Sowald, Dierichstr. 21 |
| Bühler, Köpenicker Str. 33 | Steiner, Köpenicker Str. 44, C. u. G. G. |
| Bühler, Köpenicker Str. 33 | Steffen, Meyerbeerstr. 7, vorn IV |
| Bühler, Köpenicker Str. 33 | Stimmermann, Wendelsöhrstr. 13 |
| Bühler, Köpenicker Str. 33 | Strohmann, Dierichstr. 8, Portal I |
| Bühler, Köpenicker Str. 33 | Strohmann, Dierichstr. 66, vorn I |
| Bühler, Köpenicker Str. 33 | Strohmann, Dierichstr. 7 |
| Bühler, Köpenicker Str. 33 | Strohmann, Dierichstr. 9, Hof 3 |
| Bühler, Köpenicker Str. 33 | Strohmann, Dierichstr. 9, Hof 3 |

Gesperret ist die Firma:
Frankenstein Saarbrücker Str. 30, vorn III

Arbeiter-Radfahrer- Bund-Solidarität.

Ortsgruppe Berlin.

Touren

- zum Sonntag, den 11. Februar:
1. Abt.: 2 Uhr: Gernsdorf (Forst-
haus).
 2. Abt.: 1 Uhr: Strecklänge durch
den Grunewald. (Abt.: Ostfeld-
wälder (Alter Freund).
 3. Abt.: 1 1/2 Uhr: Schmiedewitz
(Rode).
 4. und 5. Abt.: 1 1/2 Uhr: Nidersöhl
(Waldstein).
 6. Abt.: 1 1/2 Uhr: Rügenitz (Stadt-
theater).
 7. Abt.: 2 Uhr: Wilmersdorf (Ge-
schäftshaus).
 8. Abt.: 2 Uhr: Spandau (Lindl).
- Start an den bekannten Stellen.

Nathan Wand

129 Staliner Str. 129.
Die schönsten
Herren-Sommerpaletots u. Ulster
und Anzüge in neu
erfindliche, auf Seide gearbeitete
Garbe, von 4072L
Kavaliere getragen,
sind neu, für jede Figur passend,
speziell auch angelegte sind in
großer Anzahl preis zu raumend
billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand
129 Staliner Str. 129.
Hochbahnstation Köpenicker Str.
Bitte im eigenen Interesse auf
Hausnummer zu achten.

Grundbegriffe der Politik, von
Friedrich Stampfer. Gebunden 2 R.
Buchhandlung Bormühs, Linden-
straße 69 (Waden).

Knaben-Mode

Beginn morgen:

Gelegenheitsposten

wesentlich unter regulären Verkaufspreisen!

Ganz besonders
billige Angebote
von **30.000**
Knaben-Sachen
teilweise unt. Herstellungspreisen

Man beachte das morgige Inserat!

BaerSohn

Kleider-Werke □ Deutschlands größte Fabrik dieser Art
Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 □ 11 Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Hauptkatalog Nr. 45 (Letzte Moden) kostenfrei

Preisrüssel

Schreibe ich nicht aus, dafür enthält jedes
Paket des so beliebten Dr. Gantner's
Preisrüssels
„Goldperle“
ein reizendes Geschenk.
Alleiniger Fabrikant auch des flüssigen
Metallputzmittels „Gantol“:
Carl Gantner, Fabrik chem.-techn. Prod.
Göppingen.

Vertretung für Groß-Berlin:
Max Haiseh, Rixdorf, Kaiser-Friedrichstr. 216.
Telephon Rixdorf 9250.

Stoffe Dr. Simmel

Damentuche für elegante Kleider.
Valetots etc. Nr. 2,50, 3,50, 4,50 R.
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20-21, Petrikirche. vis-a-vis der
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

6 Tage-Rennen

Spitzen-Gruppe:

- | | |
|----------|------------------|
| Stol | fährt Arcona-Rad |
| Fogler | fährt Arcona-Rad |
| Moran | fährt Arcona-Rad |
| Hill | fährt Arcona-Rad |
| Root | fährt Arcona-Rad |
| Walthour | fährt Arcona-Rad |
| Comes | fährt Arcona-Rad |
| Halstead | fährt Arcona-Rad |
| Drobach | fährt Arcona-Rad |

Ernst Machnow, Weinmeisterstr. 14
Verlangen Sie Katalog gratis und franko.

Kenner kauen

den durch seine Güte unerreicht dastehenden

Kapitän-Kautabak

General-Vertrieb: Carl Rücker, Berlin O. 27, Grüner Weg 119.

Kautabak

Nur echt,
wenn jedes
Röllchen neben-
stehenden Zettel
enthält.
Haupt-
niederlage:
H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engelufer 5.
Tabak-Großhdlg. Amt Moritzpl. 3014.

G. A. Hanewacker
Nordhausen.
Schutzmarke.

Frack-Verleih-Institut

Frack, Gehrock, Smoking-Anzüge für
jede Größe passend, in großer Aus-
wahl von **S. Berg Nachf. Borchardt,**
Friedrichstr. 115 I, a. Oranienburg Tor.
Tel. Nord 7402.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Sektion der Stoffkauter.
Das Bureau befindet sich jetzt:
Engelufer 15 III, Zimmer 51.
Telephon Amt Moritzpl. 4093.

Flour phenomenon
in vorzüglichen
Flour-Brotbacken

Tyfloßbröckchen
Flour-Brotbacken

Die Qualität ist fürwahr bewiesen!

Milka

Höchste
Auszeichnung
der Branche



Int. Hygiene-
Ausstellung
Dresden 1911

GOLDENE MEDAILLE



Unsere diesjährige Fastnachtsreklame

3 Tage!

„Sie schmeckt wie frische Molkerel-Butter“

so lautet das allgemeine Urteil der Hausfrauen über unsere „Milka exquisit“. Da es aber viele gibt, die sie noch gar nicht gekostet haben, so veranstalten wir eine grosse Reklame, um alle Hausfrauen zu veranlassen, einen Versuch zu machen.

Bei dieser Reklame bieten wir besondere Vorteile gegenüber den regulären Verkaufspreisen und verabfolgen:

Donnerstag, 8., Freitag 9., Sonnabend, 10. Februar

1 Pfd. MILKA exquisit Butter-

Ersatz, feinste Tafel-Margarine, und

1/2 Pfd. SELLA - Block - Schokolade

oder nach Wahl

1/2 Pfd. KAKAO im Paket

zusammen für

90
Pfennig

Durch die täglich frische Herstellung mit Zusatz von süßer Sahne aus nur besten Zutaten ist der Unterschied zwischen ihr und feiner Naturbutter nicht mehr zu erkennen. Die Herstellung geschieht in unserer Fabrik in Pratau in der Goldenen Aue, wo es viele und gute Milch gibt, und wo von ausgezeichneten Rasse-Kühen eine hygienisch einwandfreie gesunde Milch erzeugt wird. Unseren verehrlichen Abnehmern ist durch diese Einrichtung gewährleistet, dass ihnen durchaus bekömmliche Erzeugnisse von hohem Nährwert geboten werden. Wir machen besonders auf die ausserordentlich leichte Verdaulichkeit unserer Milka aufmerksam.



Die sämtl. Verkaufsstellen sind durch nebenstehende Schilder und Plakate gekennzeichnet



Milka-Nährmittel-Fabrik G. m. b. H., Pratau a. E.

Das geehrte Publikum wird höflich gebeten an den erwähnten Tagen die Schokolade od. Kakao zu an neue Kunden in den sämtlichen Verkaufsstellen verabfolgt werden sollen. **verlangen,** da diese Belgaben nicht nur den alten, sondern an alle, also speziell auch

Leineweber

4-5-6 Köllnischer Fischmarkt 4-5-6



Preiswerte Einsegnungs-Anzüge

	64	68	72	76	80	84	86 cm
Cheviot	14	14 ⁵⁰	15	15 ⁵⁰	16	16 ⁵⁰	17 M.
Kammgarn	16	17	18	19	20	21	22 M.
Kammgarn-Cheviot II	22	23	24	25	26	27	28 M.
Melton-Cheviot	26	27	28	29	30	31	32 M.
Kammgarn-Cheviot I	30	31	32	33	34	35	36 M.
Tuchkammgarn	34	35	36	37	38	39	40 M.

In eigenen Betriebswerkstätten hergestellte

Jünglings- und Knaben-Kleidung

ist besonders preiswert u. unübertroffen in Sitz u. solider Verarbeitung

Palmona

muß deshalb als Pflanzen-Butter-Margarine bezeichnet werden, weil man sie sonst von Butter nicht unterscheiden könnte. Nehmen Sie die Verpackung weg und Sie haben die feinste Süßrahmbutter! Lassen Sie sich keine Nachahmungen aufdrängen!

Für Herren, welche sich billig und elegant kleiden wollen.

Verkauf von:
Eleganten Herren-Anzügen 10,00 15,00 18,00 24,00 etc.
Vorjahr. Paletots u. Ulster 7,00 10,00 14,00 18,00 etc.
Herren-Hosen 2,50 3,50 5,00 etc.

Einsegnungs-Anzüge große Auswahl.
Gehrock-, Frack- und Smoking-Anzüge.
Verleihung von eleganten Gesellschafts-Anzügen.

J. Wand

Haupt-Geschäft: Große Frankfurter Straße 116, a. d. An-
drosselstr.,
II. Geschäft: Chausseestr. 89, III. Geschäft: Jägerstr. 11.



Parteilokal
mit zwei Sälen.

Alters- und Konzeptschalter ver-
kaufe ich meinen Galtbol totort. Großer
Friedenwerke und viel Lieberndien.
Alles Geld, seit über 30 Jahren im
Berg, über 400 T. Bier Umlag, über
viel Anspann, über 300, — 22. Klein.
Gas und elektrisches Licht, an zwei
Preisstrahlen gelegen, Spothelen leit.
Bedingungen günstig. 28806
Effekten unter C. 1 an die Haupt-
expedition des „Vormärts“.

Verkauf nur im Fabrikgebäude! **35**

Möbel Sie sparen Geld! Wenn Sie zu Engrospreisen in der Möbelfabrik

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur
eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 — Permanente Musterzimmer-Ausstellung. **35**

Wir behaupten: KNORR Suppen

sind die besten. Ein Versuch wird dies Ihnen beweisen. :: Knorr's Suppenwürfel = 3 Teller = 10 Pfg.

Partei-Angelegenheiten.

Taubstumme!

Den taubstummen Genossen zur Nachricht, daß der nächste Jahlabend am Sonnabend, den 10. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Haberland, Linienstr. 73, stattfindet. Da besonders wichtige Mitteilungen vorliegen, ist es Pflicht aller taubstummen Wahlvereinsmitglieder, dort zu erscheinen. Der Zentralvorstand.

Königs- und Deutsch-Wasserhausen. Am Sonntag, den 11. Februar, morgens 8 Uhr, wichtige Flugblattverbreitung von den Bezirkslokale aus. Die Parteigenossen von Wildau-Hohetelmehe verteilen die Flugblätter am Sonnabend, den 10. Februar cr., abends 6 1/2 Uhr, vom Bezirkslokale aus. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Die Verstädtlichung des Rettungswesens, die längst nötig war, kommt nun endlich zustande. Der Magistrat hat erkannt, daß sie nicht weiter hinausgeschoben werden kann, und die Stadtverordneten stimmen ihm jetzt bei. Zu dem die Verstädtlichung fördernden Magistratsantrag, der gestern vorgelegt wurde, stellte Genosse Wenl fest, daß die erste Anregung auf diesem Gebiet schon vor einem reichlichen Vierteljahrhundert von der Sozialdemokratie ausgegangen ist. Bereits im Jahre 1885 beantragten in der Berliner Stadtverordnetenversammlung unsere Genossen die Verstädtlichung der Sanitätswachen, die damals in Berlin die einzige Institution für Rettungswesen waren. Als Wenl von den Angehörigen sprach, die der Stadtfreieinn sich schließlich doch habe abringen lassen, antworteten die Freisinnigen mit abwehrendem Lärm. Es läßt sich denken, daß sie solches Lob immer wieder als sehr peinlich empfanden. Der vor einigen Jahren geschaffene Zustand des Rettungswesens, der als große Reform hingestellt wurde, bedeutete nicht viel mehr als ein Fortwursteln. Gestern wollte Bürgermeister Reiche glauben machen, daß das ein Uebergang zur Verstädtlichung gewesen sei, der sich ganz gut bewährt habe. Genosse Robbenz erwiderte mit einem Hinweis auf das vollständige Fiasco, das dabei der Aertvereinn gemacht habe. Der grundsätzliche Beschluß, das Rettungswesen nunmehr zu verstädtlichen, wurde schon gestern gefaßt. Nur über den Magistratsantrag, baldigst ein Kuratorium zu wählen, das die Ausführung vorbereiten soll, wird noch ein Ausschuss beraten.

Zu einer Verstädtlichungsdebatte kam es auch im Rahmen der Verhandlungen über die an Vereine zu zahlenden Beihilfen der Stadt. Sehr beträchtliche Summen müßten wieder dem Zentralverein für Arbeitsnachweis bewilligt werden, damit er seine Aufgabe einigermaßen erfüllen kann. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte erneut, den Arbeitsnachweis in Verwaltung der Stadt zu übernehmen, weil — wie Genosse Dupont zur Begründung ausführte — nur so die notwendige Ausgestaltung zu erreichen sei. Duponts Wort, daß die Sozialdemokratie hier wieder mal Schrittmacher für positive Sozialpolitik ist, verdroß begreiflicherweise den Stadt. Goldschmidt. Er antwortete in dem wichtigstverhüllten Ton, den man an ihm kennt. Genosse Ritter fertigte ihn gebührend ab. Der Antrag auf Verstädtlichung wurde auch diesmal wieder abgelehnt, aber er gehört zu denen, die wiederkehren. Hoffentlich kommt in nicht zu ferner Zeit der Tag, wo wiederum dem Stadtfreieinn „lobend“ attestiert werden kann, daß er zur Einsicht gelangt ist.

Noch um ein paar andere Vereine wurde wegen der ihnen zugesagten Unterstützungen gestritten. Den Fürsorgestellen für Lungenkranke und für Alkoholiker wollte der Ausschuss weniger geben, als der Magistrat beantragt hatte. Genosse Robbenz wies hin auf die Notwendigkeit dieser Bestrebungen, und es wurde dann die vom Magistrat beantragte Unterstützung bewilligt. Dem Verband Deutscher Haushaltungsgehilfinnen die ihm zugesagte Beihilfe zu verweigern, forderte Genosse Ritter, der diese Sonderorganisation als keineswegs bedenkenfrei schilderte. Die Unterstützung wurde abgelehnt.

Im letzten Teil der Sitzung wurde über ein Straßensprojek für Moabit verhandelt, durch das eine Terrängelgesellschaft sich in ihren Erwartungen getäuscht sieht. Sie will dem Magistrat die Schuld an ihrem Reinfall aufbürden und setzt alle Hebel in Bewegung, um Berücksichtigung ihrer Wünsche zu erlangen. In dem Ausschuss, dem die Vorlage überwiesen worden war, hat sich keine der Gesellschaft günstige Mehrheit gefunden; aber gestern im Plenum kam es anders. Für die Magistratsvorlage trat fast nur die sozialdemokratische Fraktion ein. Genosse Reid leuchtete in das Treiben der Gesellschaft hinein und legte vor aller Öffentlichkeit bloß, mit welchen Mitteln sie ihre Ansprüche durchzusetzen suchen. Als Stadtverordneter Sonnensfeld ein der Gesellschaft günstiges Gutachten einer „Autorität“ erwählte, trat Genosse Stadthagen ihm entgegen. Die Vorlage wurde dem Ausschuss zurückgegeben. Die Gesellschaft wird die so gewonnene Zeit zu nützen wissen.

Volkschüler im Theater.

Das war vorgestern wieder mal ein erquickendes Bild im Schiller-Theater des Ostens, daß den wenigen betretenden Großen das Herz im Leibe lachte: ein dichtgefülltes Parterre von jugendlichen Mädchenknospen und auf den Rängen bis zur Galerie hinauf Kopf an Kopf die männliche Proletariatsjugend. Wie in einem Bienenkorbe summt es oben, wie auf dem Gänsemarkt schnaterte es lustig unten. Aber mit einem Schlag trat Mäuschenfülle ein, als der Vorhang sich hob, um den Kindern in lebendigen, sprechenden, wackenden Gestalten vor Augen zu führen, was sie in der Schule aus Schillers „Wilhelm Tell“ nur gelesen hatten. Gibt's ein aufmerksameres, dankbareres Publikum als ein Parterre von Kindern? Schon nach dem ersten Aufzug brauste es orkanartig von beifallpendelnden kleinen Händen durch das weite Haus. Und von Szene zu Szene stieg die unerbüllte, lebenswarme Begeisterung, das Verständnis für eine geschichtliche Handlung, die dem Volke und seinen Kindern tief ins Herz geschrieben ist. Unwillkürlich ballte sich wohl manche Knabenfaust da oben beim ergreifenden nächtlichen Mülli-

schwur, und die großen edlen Volksgestalten, die der Dichter das hohe Lied der Freiheit singen läßt, mögen in mehr als einem proletarischen Feuerkopf, der noch zu großen Dingen berufen ist, den ersten Keim des Ehrgeizes, der befreienden Tat leise geweckt haben. Den Näbels taten es mehr die herzigen Lodenbüben Tells an, zwei prächtige goldblonde Theaterkinder, die bekanntlich alle auf den ideoischen Namen Müller hören. Man fühlte es ordentlich, wie das Kinder-Auditorium mitbange um den vom vertierten Despoten befohlenen Apfelschuß, und wieder, immer wieder erscholl nach dem glücklichen Treffer auf das Herz des grausamen Volkseindes dröhnender Jubel.

Die Haltung der Volksschüler, auch in den Garderoben und Foyers, war ausgezeichnet. Kein Drängen, Lärmen, Hasten. Alles ging wie am Schnürchen, fast besser wie bei Erwachsenen, die im Theater zu Hause sind. Und im Tunnel legten die dank mitterlicher Fürsorge mitgebrachten Futternebel in die zu billigsten Preisen bereit stehenden Kaffee- und Nudelnvorräte während der Pause mächtige Breschen. Bloß ein Gedanke trübte die reine Freude. Müßen nicht noch Hunderttausende anderer Kinder nach ähnlichen Genüssen darben? Es wird auch bei ihnen Licht werden und mit den Worten des sterbenden alten Attinghausen wiederlingen: Das Alte stirzt . . . und neues Leben blüht aus den Ruinen!

50 Jahre Statistisches Amt.

Am gestrigen Tage waren fünfzig Jahre vergangen, seit bei der städtischen Verwaltung von Berlin ein zunächst provisorisches Statistisches Bureau errichtet wurde, nachdem die erste Anregung schon 6 Jahre vorher durch einen Antrag des damaligen Vorstehenden der Armendirektion, Bürgermeisters Raunyn, im Jahre 1856 gegeben worden war. Anlässlich dieses Tages hat der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin Prof. Dr. Silbergleit im Auftrage der Deputation für Statistik eine Denkschrift verfaßt, in der er die Geschichte des Amtes und die von diesem geleisteten Arbeiten in kurzem Abriss darstellt.

Wohl alle Gebiete des öffentlichen Lebens der Reichshauptstadt sind in den vielfach unter kurzer Inhaltsangabe hervorgehobenen Schriften des Statistischen Amtes behandelt, und wir verfolgen an der Hand dieser Arbeiten die Entwicklung der Bevölkerungserscheinungen in ihrem weit ausgedehnten Gebieten in tatsächlicher Beziehung wie in methodologischer Hinsicht, in welcher Richtung namentlich der zweite Direktor des Statistischen Amtes Geheimrat Regierungsrat Universitätsprofessor Dr. Richard Böck in einer 28 Jahre umfassenden Tätigkeit unergängliche Grundlagen geschaffen hat, zunächst unter Anschauung an die vortrefflichen, durch philosophisch-vollständige Darstellung ausgezeichneten Schriften seines Amtsvorgängers, des Universitätsprofessors Dr. Hermann Schwabe, der 1874 im Alter von nur 44 Jahren dahinschied.

Wir lernen aber auch weiter in den außerordentlich zahlreichen und umfassenden Arbeiten, die das Statistische Amt in diesen 50 Jahren veröffentlicht hat, die Wirkungen der Reichs- und Landesgesetzgebung, die Schaffung der in aller Welt musterhaft geworden kommunalen Einrichtungen im Gebiet der Hygiene, der Fürsorge für Kranke und Gebrechliche, für Schule und Bildung, für Lebensmittelfürsorge, für den Ausbau der öffentlichen Verkehrswege und ihre Unterhaltung, sowie der Korporation und privaten Betanstellungen im Gebiete des Verkehrs und der öffentlichen Wohlfahrtspflege, andererseits auch die Entwicklung der städtischen Finanzverhältnisse kennen. Dabei wurden aber auch die Aufgaben der Verwaltung in immer größerem Umfange zu erfüllen gesucht, so daß das Amt mit vollem Recht für sich in Anspruch nehmen kann, daß es den vielfachsten Erscheinungen auf den verschiedensten Gebieten des öffentlichen Lebens der Reichshauptstadt, wie unter seinen beiden ersten Direktoren, so auch unter dem schon im Alter von nur 47 Jahren im Jahre 1896 verstorbenen Prof. Dr. Ernst Stricker und unter dessen Nachfolger alle Zeit seine tätige Aufmerksamkeit zugewandt hat. Wie der Verfasser in der Denkschrift hervorhebt, sind die Erfolge der Arbeit des Statistischen Amtes aber auch auf die Förderung zurückzuführen, die es von der Deputation für Statistik und vom Magistrat stets erfahren hat. Die Schrift ist mit den Bildern der drei verstorbenen Direktoren, sowie des langjährigen Stadtverordneten Dr. S. Neumann, des eigentlichen Begründers der Berliner Statistik, geschmückt. Vergeben ist ihr ferner eine geschichtliche Darstellung der Entwicklung der Bibliothek des Amtes vom wissenschaftlichen Assistenten Dr. Moritz, sowie eine vom Volontär Dr. Ergang hergestellte Uebersicht über die vom Statistischen Amt für zahlreiche Ausstellungen und Kongresse angefertigten graphischen Darstellungen.

Bewegungsspiele an den Gemeindeschulen. In der letzten Sitzung der Deputation für das städtische Turn- und Badewesen erstattete unter anderem der städtische Oberturnwart Dr. Ludow Bericht über die Bewegungsspiele an Gemeindeschulen im Sommer 1911. Wir entnehmen dem Bericht folgende Einzelheiten: Für die Knabenspiele stehen diesen jetzt, nachdem auch die Spielweise im Schillerpark freigegeben ist, 11 Spielplätze zur Verfügung. Für die Mädchenspiele sind 6 Spielplätze vorhanden. Die Plätze verteilen sich über die ganze Stadt; sie befinden sich am Schlessischen Tor, im Friedrichshain, am Urban, im Humboldthain, am Kreuzberg, an der einsamen Poppel (Schönhauser Allee) in der Biesen- und Bremer Straße, im Treptower Park, auf dem Moabiter Infanterie-Exerzierplatz und im Schillerpark, außerdem wird auch auf zwei Schulhöfen gespielt. Die Spiele fanden in der Zeit von Anfang Mai bis Ende September statt, und zwar nachmittags von 4—8 Uhr, Mittwochs und Sonnabends für Knaben zwischen 4 und 6 Uhr, Montags und Donnerstags für Mädchen. Der Sommer war mit seiner aushaltenden Hitze und Trockenheit und der nicht zu dampfenden Staubentwicklung dem Spielverlehr nicht günstig. Wenn sich der Verlauf der Plätze gleichwohl auf der Höhe der Vorjahre gehalten, ja, im ganzen sogar gesteigert hat, so darf man diesen Erfolg wohl dem Umstande zuschreiben, daß die Vertiefung des Bewegungsspiels breite und tiefe Wurzeln in Knaben- und Elternherzen zu schlagen beginnt. Unzweifelhaft haben die mit Recht berühmt gewordenen Ferienspiele der Stadt Berlin ihren wesentlichen Anteil daran. Es spielten in den angelegten Zeiten auf den von der Stadt in Betrieb gehaltenen Spielplätzen rund 120000 Kinder, das macht pro Spielnachmittag 3000 Kinder, das heißt etwa 1,30 Proz. unterer gesamten Gemeindeschulkinder. Ist die Teilnahme auch durchaus noch nicht befriedigend, so ist doch erfreulicherweise eine Steigerung der Teilnahme bemerkbar. Und jede, auch die geringste Steigerung bedeutet für die Großstadt mit ihren ungeheuren Schwierigkeiten in der Entwicklung einer guten Sache einen dankenswerten Fortschritt. Neben den vllklichmäßigen Spielstätten lief ein lebhafter privater Betrieb einher. Viele Lehrer und Lehrereinnen zogen mit ihren Klassen einzeln aus Begeisterung für die Sache und aus Liebe zur Jugend hinaus auf die von den städtischen Behörden für diese Zwecke gern zur Verfügung gestellten Plätze und hielten einen regelmäßigen und regelrechten Spielverlehr aufrecht.

Ueber den Direktor des Zweckverbandes ist man sich noch nicht im Klaren. Gestern trat ein Ausschuss zusammen, der mit der Vorbereitung der Wahl betraut ist, er kam aber zu keinem Resultat und vertagte sich dann. Es haben sich auf die Ausschreibung der Stelle eine ganze Anzahl Bewerber gemeldet, von denen aber keiner ernsthaft in Frage zu kommen scheint. In einigen Blättern wurden dieser Tage verschiedene Namen genannt, darunter Oberbürgermeister Volgt-Darmen, früher in Higdorf, Bürgermeister Reife und Stämmerer Steutiger.

Scharfschießen bei 20 Grad Kälte.

Eine kuffeßen erregende Meldung wurde gestern abend von einer hiesigen Lokalkorrespondenz verbreitet. Danach sollen am Montag gelegentlich einer auf dem Tegeler Schießplatz abgehaltenen Scharfschießübung Masfenfrankungen bei dem in der Blücherstraße liegenden Kaiser-Franz-Grenadier-Regiment eingetreten sein. Etwa 50 Mann sollen an jenem abnorm kalten Tage bei einer Temperatur von über 20 Grad unter Null bereits auf dem Schießplatz und nach Rückkehr in die Kasernementen gezwungen gewesen sein, sich krank zu melden; die Mehrzahl wegen erfrorener Gliedmaßen. Man spricht von 22 Mann, die ins Garnisonlazarett 2 zu Tempelhof, zum Teil von Tegel aus mit der Bahn eingeführt werden müßten und von zwei Mann, die besonders schwer betroffen sein sollen. In den beiden letzten Fällen wird sich voraussichtlich eine Amputation von Fingern der rechten Hand kaum umgehen lassen. Ueber die verhängnisvolle Uebung, die wohl ohne Schädigung ihres militärischen Wertes auch bei milderer Bitterung hätte vorgenommen werden können, werden noch folgende Einzelheiten gemeldet:

Das 2. Bataillon des Kaiser-Franz-Garde-Grenadier-Regiments Nr. 2 hatte schon am Sonntag, den 4. Februar, Befehl erhalten, keinerlei Urlaub zu erteilen, eine Anordnung, die wohl schon mit Rücksicht darauf getroffen war, die Mannschaften für die am folgenden Montagmorgen stattfindende Schießübung möglichst widerstandsfähig zu erhalten. Es sollte kompanieweise geschossen werden. Als erste verließen deshalb gegen 5 1/2 Uhr morgens bei starker Kälte die 5. und die 7. Kompanie die Kaserne, um sich nach Tegel zu begeben. Die berittenen Offiziere ließen ihre Pferde, wie verlaunt, mit Rücksicht auf die Kälte im Stall zurück. So lange alles in Bewegung blieb, soll der Marsch auch ohne Zwischenfälle verlaufen sein, erst bei der ersten Geschüßpause klappten einige Leute, von der Kälte übermannt, zusammen. Zwei Mann, deren Finger, wie ihre Kameraden erzählten, schwarz ausfielen, sollen direkt mittels Bahn ins Lazarett überführt worden sein. Die Krankmeldung der übrigen Leute erfolgte nach Rückkehr in die Kaserne.

Wie weit dieser seltsame Vorgang in allen Einzelheiten genau den Tatsachen entspricht, läßt sich bei der Beschränkung der in Frage kommenden Stellen zurzeit nicht mit Bestimmtheit sagen. Es verlaunt jedoch, daß am nächsten Tage gelegentlich einer anderen Uebung im Süden Berlins das Fehlen der großen Zahl von Mannschaften des 2. Bataillons von leitender Stelle mißfällig bemerkt und als vermeidbar bezeichnet worden ist.

Dringende Pflicht der Militärbehörde ist es jedoch, unergänglich Aufklärung über den wirklichen Grund der gemeldeten Wassererkrankungen zu verbreiten, denn die gesamte Dessenlichkeit hat ein Recht darauf.

In der Lichtenberger Mordsache haben sich nach den bisherigen Mitteilungen Momente, die den in Haft genommenen Rosenbotten Karl Schabel des Mordes zu verdächtigen geeignet sind, nicht ergeben. Schabel hat dem Untersuchungsrichter gegenüber seine Unschuld beteuert. Darüber, welcher Art das von der Lichtenberger Kriminalpolizei zusammengestellte Beweismaterial ist, fehlen bisher weitere Angaben. Inzwischen sollen sich bereits eine ganze Anzahl Zeugen gemeldet haben, die den Nachweis erbringen wollen, daß Schabel unmöglich mit der Mordtat etwas zu tun gehabt hat.

Der Selbstmordversuch eines Dienstmädchens erregte gestern in dem Hause Alt-Moabit 78 und in der Nachbarhaft großes Aufsehen. Bei dem Hauseigentümer Rechnungsrat Nicolai, der im zweiten Stock wohnt, diente seit 14 Tagen eine 19 Jahre alte Emma Gischädi, die aus Eberswalde nach Berlin kam. Gestern morgen um 5 1/2 Uhr hörte ein Wäckermeister auf demselben Hause auf dem Hof einen schweren, dumpfen Fall. Er eilte hinaus und fand die junge Gischädi bestimmungslos unter dem Fenster ihrer Küche liegen. Er holte einen Schuttmann und dieser brachte die Schwerverletzte mit einer Drofale nach dem Krankenhaus Moabit. Wie dort festgestellt wurde, hatte sie sich beide Beine gebrochen und außerdem auch innerlich schwer verletzt, so daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Als sie wieder zu sich kam, gab sie an, sie habe sich aus Furcht vor ihrer Dienstherrin das Leben nehmen wollen und sei aus dem zweiten Stock hinausgesprungen. Zu Nachbarinnen hatte das Mädchen schon vorher gesagt, daß es geschlagen worden sei. Die Hausfrau bestreitet entschieden jede Mißhandlung und behauptet, sie habe das Mädchen nicht gebrauchen können und ihm kündigen wollen. In der Nachbarhaft erregt das Geschid des Mädchens und sein Verzweiflungsschritt lebhafteste Teilnahme, um so mehr, als auch früher Mädchen wiederholt über die Behandlung geklagt haben, die ihnen zuteil geworden seien. Der Vorfall bedarf jedenfalls noch weiterer Aufklärung.

Schlechter Geschäftsgang hat die 49 Jahre alte Schankwirtin Witwe Emilie Klinger in den Tod getrieben. Nachdem dieselbe früher schon einmal eine Wirtschaft betrieben hatte, eröffnete sie am 15. Juni wieder eine solche in der Gemüßdorfer Str. 8. Die Wirtschaft ging so schlecht, daß die Frau schon seit zwei Monaten keine Miete mehr bezahlen konnte. Gestern morgen sollte sie die Räume verlassen. Als um 8 Uhr die Keinemachefrau kam, fand sie die Wirtin tot am Schanktisch sitzen. Sie hatte die Gähne des Gaslochers und der drei Lampen geöffnet und sich mit Leuchtgas vergiftet. Wiederbelebungsversuche, die Samariter der Feuerwehr anstellten, blieben erfolglos.

Zwei Personen durch Kohlenbunk vergiftet. Ein Schwere Unglück hat sich in der letzten Nacht in der Oderberger Straße 41 zugezogen. Seit mehreren Jahren befindet sich dort die Gastwirtschaft von Wärtner. Die Wohnung der Familie liegt unmittelbar hinter dem Laden und besteht aus zwei Zimmern. In dem einen schläft Wärtner mit seiner Frau und in dem zweiten pflegt der 21jährige Sohn Wilhelm und ein schlafburische Frau Leinin zu übernachten. In der Nacht hatten sich die Leute wie gewöhnlich nach Geschäftsschluß zu Bett begeben. Als gestern früh Frau Wärtner aufstand, fand sie ihren Sohn und den Schlafburischen Leinin ohne Bewußtsein im Bett vor. Das Zimmer war mit Kohlenbunk angefüllt, der aus einem schadhaften Ofen auströmt war. Man alarmierte sofort die Feuerwehr, die zwei Mann mit Sauerstoffapparaten an die Unfälle schickte. Es wurden sofort Wiederbelebungsversuche angestellt, doch kam bei dem jungen Wärtner jede Hilfe zu spät, da der Tod schon eingetreten war. Bei dem schlafburischen Leinin waren die Bemühungen erfolgreich, denn der junge Mann erholte sich nach längerer Behandlung wieder. Er mußte aber nach dem Krankenhaus gebracht werden. Das Unglück trifft das Ehepaar Wärtner um so schwerer, als der plötzlich verunglückte Sohn das einzige Kind war.

Mit Leuchtgas vergiftet hat sich die 28 Jahre alte Ehefrau Ella des Telegraphenarbeiters Darnel aus der Buchholzer Straße 2. Trodem der Mann einen guten Verdienst hatte, arbeitete die Frau noch in einer Fabrik. Während dieser Zeit brachten sie ihr Kind, eine 6 Jahre alte Tochter, bei dem im selben Hause wohnenden Großvater unter. Bis Anfang Januar litt die Frau an heftigem Gelenkrheumatismus, der eine starke Restosital der Frau zur Folge hatte. Besonders in den letzten Tagen bekam sie oft schmerz Anfälle. Gestern, als ihr Mann zur Arbeit gegangen war, brachte

Die ihre Tochter wie sonst zu ihren Eltern, ging dann aber nicht in die Arbeit, sondern wieder in ihre Wohnung. Hier schlief sie eine Bettstube aus dem Schlafzimmer in die Küche, drehte den Hahn der Gaslampe und des Kochers auf und legte sich auf die Bettstube nieder. Abends um 6 1/2 Uhr fand ihr Mann sie dort tot liegen. Ein Arzt stellte fest, daß der Tod bereits vor mehreren Stunden eingetreten war. Die Leiche wurde beflagnahut und dem Schanzenhaus überliefert.

Der bestohlene Reichstagsabgeordnete, Wäse Erfahrungen hat der Reichstagsabgeordnete Antsdichter Fritz W. in Berlin machen müssen. Der neugeborene Abgeordnete war Mittwoch in Berlin eingetroffen, um der Eröffnung des Reichstags beizumohnen. Am Abend wohnte er einer Vorstellung in einem Theater in der Linienstraße bei. Als Herr W. nach beendeter Vorstellung die Garderobe aufsuchte, wurde ihm im Gedränge von einem dritten Arbeiter die Brieftasche gestohlen. Die Tasche enthielt mehrere Hundertmarkscheine, eine Eisenbahnfahrkarte für ganz Deutschland und einige Reismarkcheine. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Täter den Versuch machen wird, mit Hilfe der Karte Reisen zu unternehmen. Der Diebstahl war so geschickt ausgeführt worden, daß der Abgeordnete nicht das geringste davon bemerkt hatte.

Das Treiben der Theaterdiele nimmt seit einigen Tagen wieder überhand. Außer dem oben angeführten Fall müssen wir noch über zwei weitere Diebstehle berichten. So wurde im Neuen Theater ein Besucher um seine goldene Uhr im Werte von 600 M. gebracht. Er hatte sich während der Pause nach dem Foyer begeben, wo ihm das Wertstück entwendet wurde. Schmer geschädigt wurde ferner ein Fräulein L. Schöneberger Alter 18 wohnhaft, Fräulein L. hatte einem Manservant in der Philharmonie beigegeben, und während sie sich im Saale dem Gesang der Darbietungen hingab, wurde ihr in der Garderobe ein Perlenohr im Werte von 2000 M. gestohlen. Auch in diesem Falle war der Diebstahl völlig unbemerkt zur Ausführung gebracht worden.

Warnung. Der Volkzepräsident teilt mit: Im Anschluß an meine öffentliche Warnung vor dem wertlosen, unter gewissen Umständen gesundheitsschädlichen Trankuchtmittel „Alcola“ vom 13. Juni 1911 — 1054 L. 10/11 — mache ich darauf aufmerksam, daß dieses Präparat auch unter der Bezeichnung „Trankuchtmittel der Frau Anderson in Pillen Dr. P.“ in den Handel gebracht und öffentlich angepöndelt wird. Gleichzeitig warne ich hiermit allgemein vor dem Bezuge von Mitteln zur Heilung der Trankucht. Die Erfahrung hat gelehrt, daß bisher keinerlei Arznei für die Entziehung vom Trankuch als wirksam erwiesen hat, vielmehr nur Entziehung aller alkoholischen Getränke, nötigenfalls unter Ueberführung des Trankers in eine geeignete Heilanstalt, bei der Behandlung der Trankucht Erfolge liefern kann.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Eine überfüllte Versammlung städtischer Arbeiter nahm am Mittwoch, den 7. Februar, im großen Saale des „Volkshauses“ zur Ablehnung der Feuerungszulage durch den Magistrat Stellung. Saal und die Galerien vernehmten kaum die Krisisenernen zu fassen. Im Oktober vergangenen Jahres hatten die städtischen Arbeiter den Antrag auf Zahlung einer Feuerungszulage gestellt. Wie ja aus der Presse schon bekannt ist, hat der Magistrat diesen Antrag, der auch von der Stadtverordnetenversammlung unterstützt wurde, abgelehnt.

Der Referent, Genosse Stadiv. Wille, entwarf ein Bild der Verhandlungen über diese Angelegenheit. Er legte dar, wie die sozialdemokratische Fraktion als erste auf dem Plan erschienen sei mit Vorschlägen auf Beseitigung der Folgen der Feuerung. Besonders scharf kritisierte Redner die Begründung der Ablehnung durch den Vertreter des Magistrats, den Bürgermeister Matting, der erklärte, daß erstens keine so gewaltige Feuerung eingetreten sei und zweitens das Normal-einkommen der städtischen Arbeiter ein derartiges sei, daß ein Auskommen möglich sei. Wie es in Wirklichkeit mit dem Einkommen bestellt ist, zeigte in der Diskussion Kollege Volenske. Trotzdem am 1. Dezember die Mindestlöhne der nichtständigen Arbeiter von 3,90 M. auf 4,05 M. erhöht wurden, befinden sich unter den ständigen Kammernarbeitern eine große Zahl, deren tägliches Einkommen noch weniger als 4 M. beträgt. Im übrigen macht bei der Ablehnung die reiche Charlottenburg eine unrahmliche Ausnahme in der Groß-Berlin. Berlin, Weihenferse, Tempelhofer, Treptow, Nimmelsburg haben Feuerungszulagen, Schöneberg, Pankow, Steglitz, Wilmersdorf, Lohnerhöhung einreden lassen. In der weiteren Diskussion wies Kollege Steinberg besonders auf die mäßigen Verhältnisse in der Parkverwaltung hin.

Einstimmig nahm die Versammlung folgende Resolution an: Die am 7. Februar im „Volkshaus“ versammelten 1000 Arbeiter und Handwerker aller städtischen Betriebe Charlottenburgs erheben scharfsten Protest gegen die Ablehnung ihres Antrages auf Gewährung einer Feuerungszulage. Die Versammelten bedauern diese Ablehnung um so mehr, als in einer Anzahl Gemeinden Groß-Berlins, unter Berücksichtigung der außerordentlichen Feuerung, Feuerungszulagen, in einzelnen Gemeinden Lohnerhöhungen gewährt wurden. Für Charlottenburg mit seinen teuren Existenzbedingungen ist eine Berücksichtigung der Verhältnisse besonders notwendig. Die Versammelten richten daher das dringende Ersuchen an den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung, erneut zur Frage einer Feuerungszulage Stellung zu nehmen und erwarten von einer nochmaligen eingehenden Prüfung die Gewährung ihres Gesuches.

Die Versammelten beauftragen das Bureau der Versammlung, diese Resolution dem Magistrat und dem Stadtverordnetenkollegium zu überreichen. In seinem Schlußwort legte Genosse Wille den Versammelten noch einmal den Zusammenhang in gewerkschaftlicher Hinsicht dringend ans Herz. Mit einem brausenden Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung schloß die imposante Versammlung.

Wilmersdorf-Palensee.

Mit seinen sozialpolitischen Maßnahmen hat der Wilmersdorfer Magistrat Ansehen. Von allen Notstandsmaßnahmen, zu denen im vorigen Herbst Vorschläge gemacht waren, blieb als einziger der eine Volksküche übrig. Diese sollte noch im Monat Februar zur Tatkraft werden; jedoch hat im letzten Augenblick der Wirt des in Aussicht genommenen Hauses, Berliner Straße 87, das Bedenken gehabt, daß durch eine Wohlfahrtsanordnung sein Haus in Mißkredit gebracht werden könne. Einer so sinnigen Verankerung sozialen Empfindens trug der Magistrat Rechnung; und die Stadtverordnetenversammlung nahm am Mittwoch schweigend von der geschäftlichen Mitteilung ihres Vorsitzers Kenntnis, daß der Magistrat den Wirt vom Mißverständnis erlitten habe.

Gegen das Ortsstatut über die Sonntagsruhe hatten die Seifenhändler Protest erhoben, weil sie dadurch, daß den Sonntagen an Sonntagen noch das Dessert der Aden gestattet ist, Schädigungen befürchteten. Die Versammlung beschloß dem Antrage des Petitionsausschusses gemäß, über die Beschwerde zur Tagesordnung hinzugehen. Eine längere Erörterung rief eine Begrüßungsrede hervor, die auf Erreichung einer höheren Anstalts in Palensee abzielte. Die Petition wurde dem Magistrat zur Berücksichtigung überliefert, nachdem der Oberbürgermeister den Petenten empfohlen hatte, sich noch ein Jahr zu geben.

Nachdem etliche Uebersetzungen des Voranschlags für 1911 sowie die Mittel zum Bau der 7. Gemeinde-Doppelschule bewilligt waren, kam eine für das Finanzwesen Wilmersdorfs belangreiche Angelegenheit zur Erörterung. Es handelte sich nämlich darum, eine Anleihe in der Höhe von rund 23 Millionen Mark zu bewilligen. Hierfür sind 20 Millionen Mark für Bauten und Grundstücksverwertungen zu verwenden, die bereits von der Stadtverordnetenversammlung genehmigt sind, während acht Millionen Mark für formell noch nicht genehmigte Bauten, wie das Krankenhaus, die Volksbadeanstalt und etliche Säulenhäuser vorsehen sind. Die Vorlage ging den gewöhnlichen Weg

an den Finanzausschuss. Aus den Erörterungen etlicher Finanzkundiger, wie der Stadiv. Hartung und Leidig, kam die Verfürzung hervor, daß auch für Wilmersdorf von fern die Zeit finanzieller Kalamitäten heranrückt wird. Bei der Staatsberatung, die in der nächsten Sitzung erfolgen soll, wird näheres hierüber zu sagen sein.

Für die Erhebung von Standgeld auf den Wochenmärkten will der Magistrat eine neue Gebühreordnung einführen, die den 1889 eingeführten Satz von 10 Pf. Tagesmiete für den Quadratmeter Raum im wesentlichen beibehalten läßt. In Rücksicht auf die sechsten Gewerbetreibenden verlangte der Stadtverordnete Lehmann ein möglichst hohes Standgeld. Ihm trat unter Parteigenossen Schröder entgegen, indem er auf die Inkonsequenz einer Mittelstandspolitik hinwies, die gerade den kleinen Händlern das Leben schwer machen will. Auch warnte Schröder vor der von Lehmann gegebenen Anregung, die Wochenmärkte an den Marktständen zu verpachten. Die Angelegenheit ging an einen Sonderauschuss; ebenso wurde die Magistratsvorlage betreffend die Auswahl der im Jahre 1912 zu asphaltierenden Straßen einem besonderen Ausschuss überwiesen. Beiden Ausschüssen gehört u. a. der Sozialdemokrat Schröder an.

Zehlendorf (Wannseebahn).

Sichert Euch das Gemeindegewahlrecht! Nehmt, soweit es noch nicht geschehen ist, sofort Einsicht in die Gemeindegewahlrolle, die nur noch heute, Freitag, den 9. und morgen, den 10. d. Mts., im Gemeindeamt, Hauptstr. 83, Zimmer 8, zu jedermanns Einsicht ausliegt. Wer nicht in der Liste eingetragen ist, darf nicht wählen.

Groß-Lichterfelde.

Wegen drohender Diphtherie und Scharlachepidemie ist die Gemeindegewahl in Giesendorf-Ortsteil geschlossen worden.

Straßen.

Der letzte Gemeindevorstand lag ein Antrag des Gemeindevorstandes vor, statt der bisherigen drei Waisenbezirke deren vier zu bilden und dementsprechend einen vierten Waisenrat hinzuzufügen. Als geeignete Person für diesen Posten empfiehlt der Gemeindevorstand den Drogisten Hanke. Genosse Wessel bemängelt, daß aus der Tagesordnung nicht hervorgeht, daß ein neuer Waisenrat gewählt werden solle. Obwohl er gegen die Person des vom Vorstand Vorgelegenen nichts einzuwenden habe, so wäre es doch richtiger gewesen, wenn man seine frühere Anregung, so solchen Posten auch Arbeiter und Arbeiterfrauen heranzuziehen, berücksichtigt hätte. Vom Gemeindevorstand wurde eingewendet, daß die Arbeiter für einen derartigen Posten nicht die genügende Zeit hätten, da die Arbeiten nicht allein des Abends erledigt werden könnten. Es halte ohnehin schon schwer, Leute für diese Posten zu gewinnen.

Genosse Gebel meinte, daß wenn er und seine Freunde vorher gewußt hätten, daß es sich um die Neuwahl eines Waisensrates handle, wäre auch eine geeignete Person für den Posten gefunden worden. Der Reueinteilung der Waisenbezirke wurde hierauf zugestimmt und der vom Gemeindevorstand vorgeschlagene Drogist Hanke gewählt. Hierauf wurde über den Punkt: „Abänderung des Gemeindegewahlgesetzes vom 18. Januar 1910 betr. Wiederanhebung der Desinfektionskosten“ beraten. Nach dem erwähnten Beschluß sollen die Desinfektionskosten von allen Einwohnern, die ein Einkommen von über 1500 M. verdienen, vorkommendenfalls wieder eingezogen werden.

Von unseren Genossen ist bereits früher angeregt worden, von der Einziehung der Desinfektionskosten überhaupt abzusehen, da die Desinfektion im Interesse der Allgemeinheit vorgenommen wird.

Der Gemeindevorstand hat über diese Frage Erfindungen über die Handhabung bei verschiedenen Gemeinden eingezogen. Er beantragt jetzt, daß — abgesehen von Fabriken und Werkstätten — alle polizeilich angeordneten Pflichtdesinfektionen frei sein sollen. Wer dagegen freiwillig desinfizieren läßt, soll die Kosten zurückerkosten. In diesem Antrage bemerkte der Gemeindevorstand, daß man bei Annahme desselben auch denjenigen, die selbst desinfizieren lassen, unbillig entgegenkommen werde. Genosse Gebel begrüßte es, daß die Wiederanhebung der Desinfektionskosten bei Zwangsdesinfektionen fallen gelassen werden soll; er hoffe, daß der Gemeindevorstand seiner Zusage hinsichtlich des Entgegenkommens denjenigen gegenüber, die freiwillig desinfizieren lassen, in liberaler Weise nachkommen werde. Die Gemeindevorstand beschloß hierauf einstimmig gemäß dem Antrage des Vorstandes, gleichzeitig wurden die Desinfektionsforderungen an vier Einwohner, deren Einziehung vom Gemeindevorstand vorläufig zurückgestellt worden war, niedergeschlagen. Als Schul- und Armenarzt wurde der bisherige Arzt, Dr. Sonntag, wieder zu den bisherigen Bedingungen auf ein Jahr bestellt.

Genosse Wessel betonte, daß die Anstellung des Schul- und Armenarztes eigentlich bei der Staatsberatung hätte erledigt werden müssen. Auch habe er schon früher angeregt, die schularztliche Tätigkeit auch auf die Jahrszahl auszuweiten, wie das in anderen Gemeinden bereits der Fall sei. Gerade die Jahrszahl sei für die Ernährung und Gesundheit der Kinder von großer Wichtigkeit. Ueberhaupt habe er wiederholt angeregt, zur eingehenden Vorbereitung solcher wichtigen Gegenstände Kommissionen zu bilden. Weiter sei es nicht richtig, die Neuwahl des Schularztes vorzunehmen, bevor er seinen Bericht erstattet habe.

Auf die Einwände des Genossen Wessel erwidert der Gemeindevorstand, daß er diesen Punkt von der Staatsberatung abgetrennt habe, um diese abzuhäuten. Kommissionenbildungen hält er nach der Sondergemeindevorstand nicht für zulässig. Der Schularzt könne ja später noch über seine Tätigkeit berichten. Mit Jahrsärzten solle Rücksprache genommen werden; über die Anstellung eines solchen könnte sich die Vertretung in einer späteren Sitzung unterhalten. Zum Schluß machte der Gemeindevorstand noch die Mitteilung, daß am Schluß des Jahres 1911 9000 M. Steuerreste ausstanden. Jedenfalls ein Beweis, daß die Aufhebung der niederen Steuerstufen notwendig ist. Vom 1. April ab darf sich unser Ort „Berlin-Straßen“ nennen.

Pankow.

Mit der Uebernahme der Berliner Straße hatte sich die letzte Gemeindevorstandssitzung zu beschäftigen. Der Vertretung lagen die hierauf bezüglichen Verträge mit der Stadt Berlin und der Großen Berliner Straßenbahn zur Genehmigung vor. Stadtrat Stawig wies in seinen Ausführungen zu der Angelegenheit unter anderem darauf hin, daß es sich hier um die Erledigung einer mit langen und schwierigen Verhandlungen einhergehenden Sache handle, in der die ersten Schritte im Jahre 1904 von Berlin aus getan wurden. Die Gelegenheit in der Kommission aufgeworfene Frage, ob es nicht besser gewesen wäre, noch zu warten, bis der Zweckerwerb die Sache in die Hand nehme, müßte verneint werden. Hierdurch wäre nur noch ein dritter Kontrakt hinzugekommen, von dessen Eingreifen kein Vorteil für Pankow zu erwarten stand. Ebenso wäre ein Eingreifen durch ein besonderes Gesetz bei den Verhältnissen in Preußen für die Gemeinde ebenfalls nicht sehr aussichtsreich gewesen, nach Errichtung des Zweckerwerbes übrigens auch nicht mehr möglich. Der Hauptnachteil für Pankow sei die Vertragsbestimmung, wonach Berlin die Rente vom Bruttoertrag der Straßenbahn — schätzungsweise 30 000 bis 40 000 Mark — ohne Gegenleistung erhält. Unter anderem sei auch zu bebauern, daß Berlin das alte Chausseebau veräußert habe, dessen eventuelle Milderung der Gemeinde Pankow größere Opfer auferlegen dürfte. Wenn auch im großen und ganzen gefast werden müsse, daß Berlin den Baum recht tüchtig geschüttelt habe, bevor es denselben Pankow überließ, so sei doch der Stamm immer noch gesund genug geblieben und werde hoffentlich noch reichlich Früchte tragen. Redner geht dann im einzelnen auf die Bestimmungen des Vertrages mit Berlin ein, soweit sie für Pankow Vorteile bedingen. Danach zahlt Berlin an die Gemeinde Pankow eine einmalige Summe von 125 000 M., ferner führt Berlin von dem ihm auf Grund des Dotationsgesetzes vom 8. Juli 1875 gezahlten Rente jährlich den Betrag von 11 000 M. an Pankow ab. Weiter wird die

nach dem Vertrage an Berlin zu zahlende laufende Rente aus der Bruttoabgabe der großen Berliner Straßenbahn aus dem Ergebnis des Jahres 1912/13 ermittelt und dieser Betrag als feststehender Satz für die Rente festgelegt, so daß beim Steigen der Bruttoabgabe der Ueberdick Pankow verbleibt. Was den Vertrag mit der Großen Berliner Straßenbahn anlangt, so sei davon Abstand genommen, durch eine kurze Vereinbarung die Rechte aus dem Vertrage der Straßenbahn mit Berlin ohne weiteres auf Pankow zu übertragen; es sei zweckmäßiger gewesen, einen bis auf einzelne ausgearbeiteten Vertrag abzuschließen. Finanz- und Tiefbaukommission empfehlen, der Vertretung, den Verträgen zuzustimmen. — Die Debatte war nur unerheblich und beschränkte sich darauf, daß gewünscht wurde, in der Öffentlichkeit die Legende zu zerstören, daß die Pankower Gemeindevorstand an der jahrelangen Hinzögerung der Angelegenheit die Schuld treffe. Diefem Wunsch wurde durch Verlesung eines Briefes des ehemaligen Landrats v. Möbren an den Oberbürgermeister von Berlin in dieser Frage Rechnung getragen. Aus dem Schreiben ging hervor, daß die Verschleppung auf Seiten Berlins zu suchen sei. — In seinen Schlussbemerkungen schlug Bürgermeister Kube eine verständliche Note gegen Berlin an. Man müsse anerkennen, daß Berlin im Verhältnis zu früher im letzten halben Jahre in der Sache mit Wolldampf gearbeitet habe. Außerdem müßte berücksichtigt werden, daß Berlin doch auch viel aufgeben und deshalb nicht so ohne weiteres und unbefehlet in die Uebergabe der Berliner Straße willigen konnte. Wenn der vorliegende Vertrag die Zustimmung der nächsten Berliner Stadtverordnetenversammlung finde, was zu erwarten sei, habe Pankow viel erreicht. Eventuell hätte sich Pankow auch mit noch ungünstigeren Bedingungen zufrieden geben müssen. — Hierauf wurden die Verträge, auf die später noch zurückzukommen sein wird, einstimmig genehmigt.

Neu-Zittau (Kreis Weeslow).

„Ueber Selbstverwaltung und Gemeinde“ referierte am Sonntag vor gut besuchter Versammlung in Wernsdorf, Gasthof zum Ober-See-Kanal, Genosse Reichardt-Warandorf. Nach dem beifällig aufgenommenen Referat wurden als Kandidaten für die bevorstehende Gemeindevorstandswahl in der dritten Klasse die Genossen Sadwartz und Jastichke aufgestellt. — In Neu-Zittau kandidieren die Genossen Schulz und Fiedler in der dritten Abteilung, für die zweite Abteilung Wiedoritz und Matutis. Dem Aufstellen der letzten Kandidaten ging gleichfalls ein Referat vom Genossen Reichardt voraus.

Friedrichshagen.

In der Sitzung des Gewerkschaftsrates erstattete der Obmann in eingehender Weise Bericht über die Arbeiten des verfloffenen Jahres. Zur Erledigung derselben fanden 11 Sitzungen, darunter zwei mit Hinzuziehung der Vorstände der hiesigen Gewerkschaften, und drei öffentliche Gewerkschaftsversammlungen statt. Der Unterkommision sind 13 Gewerkschaften mit 820 Mitgliedern angeschlossen, welche durch 15 Delegierte vertreten werden. Die Jahresrechnung ergibt an Einnahmen 70,20 M., an Ausgaben 55,74 M. Als Obmann wurde wiederum Genosse August Braunig gewählt.

Weihenferse.

Ein Wintervergügen veranstaltete der Männerchor Weihenferse am Sonnabend, den 10. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, in den Räumen der Gemeindegewahl. Eintrittsgeld (inkl. Biletsteuer) 55 Pf. Die Genossen werden ersucht, den Verein, der sich der organisierten Arbeiterchaft Weihenferse bei jeder Aktion zur Verfügung stellt, sowie zu unterstützen.

Versammlungen.

Verband der Gut- und Holzwarenarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Die Generalversammlung der Ortsverwaltung Berlin fand am Mittwochabend bei Wille, Sebastianstraße, statt. Der Vorsitzende W. Hille und der Geschäftsführer W. Käsel erstatteten den Geschäftsbericht für das Jahr 1911. An Versammlungen und Sitzungen haben stattgefunden: 16 engerer Vorstand- und 10 Vorstands- und Delegierten-Sitzungen, 5 Mitglieder-, acht Agitations-, 2 öffentliche, 62 Kreis- und Betriebsversammlungen, Konferenzen der Gauleiter, Sitzungen für die Meister, die Klein- und Mittelbetriebe, die Zieher, die Fertigmacher usw. 49 Verhandlungen mit den Unternehmern waren notwendig; es gelang nicht nur, manche geforderte Verschlechterung abzuwehren, sondern auch manche Verbesserung durchzusetzen und Nachregelungen abzuwehren.

Der Jahresbericht für die Hauptklasse zeigt eine Einnahme von 35 202,83 M. und eine Ausgabe von 32 617,50 M. Unter den Ausgaben stehen bezeichnet für Unterstützung an Arbeitslose 13 724,80 Mark, an Kranke 6134,10 M., als Reiseunterstützung 94,40 M., als Umzugsunterstützung 295,10 M., für Rechtschutz 43,70 M.

Der Jahresbericht der Hauptklasse, der nur drei Quartale umfaßt, zeigt eine Einnahme von 9749,88 M. und eine Ausgabe von 8808,70 M., somit einen Ueberschuß von 1241,18 M.

Der Jahresbericht der Frauenklasse zeigt eine Einnahme von 1276,72 M., eine Ausgabe von 1120 M., somit ein Mehr von 156,72 M.

Der Jahresbericht der Lokalkasse zeigt eine Einnahme von 3700,21 M., eine Ausgabe von 2930,88 M., somit bleibt als Bestand für das nächste Jahr 769,33 M. Unter den Ausgaben stehen bezeichnet als Unterstützung an nichtleidende Mitglieder 807,40 M., an die Hinterlassenen verstorbenen Mitglieder und Ausgaben bei Begräbnissen 195 M., an freiziehende Kollegen des Auslandes 200 M., an Streikunterstützung in anderen Verufen 300 M.

Die Invalidenkasse, für die die Abrechnung für das 4. Quartal 1911 vorliegt, hatte eine Einnahme von 404,90 M. und eine Ausgabe von 312 M. Der Kasseebestand beträgt 62,90 M. Die Gesamteinnahmen betragen 50 443,44 M., die Gesamtausgaben 45 498,17 Mark, der Ueberschuß betrug demnach 4945,27 M.

In der Mitgliederbewegung ist während des Geschäftsjahres ein Zugang von 133 männlichen und 228 weiblichen Mitgliedern, dagegen ein Abgang von 186 männlichen und 208 weiblichen Mitgliedern, somit ist bei den männlichen ein Verlust von 53, bei den weiblichen aber ein Gewinn von 13 zu verzeichnen, so daß am Schluß des Jahres 1078 Mitglieder vorhanden waren.

Die Arbeitslosenstatistik zeigt 983 Fälle der Arbeitslosigkeit mit 29 929 Tagen oder 31 1/2 Tage pro arbeitsloses Mitglied im Jahre. 414 offene Stellen wurden für männliche und 81 für weibliche Arbeiter gemeldet. Die ersteren wurden sämtlich besetzt, aber nur 21 von den letzteren, weil es an 60 Arbeitseinnahmen mangelte.

Eine Diskussion entspann sich über den Geschäftsbericht nicht. Die Wahl des Vorstandes, die dann erfolgte, hatte folgenden Resultat: 1. Vorsitzender Max W. Hille, 2. Vorsitzender Max G. Hilde, Schriftführer Richter und R. und I., ferner wurden fünf Beisitzer gewählt.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wasserbureau.

Wasserstand	am 7. 2. 1912	seit 7. 2. 1911	Wasserstand	am 7. 2. 1912	seit 7. 2. 1911
Remel, Müll	129 ^{1/2}	-1	Saale, Gedöhl	80 ^{1/2}	+4
Bregel, Ankersburg	45 ^{1/2}	-7	Havel, Spandau	84 ^{1/2}	-2
Wegfel, Thum	84 ^{1/2}	+6	Havel, Rathenow	90 ^{1/2}	-6
Ober, Rathenow	131 ^{1/2}	-1	Spree, Spremberg	70	0
Brosen	139 ^{1/2}	-7	Spree, Seelow	55 ^{1/2}	+3
Frankfurt	123 ^{1/2}	0	Spree, Münden	125	+24
Wartze, Schwinn	22 ^{1/2}	-4	Havel, Müritzen	301 ^{1/2}	+9
Landesberg	45 ^{1/2}	-4	Havel, Ratzow	324	-2
Rege, Vordamm	88 ^{1/2}	+4	Havel, Rauh	199 ^{1/2}	-4
Elbe, Peinemühl	32 ^{1/2}	+14	Havel, Röhre	148 ^{1/2}	+11
Wedden	129 ^{1/2}	-1	Havel, Sellhorn	76	-1
Beck	130 ^{1/2}	-13	Havel, Westheim	103 ^{1/2}	-5
Magdeburg	120 ^{1/2}	-11	Havel, Zier	100 ^{1/2}	+10

1) + bedeutet Sturz, - Fall. 2) Unterpegel. 3) Gestand. 4) Gistand. 5) Schwaches Gistand. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.